Nr. 35. 26. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 11. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Sicherheitsmann.

Das ist das jämmerliche Surrogat, das die preußische Regierung der Bergarbeiterschaft an Stelle des unabhängigen Arbeiterkontrolleurs bietet, den die Bergleute aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen fordern als wichtigstes und unerläßliches Mittel, den furchtbaren Gefahren der Bergarbeit zu steuern. Wie nach den Erklärungen, die der Handels- und Bergbauminister unter dem Drucke der erschütternden Katastrophe von Radbod abgab, schon befürchtet werden mußte, sucht die Regierung in der Novelle zum Berggesetz, die soeben dem Dreiklassenhause zugegangen ist, durch ein Scheinzugeständnis um die Erfüllung der dringlichsten Bergarbeiterforderung herumzukommen.

Der sogenannte Sicherheitsmann, den die Novelle vorsieht, den sie für die Erfüllung der Bergarbeiterforderungen ausgibt, ist ein armer, machtloser Kerl, über den ständig das Damoklesschwert der Maßregelung durch die Zechenleitung schwebt. Der Entwurf sieht die Einsetzung von Sicherheitsmännern für jede Steigerabteilung vor, die die „Befugnis" haben sollen, „die Steigerabteilung, in der sie gewählt sind, einmal im Monat zu befahren und sie in Bezug auf die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter zu untersuchen." Die Befahrungen erfolgen nur in Begleitung eines Aufsichtsbeamten; Tag und Schicht der Befahrung bestimmt der Sicherheitsmann. Er soll auch an der Untersuchung der Unfälle in seiner Steigerabteilung beteiligt werden. Das Ergebnis der Befahrung hat der Sicherheitsmann sogleich nach beendigter Befahrung in ein Fahrbuch einzutragen und wenn in den Eintragungen die Besorgnis einer dringenden Gefahr ausgesprochen wird, so muß der Betriebsführer (!) dem Bergrevierbeamten sofort davon Kenntnis geben. Außerdem steht dem Sicherheitsmann die Verpflichtung zu, die Bergrevierbeamten „auf Erfordern" bei Befahrung seiner Steigerabteilung zu begleiten und er muß diesem jede Auskunft über die Sicherheitsverhältnisse in der Steigerabteilung geben.

Hält der Arbeiterausschuß der Zeche in Ausnahmefällen aus besonderen, auf bestimmte Tatsachen oder Wahrnehmungen gestützten, der Werksverwaltung vorher mitgeteilten Gründen außer der regelmäßigen einmaligen Befahrung eine nochmalige Befahrung einer Steigerabteilung für notwendig, so ist der Sicherheitsmann der betreffenden Abteilung berechtigt und verpflichtet, die von dem Arbeiterausschuß für erforderlich erachtete Befahrung vorzunehmen. Verweigert die Werksverwaltung die Befahrung, so hat sie unverzüglich dem Bergrevierbeamten von der Sachlage Mitteilung zu machen. Für jede vorgenommene Befahrung erhält der Sicherheitsmann eine Entschädigung in Höhe des entgangenen Arbeitsverdienstes.

Die Entlassung eines Sicherheitsmannes soll, abgesehen von den Gründen, die zur Entlassung von Arbeitern vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit berechtigen, während des ersten Jahres seiner Wahlperiode nur zulässig sein:

1. wenn er seinen Verpflichtungen als Sicherheitsmann nicht nachkommt,
2. wenn sonst Tatsachen vorliegen, die ihn als nicht geeignet zur Fortsetzung seiner Tätigkeit als Sicherheitsmann erscheinen lassen,
3. wenn er seine Tätigkeit als Sicherheitsmann zu Zwecken mißbraucht, die mit seinem Amte als Sicherheitsmann nicht im Zusammenhange stehen.

Diese Gründe sind sehr dehnbar und völlig unzureichend, um eine Sicherheit der Kontrolle zu garantieren. Die Zechenleitung hat es völlig in der Hand, den Sicherheitsmann unschädlich zu machen, sobald er ihr unangenehm wird, d. h. wenn er die Pflichten, die ihm im Interesse der Arbeiterschaft übertragen sind, energisch erfüllt. Sie braucht nur zu entdecken, daß auf seine Tätigkeit als Arbeiter einer der vielen Gründe zutrifft, die nach der Gewerbeordnung den Unternehmer zur sofortigen Entlassung eines Arbeiters berechtigen. Und welcher Zechenleitung fiele es schwer, solche Gründe zu konstruieren, wenn sie ernstlich will. Oder, wenn ihr das zu umständlich sein sollte, so ist es ein leichtes für sie, den Unbequemen durch Schikanen, durch Benachteiligung in der Arbeit, durch Schmälerung seines Verdienstes so mürbe zu machen, daß er freiwillig geht! Was aber ein Sicherheitsmann, der unter der beständigen Furcht stehen muß, daß er für die energische Wahrnehmung seiner Pflichten auf die schwarze Liste gesetzt, monatelang arbeitslos gemacht wird, für die Sicherheit des Betriebes tun kann, das kann sich jeder Arbeiter selbst ausmalen. Die Enthüllungen des Hilger-Krämer-Prozesses über die Art und Weise, wie die Zechenleitungen Sicherheitsmänner zu behandeln verstehen, Enthüllungen, die wir hier jüngst nach den Verhandlungen der Parlamente über die Radbodkatastrophe aufgefrischt haben, sagen darüber mehr als genug.

Auch das verbessert die Stellung der Sicherheitsmänner nicht, daß sie Mitglieder des Arbeiterausschusses ihrer Zeche sein sollen. Die Befugnisse aller Arbeiterausschüsse sind nur insoweit erweitert, als ihnen (eben durch die Sicherheitsmänner) die Befahrung der Grube und die Unfalluntersuchung übertragen ist. Alle Bestimmungen, wonach Krankenkassenvertreter, Knappschaftsälteste usw. den Arbeiterausschuß bilden sollen, kommen in Wegfall. Der Arbeiterausschuß wird nur noch in unmittelbarer und geheimer Wahl, aber nach Steigerabteilungen gewählt. Jede Steigerabteilung wählt aus ihrer Mitte einen Vertreter. Die Regierung hat indes die Bestimmungen über die Wahlfähigkeit nicht geändert, sondern noch verschlechtert. Es bleibt bei den Bestimmungen, daß nur die Bergleute zur Wahl berechtigt sind, die seit Eröffnung des Betriebes oder mindestens ein Jahr ununterbrochen auf dem Bergwerke gearbeitet haben. Die Vertreter im Arbeiterausschuß müssen mindestens 30 Jahre alt, Deutsche und der deutschen Sprache mächtig sein und seit der Eröffnung des Betriebes oder mindestens drei Jahre ununterbrochen auf dem Bergwerke gearbeitet haben.

Dazu kommt nun eine verschärfte Bestimmung für die Sicherheitsmänner: Sie müssen mindestens fünf Jahre unterirdisch und davon mindestens zwei Jahre als Hauer beschäftigt gewesen sein! Diese Bestimmung führt in der Praxis dahin, daß alle Arbeiterausschußmitglieder dieser letzten Bedingung genügen müssen. Denn wenn für jede Steigerabteilung nur ein Mitglied des Arbeiterausschusses gewählt werden und der Sicherheitsmann Mitglied des Arbeiterausschusses sein soll, so ist dies Voraussetzung für die Zugehörigkeit zum Arbeiterausschuß überhaupt. Wie sehr sich die Regierung dessen bewußt ist, daß sie durch diese Anforderungen den größten Teil der Belegschaften völlig entrechtet, das bezeugt die vielsagende Bestimmung, daß das Oberbergamt befugt sein soll, einen Arbeiterausschuß zu bestellen, wenn keine wahlberechtigten oder wahlfähigen Personen vorhanden sind. Ebenso spricht Bände die Vorschrift, daß das Oberbergamt zwangsweise einen Arbeiterausschuß bestellen kann, wenn die Belegschaft sich weigert, einen zu bestellen. Auf manchen Zechen sind nämlich die Arbeiter schon dahin gekommen, zum Arbeiterausschuß überhaupt nicht zu wählen, weil sie sehen mußten, daß die Mitglieder dieser Ausschüsse gemaßregelt wurden, sobald sie etwas für die Arbeiter durchzusetzen unternahmen.

Die Beschränkungen des Wahlrechts zu den Ausschüssen und der Wählbarkeit müssen den erbitterten Widerspruch der Bergarbeiter herausfordern. Denn sie sind förmlich darauf berechnet, den Bergleuten, die sich nicht jede Schurigelung gefallen lassen, die auf ihre Menschenwürde halten und für die Interessen ihrer Kameraden einzutreten wagen, jeden Einfluß auf diese Institution zu nehmen. Daran ändert auch nichts der Versuch, einen besonderen Begriff „ununterbrochene Beschäftigung" zu schaffen. Eine Unterbrechung der Arbeit soll danach nicht vorliegen, „wenn Arbeiter unmittelbar (!) nach Beendigung einer militärischen Dienstleistung, eines Ausstandes oder einer Aussperrung wieder zur Beschäftigung auf demselben Bergwerke angenommen werden, ohne inzwischen auf einem anderen Bergwerk beschäftigt gewesen zu sein. Ob sie nach einem Ausstande oder einer Aussperrung sofort wieder auf derselben Zeche Arbeit erhalten, hängt nämlich meist vom Willen der Zechenleitung ab.

Das wäre über den Teil der Novelle zu sagen, der die Arbeiterschaft zunächst am lebhaftesten interessieren muß. Das Urteil kann nicht anders lauten als: Gewogen und zu leicht befunden! Was die Regierung als angebliche Reform bietet, ist völlig unzulängliche Halbheit. Oder vielmehr noch weniger als Halbheit. Sie wird den Sturm in der Bergarbeiterschaft nicht beschwichtigen. Freilich, die Regierung möchte die Ohren vor ihn verschließen; wichtiger als die Forderungen der Bergleute sind ihr die Beschwerden der Bergherren. Und im preußischen Dreiklassenhause haben die Arbeiterfeinde, die Junker und die Vertreter der Großindustriellen, die Mehrheit. Eine Mehrheit, die ebensowenig wie die preußische Junkerregierung den ernsten Willen hat, Leben und Gesundheit der Bergarbeiterschaft wirksam zu schützen, sondern der höher steht als diese Pflicht die Autorität der Bergherren, d. h. der goldene Profit und die Niederhaltung der Arbeiterschaft. Die Bergarbeiterschaft wirds zu würdigen wissen.

* * *

Der erste Teil der Novelle verfolgt die Absicht, die Verantwortlichkeit der Zechenleitung auf die Werksbesitzer und sonstigen höheren Angestellten auszudehnen.

Bisher war lediglich der von dem Bergwerksbesitzer angenommene Betriebsführer und die nachgeordneten Beamten, Steiger, technischer Aufseher usw. für Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften verantwortlich. Nunmehr sollen alle zur Leitung und Beaufsichtigung der Betriebe bestimmten Personen (Aufsichtspersonen) verantwortlich gemacht werden. Der Bergbehörde sollen nicht nur die Namen der Aufsichtspersonen angegeben, sondern auch „der jedem zu übertragende Geschäftskreis" mitgeteilt werden. Die Verantwortlichkeit kann auch nur für Teile des Betriebes festgesetzt werden. Daneben sollen die Bergwerksbesitzer, die mit der Verwaltung der Bergwerksbesitzer Beauftragten, sowie diejenigen, die dem genannten Aufsichtsbeamten vorgesetzt sind, verantwortlich bleiben:

1. insoweit sie mit Anordnungen in den Betrieb eingegriffen haben, von denen sie wußten oder wissen mußten, daß ihre Ausführung gegen die Betriebspläne oder gegen die im Gesetz enthaltenen oder auf Grund desselben ergangenen Vorschriften und Anordnungen verstoßen würde;
2. insoweit sie durch Handlungen oder Unterlassungen den ihnen unterstellten Aufsichtspersonen die Möglichkeit genommen haben, den ihnen nach dem Gesetz oder nach den auf Grund desselben ergangenen Vorschriften und Anordnungen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen;
3. wenn sie eine Handlung oder Unterlassung der ihnen unterstellten Personen geduldet haben, obwohl sie wußten, daß sie gegen die Betriebspläne oder gegen die im Gesetz enthaltenen oder auf Grund desselben ergangenen Vorschriften und Anordnungen verstoße;
4. wenn sie bei der nach ihrer tatsächlichen Stellung zum Betriebe ihnen obliegenden Beaufsichtigung der in §§ 73 und 74 bezeichneten Aufsichtspersonen sowie bei der Auswahl dieser Personen es an der erforderlichen Sorgfalt haben fehlen lassen.

Die Regierung sagt in der Begründung, die Anordnungen der höheren Beamten, die jetzt absolut keine Verantwortung haben, könnten „auch für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter von Bedeutung werden". Sie sind schon oft von verhängnisvoller Bedeutung geworden und es ist durchaus wichtig, daß diese höheren Beamten die Verantwortung für ihre Anordnungen tragen. Die Verantwortung allein bürgt aber auch nicht für völlige Durchführung aller gesetzlichen Schutzbestimmungen, es müßte auch bestimmt werden, daß der nachgeordnete Beamte zur Befolgung solcher Anordnungen, die den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen, nicht verpflichtet ist. Die Bergbehörde kann die sofortige Entfernung nicht befähigter Personen verlangen, bei dem Verhältnis, das aber jetzt zwischen Bergbehörde und Werksdirektoren besteht, kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß den Direktoren gegenüber sehr milde verfahren wird. Daher ist der wirksame Schutz der unteren Beamten gegen die oberen Beamten unerläßlich.

Uebrigens ist die Tragweite dieser neuen Bestimmungen nicht zu überschätzen. Daß die Zechenleitungen technisch nicht genügend geschulte Beamte anstellen, ist weit weniger zu fürchten, als die bösen Wirkungen, die das Streben ausübt, in möglichst kurzer Zeit möglichst große Quanten Kohlen zu fördern. Die Profitsucht, die Sucht, die Förderung der gewinnbringenden Kohle zu forcieren, das ists, was nur zu oft die Außerachtlassung der Betriebssicherheit verschuldet. Und dagegen werden die juristischen Spinnweben, die in diesem Teil der Novelle gedreht werden, wenig ausrichten.

Rückzug und Kapitulation.

Es gehört zu den alten bewährten Traditionen der preußischen Regierungspolitik, daß sie vor jeder energischen Willensäußerung des Junkertums zurückweicht. Die Gesetzesvorlagen, gegen die Ostelbiens Großgrundbesitzer sich auflehnen, werden nach einigem Sträuben entweder von der Regierung zurückgezogen, oder den Forderungen und Wünschen der Agrarier entsprechend modifiziert. Selbst öffentliche Wortverpfändungen des preußischen Königs und des preußischen Staatsministeriums hindern, wie die Geschichte des Mittellandkanals beweist, nicht, daß sich, wenn die Junkerschaft energisch ihr Veto einlegt, die Regierung demütig ihrem Machtgebot fügt. Mag auch das Ansehen der preußischen Krone und des Ministeriums in den Augen der Ausländer und der eigenen „Untertanen" noch so sehr geschädigt werden und den Spott der Witzblätter herausfordern, vor die Entscheidung gestellt, sich selbst bloßzustellen oder es mit der ostelbischen Junkerschaft zu verderben, hat sich bisher noch stets die preußische Regierung dafür entschieden, daß die Diskreditierung ihres eigenen Ansehens weit erträglicher sei, als die Gegnerschaft der vaterländischen Pritzewitze, Itzenplitze, Kanitze und ihrer bäuerlichen Gefolgschaft.

So ist in alter Uebung die Unterordnung der Regierung unter die Wünsche der Junker zu einem der schönsten Prinzipien der preußischen Regierungskunst geworden; und von dem eigentlichen Preußen überträgt sich dieses hehre Prinzip in steigendem Maße auf das 1871 entstandene größere Preußen, das man offiziell Deutsches Reich nennt. Wir haben deshalb auch von vornherein nicht daran gezweifelt, daß, wenn die Großagrarier in ihrer Opposition gegen die Nachlaßsteuer fest bleiben würden, sich die Regierung schließlich geschmeidig deren Forderungen anpassen und die den Junkern verhaßten Bestimmungen aus dem Gesetzentwurf ausmerzen werde. Die Versicherungen des Reichskanzlers, seiner Presse und des Reichsschatzsekretärs, daß die Nachlaßsteuer gewissermaßen eine conditio sine qua non für das Zustandekommen der geplanten Reichsfinanzreform sei, hat uns nie imponiert. Haben schon, wenn es sich um junkerliche Machtansprüche handelt, königliche und kaiserliche Worte in Preußen-Deutschland einen sehr problematischen Wert, so noch weniger die Wortverpfändungen eines nur noch geduldeten, um seine Stellung bangenden Kanzlers oder gar die eines Staatssekretärs in der Stellung des Herrn Sydow, der nicht mal ein selbständiges Ressort hat, sondern eigentlich nur als Abteilungschef Bülows fungiert.

Auf Grund längerer Erfahrung haben wir sogar nicht mal angenommen, daß Kanzler und Reichsschatzsekretär, wenn sie ihr Wort nicht einzulösen vermöchten, daraus die Konsequenz ziehen würden, ihren Abschied zu fordern. Solche Demissionen mag in anderen Staaten, vielleicht auch im gewerblichen Leben der Ehrbegriff fordern; aber man darf nun mal nicht auf die preußischen oder reichsdeutschen Verhältnisse die politischen Ehrbegriffe anderer europäischer Länder anwenden, noch preußische Minister mit dem gleichen Maß messen, wie die Minister dieser Staaten.

Tatsächlich scheint denn auch die Regierung sich in der Frage der Nachlaßsteuer bereits entschlossen zu haben, dem Wunsche der Agrarier nachzugeben und die von diesen beanstandeten Bestimmungen des Nachlaßsteuer-Entwurfs fallen zu lassen und dafür die von den Agrarkonservativen empfohlene Erhöhung der Matrikularbeiträge zu akzeptieren. Die zu der Wilhelmstraße enge Beziehungen unterhaltende „Neue Gesellschaftl. Korrespondenz" meldet nämlich:

„Die Reichsregierung wird an der Nachlaßsteuer festhalten, das heißt sie wird, sollte die Nachlaßsteuer jetzt definitiv abgelehnt werden, dieses Steuerprojekt für Bedarfsfälle des Reiches in ihrer Rüstkammer bereithalten, weil sie die Besteuerung des Nachlasses im Sinne des Regierungsprojektes für richtig und gerecht hält. Daran ändert es auch nichts, wenn die Verhandlungen über die Reichsfinanzreform unterbrochen werden müssen, um den Parteien Zeit zu geben, sich mehr als bisher geschehen, mit der Regierung zu verständigen."

Wenn diese Worte einen Sinn haben, dann heißt das nichts anderes, als die Regierung gibt nach; sie zieht die Nachlaßsteuer oder wenigstens die Bestimmungen derselben, die den Agrariern nicht passen, zurück, behält sich aber vor, später im Bedarfsfalle, d. h. wenn weiter eine Reichsfinanzreform nötig wird, auf diese Bestimmungen zurückzukommen.

Bestätigt wird diese Auffassung durch folgende Meldung des „Berl. Tagebl.":

„Der Chef des Finanzdepartements Dr. Hunmius teilte, wie ein Privattelegramm uns meldet, gestern in der geheimen Sitzung des Landtages in Weimar den Abgeordneten als hauptsächlichstes Ergebnis der Verhandlungen im Bundesrat zu Berlin mit, daß der Beschluß gefaßt worden sei, die bisher den Einzelstaaten gestundeten Matrikularbeiträge einzuziehen und sie in Zukunft zur Gesundung der Reichsfinanzen bedeutend zu erhöhen. Der Redner bezeichnete diesen Beschluß als Folge der seitens der Konservativen und Agrarier im Reichstage geübten Opposition gegen die Nachlaßsteuer und die Besteuerung des Besitzes überhaupt.

Und diese Meldung stimmt mit einer anderen, uns aus Rudolstadt zugehenden überein, nach welcher der Staatsminister in einer Begrüßungsansprache an den Landtag erklärte, daß höchst wahrscheinlich demnächst höhere Matrikularbeiträge gefordert werden würden und deshalb die Einkommensteuer für das Fürstentum erhöht werden müsse.

Demnach akzeptiert die Reichsregierung die Bedingungen der ostelbischen Junkerschaft; Bülow aber und Sydow bleiben auf ihren Posten — selbstverständlich nur im Interesse des heißgeliebten Vaterlandes.

Beginnende Einsicht.

Die spontanen Demonstrationen der Arbeitslosen am Dienstag, die zu einzelnen unnützen Uebergriffen geführt haben, scheinen auch der Berliner Polizeidirektion Stoff zum Nachdenken gegeben zu haben. In einer amtlichen Mitteilung, die durch Wolffs Telegraphenbureau verbreitet wird, heißt es:

„In der Angelegenheit der gestern vorgekommenen Ausschreitungen wird von amtlicher Seite darauf hingewiesen, daß es auch bei uns nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes ebenso wie in den beiden ausländischen Kapitalen (London und Paris sind gemeint. Red. d. „Vorw.") nicht verboten ist, öffentliche Versammlungen und Aufzüge auf öffentlichen Straßen zu veranstalten. Sie bedürfen allerdings der Genehmigung der Polizei, die aber nur versagt werden darf, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht. Die Sozialdemokratie hat von dieser Bestimmung, die bereits am 19. April 1908 in Kraft getreten ist, bisher noch keinen Gebrauch gemacht."

Dieser Hinweis, daß die Berliner Straßen unter keinem anderen Recht stehen als die von London, Paris und — wie noch hinzugefügt werden könnte — von Wien und Brüssel, ist sicher richtig, im Munde der Polizei aber immerhin neu. Bei richtiger Auslegung des Vereinsgesetzes darf es gewiß nicht anders sein. Nur sind wir leider bisher nicht daran gewöhnt, daß das Vereinsgesetz stets richtig ausgelegt wird.

In der Tat kann es keine bessere Gewähr für den ruhigen und ungestörten Verlauf politischer Demonstrationen geben, als wenn man es der organisierten Arbeiterschaft ermöglicht, selbst für die Aufrechterhaltung der Ordnung Sorge zu tragen. Die großen Wahlrechtsdemonstrationen sind überall, wo nicht übereifrige Polizisten Störungen verursachten, musterhaft verlaufen. Wenn es am Dienstag zu einigen Zwischenfällen gekommen ist, so deshalb, weil eben keine Demonstrationen geplant und vorbereitet waren. Je sorgfältiger die organisierte Arbeiterschaft ihre Kundgebungen, auf die sie nun unter bestimmten Umständen nicht verzichten will und die die Polizei auch nicht verhindern kann, vorher vorbereiten kann, mit desto größerer Sicherheit kann die organisierte Arbeiterschaft sich für den würdigen Verlauf der Demonstrationen verbürgen. Es liegt durchaus nicht im Wesen jeder Demonstration, daß sie unangekündigt stattfindet. Die Sozialdemokratie kann sich daher sehr leicht auf den Boden eines richtig interpretierten Vereinsgesetzes stellen. Wenn die Polizei einsieht, daß die richtige Auslegung des Vereinsgesetzes auch in ihrem Interesse wie in dem des Publikums gelegen ist, so ist auch dies als ein Erfolg unserer Demonstrationen zu werten.

Die bürgerliche Presse aber zeigt, daß sie, zum Teil allerdings irregeführt durch eine beispiellos entstellende und irreführende Berichterstattung, selbst weit hinter der Polizei zurückbleibt. Da wird zunächst die kindische Unterstellung gemacht, daß die Versammlungen absichtlich am gleichen Tage, als der Einzug König Eduards stattfand, veranstaltet wurden. In Wirklichkeit war dieses Zusammentreffen rein zufällig. Die Versammlungen wurden einberufen, um die Zählung der Berliner Arbeitslosen durch Partei und Gewerkschaften vorzubereiten, die zur Kontrolle der Zählung des Magistrats dienen soll.

Diese Zählung und ihre Vorbereitung war deswegen an einen bestimmten Termin gebunden, der nicht von den Veranstaltern der Versammlung, sondern von dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung Berlins lange vor Bekanntwerden der Besuchsabsichten König Eduards festgestellt wurde.

Am Dienstag fanden die Versammlungen statt, durch welche die Arbeitslosen auf die Zählung hingewiesen werden; am Mittwoch der Zahlabend, an dem die Leute für die Zählung bestimmt werden. Am Donnerstag und Freitag findet die Instruktion derselben und die Verbreitung der Fragebogen statt. Am Sonnabend erfolgt die Ausfüllung und am Sonntag die Einsammlung der Fragebogen.

Wer ehrlich sein will, wird zugestehen müssen, daß man einen so umfangreichen, sorgfältig vorbereiteten Plan, der an den vom Magistrat festgesetzten Termin ebenso wie, da es sich um Arbeiter als Zähler handelt, an den Sonntag als Sammeltag für das Material gebunden ist, nicht urplötzlich umstoßen kann. Und wer weiter ehrlich ist, wird zugestehen müssen, daß den Veranstaltern der Zählung wirklich nichts ferner liegen mußte, als Zwischenfälle herbeizuführen, wie sie sich am Dienstag ergaben. Zum Ueberfluß ist im „Vorwärts" und von den Versammlungsleitern davor gewarnt worden. Wo keine Polizei vor den Lokalen war, kam es denn auch nicht zu Demonstrationen; nur da kamen solche zustande, wo Polizei „ordnend" eingriff.

Sollen wir die Berliner Arbeiterschaft schließlich noch gegen den Vorwurf verwahren, daß sie ein höfisches Fest zum Anlaß nimmt, den internationalen Frieden zu stören? Die Arbeiterschaft, die lange vor dieser Zusammenkunft Vertreter des englischen Volkes bereits empfing und eine machtvolle Friedensdemonstration veranstaltet hat? Kann man es aus der Welt schaffen, daß die Vertreter der Arbeiterschaft es waren, die gerade dann Frieden und Freundschaft mit England und Frankreich gefordert haben und dafür demonstriert haben, als die Unvernunft der Herrschenden die Gefahr eines Krieges hinaufbeschworen hatte? Wir glauben es wirklich nicht nötig zu haben, erst feierlich zu versichern, daß die deutsche Sozialdemokratie keine Friedenskundgebung stört und daß es ihr trotz all ihrer Skepsis gegenüber dem Wert von Monarchenbesuchen es auch keinen Moment eingefallen ist, dem Einzug Eduards VII. Schwierigkeiten zu bereiten.

Lehrerbesoldung und Wahlprüfungen.

Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch das Lehrerbesoldungsgesetz in zweiter Lesung zu Ende beraten. Wie nach dem zwischen den bürgerlichen Parteien geschlossenen Kompromiß von vornherein feststand, gelangte die Vorlage durchweg in der Kommissionsfassung zur Annahme. Die Bestimmung, wonach den Schulverbänden mit mehr als sieben Schulstellen der Staatszuschuß, auf den sie heute gesetzlich Anspruch haben, entzogen und die Verteilung der Gelder den Kreisausschüssen überlassen bleiben soll, gab unserem Genossen Leinert Gelegenheit, nochmals das Wesen der Kreisausschüsse zu schildern. Treffend hob er hervor, daß die Kreisausschüsse im wesentlichen nur agrarische Interessenvertretungen sind, und mit Recht verlangte er, daß die Prüfung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden in objektiver Weise erfolgen müsse. Auf seine Anfrage, ob sich die Arbeitergemeinden bei der Bemessung der Zuschüsse desselben Wohlwollens zu erfreuen haben würden wie die Gutsbezirke, die die Regierung ohne weiteres als bedürftig ansieht, blieben ihm die Regierungsvertreter die Antwort schuldig. Dies Schweigen ist kennzeichnend, es läßt einen Schluß auf die Art der Verteilung der Staatszuschüsse nach Inkrafttreten des Gesetzes zu.

Im Anschluß an das Gesetz wurden die meisten der dazu vorliegenden Resolutionen angenommen. Eine nationalliberale Resolution, die die Regierung ersucht, durch einen Nachtragsetat Mittel zur Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden und Schulverbände bereit zu stellen, welche durch die den Besoldungsgesetzen beigelegte rückwirkende Kraft in eine unverschuldete Notlage geraten sind, ging an die Budgetkommission.

Stürmischer ging es im zweiten Teil der Sitzung zu, der der Besprechung des Berichts der Wahlprüfungskommission über die Wahlen unserer Genossen Borgmann, Heimann, Hirsch und Hoffmann gewidmet war. Die Berichterstatter, die Herren Fischbeck und Strosser, hatten auf die Begründung des Kommissionsantrages auf Beanstandung der Wahlen verzichtet und großmütig dem Genossen Ströbel den ersten Platz in der Rednerliste eingeräumt. Ströbel erwies sich den Herren dafür dankbar, indem er die durchaus notwendigen Ergänzungen zu ihrem dürftigen Bericht gab. Der sozialdemokratische Redner ging der eigenartigen Argumentation der Kommission gründlich zu Leibe und zerpflückte unbarmherzig die in der Blockpresse verbreiteten Gerüchte über die Vorkommnisse bei den Berliner Wahlen. Die Aufdeckung der Heuchelei des Blockfreisinns war denen um Fischbeck und Cassel nicht weniger unangenehm als der Nachweis, daß tatsächlich gegen alle Berliner Wahlen ein form- und fristgerechter Protest eingelegt ist, daß das Haus also, wenn es Wert auf Gerechtigkeit legt, alle 12 Berliner Mandate kassieren müßte. Mit Nachdruck protestierte Ströbel am Schluß seiner wirkungsvollen Rede gegen den beabsichtigten Mandatsraub, den er als einzig dastehendes Attentat auf das Wahlrecht der breiten Masse des Volkes bezeichnete.

Nach Ströbel ergriffen die beiden Gesinnungsbrüder Fischbeck und Strosser das Wort. Der Freisinnsmann erging sich, wie man es von ihm gewohnt ist, in einigen albernen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen und den „Vorwärts" im besonderen, Ausfälle, die Ströbel in einem Zwischenruf treffend als vollendeten Blödsinn bezeichnete. Sachlich wußte Herr Fischbeck fast gar nichts zu sagen, um den Kern der Frage, warum denn nur die vier sozialdemokratischen, nicht auch die freisinnigen Mandate Berlins kassiert werden sollen, ging er herum wie die Katze um den heißen Brei. Im Grunde genommen läuft die ganze Rede dieses Mitgliedes des Berliner Magistrats auf eine Blamierung des Magistrats hinaus, Herr Oberbürgermeister Kirschner wird seine Freude an diesem liebenswürdigen Kollegen haben.

Noch jämmerlicher war das Gerede des konservativen Schwärmers für Prügelstrafe, das Abg. Stosser, der eigentlich über die Wahlen so gut wie gar nicht sprach, sondern eine Hetzrede im Jargon des Reichsverbandes, vermischt mit einigen Kriegervereinsphrasen, vom Stapel ließ und auf diese Weise unfreiwillig für das Amüsement des Hauses sorgte. Da ist doch der Präsident v. Kröcher ein besserer Witzbold. Unterbrach er doch Herrn Strosser, als dieser davon sprach, daß die Sozialdemokraten den Staat umstürzen wollen, mit den stürmische Heiterkeit erzeugenden Worten: „Die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses haben dem König Treue und Gehorsam geschworen, die wollen also den Staat nicht umstürzen." Wir haben nicht die Absicht, mit Herrn v. Kröcher zu debattieren, zumal da wir für gute Witze stets empfänglich sind, selbst wenn sie auf unsere Kosten gemacht werden. Nur daran wollen wir Herrn v. Kröcher erinnern, daß die Eidesleistung auch für einen Präsidenten kein Gegenstand der Heiterkeit des Hauses sein darf.

Am Donnerstag wird die Debatte fortgesetzt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Februar 1909

Schutz für Bergarbeiter und Schauspieler.

Aus dem Reichstage. (10. Februar.) Am sechsten Tage kam die Debatte über den Titel „Gehalt des Staatssekretärs für das Reichsamt des Innern" zu Ende. Heute nahm die Lage der Bergarbeiter und die der Schauspieler das Hauptinteresse in Anspruch. Die Lage des letzteren Berufs wurde im Anschluß an eine freisinnige Resolution vom Abg. Müller-Meiningen zur Erörterung gebracht. An der Hand von Beispielen wies er nach, welch grauenhaftes Elend unter den Schauspielern besteht, wie besonders das weibliche Personal von den Direktoren und Agenten schmachvoll ausgebeutet wird. Auch eine Blütenlese von Zensurstückchen brachte er zur Verlesung und meinte, den schlechten Theaterstücken ließe sich nur durch gute Volkstheater entgegenwirken. Als Beispiel führte er das Schiller-Theater an, vergaß aber leider ganz, zu erwähnen, daß die von Arbeitern gehaltenen Freien Volksbühnen viel wichtiger und erfolgreicher für diesen Zweck arbeiten, während das Schiller-Theater nur eine zu Zwecken der Privatspekulation ins Leben gerufene Nachahmung der Freien Volksbühnen ist. Diese Unterlassung erklärt sich wohl daraus, daß Herr Müller selbst eine kapitalistische Zensurbrille auf der Nase trägt.

Der Zentrumsabgeordnete Pfeiffer unterstützte den freisinnigen Antrag, wenigstens soweit er auf Vorlegung eines Reichs-Theatergesetzes abzielt, wandte sich aber gegen den zweiten Teil, der auch die Theaterzensur gesetzlich geregelt wissen will. Dabei passierte dem sonst sehr modernistisch gerichteten Kunstverständigen des Zentrums das Unglück, daß ihm in dem Bemühen, die zensurfreundliche Haltung seiner Fraktion zu rechtfertigen, das Eingeständnis entgleiste, er spreche nicht als Zentrumsmann, sondern als Mann, der sich bemüht, frei in der Welt um sich zu schauen. Als er sich bei dem allgemeinen Heiterkeitsausbruch zu rechtfertigen suchte, verstrickte er sich nur noch mehr in den Schlingen eines rhetorischen Gegensatzes. Bei der Abstimmung wurde denn auch nur der erste Teil der Resolution angenommen, dagegen durch Rechte und Zentrum die Regelung der Theaterzensur abgelehnt.

Den sozialdemokratischen Antrag auf Erlaß eines Reichsberggesetzes vertrat in eindringlichen Ausführungen Genosse Sachse, indem er zunächst gegenüber Herrn v. Dirksen (Rp.) die Verderblichkeit der schwarzen Listen nachwies und an den hohen bergbaulichen Unfallziffern Deutschlands nachwies, wie notwendig gerade bei uns eine reichsgesetzliche Regelung ist. Sachse kehrte sich auch gegen einen von freisinniger Seite eingebrachten Verwässerungsantrag. Da aber bei der Abstimmung der Block zunächst den sozialdemokratischen Antrag niederstimmte, blieb der Sozialdemokratie schließlich nur übrig, damit wenigstens etwas zustande kam, für den verwässerten Antrag zu stimmen.

Am Donnerstag kommen die Spezialtitel des Reichsamtes des Innern zur Verhandlung. —

Internationaler Handel mit Menschenfleisch.

Die deutsche Feldarbeiter-Zentrale, Grenzamt Kattowitz, dehnt jetzt ihre Verlockungen von Ausländern zum Reinfall auf die menschenunwürdigen Verträge auch auf die Vermittlung für fremde Länder aus! An Fabrikarbeiter in Petersburg läßt sie Prospekte mit der Aufforderung verteilen, nach Italien zu ziehen: dort fehlten, insbesondere in Messina, 12 bis 15 000 Arbeiter. Vorgespiegelt werden Löhne von 2 bis 5 Rubeln! Verschwiegen werden aber die bekannten Klauseln der berüchtigten Feldarbeiter-Zentrale, welche die Arbeiter fast rechtlos machen.

Die Menschenhändler-Zentrale wird durch die bekannten Erlasse des Ministers des Innern über Legitimationskartenzwang mit Millionen jährlich unterstützt. Denn der den Ausländern in Höhe von früher 2, jetzt 5 M. abgeknöpfte Betrag fließt in die Kasse der deutschen Feldarbeiter-Zentrale. —

Die neue Fernsprechordnung.

Im Reichstag ist heute der Entwurf einer Fernsprechgebührenordnung zur Verteilung gelangt. Danach soll für jeden Anschluß an ein Fernsprechnetz eine Grundgebühr und eine Gesprächsgebühr erhoben werden. Die Grundgebühr beträgt in Netzen von nicht über 1000 Anschlüssen 50 M., bei mehr als 1000 bis einschließlich 5000 Anschlüssen 65 M., bei mehr als 5000 bis einschließlich 20 000 Anschlüssen 80 M., bei mehr als 20 000 bis einschließlich 70 000 Anschlüssen 90 M., bei mehr als 70 000 Anschlüssen für jede angefangenen weiteren 50 000 Anschlüsse je 10 M. mehr jährlich für jeden Anschluß, der von der Vermittelungsstelle nicht weiter als 5 Kilometer entfernt ist. Die Gesprächsgebühr beträgt 4 Pf. für jede Verbindung. Soweit auf Grund der neuen Feststellung eine Erhöhung der Grundgebühr eintritt, sind die Teilnehmer berechtigt, ihre Anschlüsse zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Erhöhung mit einmonatiger Frist zu kündigen. Für die Benutzung der Verbindungsanlagen zwischen verschiedenen Netzen werden Gesprächsgebühren erhoben. Sie betragen für eine Verbindung von nicht mehr als drei Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 25 Kilometer einschließlich 20 Pf., bis zu 50 Kilometer einschließlich 25 Pf., bis zu 100 Kilometer einschließlich 50 Pf., bis zu 250 Kilometer einschließlich 75 Pf., bis zu 500 Kilometer einschließlich 1 M., bis zu 750 Kilometer einschließlich 1,50 M., bis zu 1000 Kilometer einschließlich 2 M. Ueber 1000 Kilometer für jede angefangenen weiteren 250 Kilometer 50 Pf. mehr. Für dringende Gespräche wird die dreifache Gebühr erhoben. Der Teilnehmer darf sich von dritten für das Gespräch einen Betrag nur bis zur Höhe der Gebühr erstatten lassen, die für die Verbindung bei Benutzung einer öffentlichen Fernsprechstelle zu entrichten wäre. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die durchschnittliche Gesprächsbelastung der Tauschgebührenanschlüsse, die gegenwärtig besteht, von Jahr zu Jahr steigt. Es gibt unter den Tauschgebührenteilnehmern eine Zahl von solchen, die ihren Anschluß besonders weit über den Durchschnitt hinaus, zum Teil über 50 000 mal im Jahre, benutzen. Diesem Unterschied in der Benutzung der Anschlüsse entspreche die jetzt geltende Abstufung der Gebühren nicht. Um den laut gewordenen Klagen über die ungleichmäßige Belastung der verschiedenen Gruppen von Fernsprechteilnehmern abzuhelfen, hat man sich für die Aufhebung des Tauschgebührensystems und die Heranziehung sämtlicher Teilnehmer nach Maßgabe der Leistung durch den allgemeinen Uebergang zu Grund- und Gesprächsgebühren entschlossen. Damit folgt die Verwaltung auch der Entwickelung in den Ländern mit besonders lebhaftem Fernsprechverkehr, wie in den Vereinigten Staaten. Neu ist die Festsetzung, daß bei Ferngesprächen bis zu 250 Kilometern einschließlich die Gebühr 75 Pf. beträgt. Die Begründung behauptet dann, daß der neue Tarif, selbst wenn die Gesprächszahl bei den Tauschgebührenteilnehmern die gleiche bliebe wie bisher, für 66 Proz. aller Teilnehmer eine Gebührenermäßigung ergebe, während für 34 Proz. eine Mehrbelastung eintrete.

Ueberall langt's nicht.

Auch der Ausgleichsfonds des allgemeinen Pensionsfonds für das Reichsheer genügt nicht. Dieser für die Verwaltung des Reichsheeres eingerichtete Ausgleichsfonds, woraus bedürftige Hinterbliebene von Offizieren, Sanitätsoffizieren, Beamten und Personen der Unterklassen des Soldatenstandes sowie von Invaliden als Ersatz dafür, daß ihnen die Vorteile der neuen Versorgungsgesetzgebung nicht zuteil werden, Beihilfen erhalten, hat sich, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, sowohl in Preußen als auch in Sachsen und Württemberg als unzulänglich erwiesen. Ebenso sind die Ansprüche an den dem Kriegsminister zur Verfügung stehenden Fonds zur Unterstützung ehemaliger Angehöriger der Unterklassen des Soldatenstandes und ihrer Hinterbliebenen erheblich gestiegen, so daß bei weitem nicht alle Gesuche um Unterstützung berücksichtigt werden konnten. Auch für Kuren in Lungenheilstätten und andere Badekuren sowie für Lazarettbehandlung ehemaliger Unteroffiziere und Gemeinen haben sich die vorhandenen Mittel als unzureichend erwiesen. Es wird daher von der Reichsregierung eine Erhöhung dieser Fonds, des allgemeinen Pensionsfonds um etwa 100 000 M. beabsichtigt.

Etatsdebatte im württembergischen Landtag.

In der heutigen Fortsetzung der Generaldebatte über den Etat nahm zunächst der Ministerpräsident Weizsäcker das Wort. Er beschäftigte sich eingehend mit den Ausführungen des demokratischen Redners Dr Elsaß über das parlamentarische Regiment und den Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten. An die Spitze seiner Erklärungen stellte Weizsäcker den Satz, daß sich die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte „reine Volkskammer" durchaus bewährt habe, eine Erklärung, die offenbar gegen Preußen gerichtet war. Zu voller Anerkennung der Berechtigung eines rein parlamentarischen Regiments verstand sich jedoch der Redner nicht. Er nahm für die Regierung das Recht in Anspruch, auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens auch anders zu handeln, als die Beschlüsse des Landtages verlangen, z. B. in Sachen der Reichsfinanzreform. In dieser Frage hätte die Regierung durch ihre Zustimmung Opfer bringen müssen. — Er verweist auf die schwierige Situation, in der sich die Einzelstaaten unter den hohen Matrikularbeiträgen befinden; eine Lage, die durch das System der ungedeckten Matrikularbeiträge noch weiter verschlechtert worden sei. Ehe die Frage der Reichsfinanzreform nicht gelöst sei, sei Württemberg in seinen Landesaufgaben vollständig gehemmt.

Nach einer längeren Betrachtung über die Frage der württembergischen Eisenbahnpolitik, in der er die „übereilte" Fahrkartensteuer abfällig besprach, und das Zustandekommen der Güterwagen-Gemeinschaft als einen Sieg des einheitlichen Gedankens über engherzigen Partikularismus begrüßte, kam er auf den Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu sprechen und meinte, der Ausschuß habe bei wichtigen Anlässen zur vollen Befriedigung der Beteiligten funktioniert. Die Sitzung des Ausschusses im November wäre von historischer Bedeutung gewesen. Der Reichskanzler habe in vierstündiger Rede so beruhigende Erklärungen über die auswärtige Politik abgegeben, daß die Mitglieder in der Lage gewesen wären, ihm ihre vollste Uebereinstimmung mit seinen Intentionen in der auswärtigen Politik auszusprechen.

Der neue Vorsitzende der Zentrumsfraktion.

Am Dienstagabend hat das Zentrum für den verstorbenen Grafen von Hompesch sich in dem Freiherrn v. Hertling einen neuen Vorsitzenden gegeben. Neben Hertling kam auch Dr. Spahn in Frage, aber er wurde damit getröstet, daß er ja der erste politische Redner sei (was mag Herr Erzberger da gedacht haben) und daß man den politischen Führer der Fraktion nicht mit der Leitung der Fraktionsgeschäfte belasten dürfe.

Für Hertling sprach, daß er gewissermaßen „interdeutsch" ist. Er ist geboren in Darmstadt, wohnt in München und ist gewählt im nordischen Rom, im frommen Münster Westfalens. Ausschlaggebend dürfte für seine Wahl jedoch seine Stellung zum hohen Klerus und sein Freiherrntitel gewesen sein.

Die Vorrechte des bunten Rockes

haben sich bei einer Kommunaloffäre in Freiburg wieder in schönster Weise gezeigt. Der Fall ist kurz folgender: Der Kassierer Löffel des städtischen Elektrizitätswerkes Freiburg verunglückte im April v. J. bei der Jagd, indem ein Schuß aus dem eigenen Gewehr ihn den Tod brachte. Bei der Revision seiner Kasse entdeckte man, daß der Jagdliebhaber die Kleinigkeit von 80 000 M. unterschlagen hat. Er kannte das Schema, nach dem die Revisionen allmonatlich vorgenommen werden; daher war die Unterschlagung des hohen Betrages möglich. Aber noch etwas anderes leistete seinen Betrügereien Vorschub. Die revidierenden Beamten standen vor Löffel — strammt Er war nämlich Offizier, seine Vorgesetzten nur frühere Militäranwärter. Sie getrauten sich nicht, wie jüngst in der Bürgerausschußsitzung in Freiburg in aller Oeffentlichkeit festgestellt wurde, dem militärischen Vorgesetzten die nötigen Vorhaltungen zu machen. Diese Ehrfurcht vor dem Offizierspatent kostet der Stadt Freiburg und damit den Steuerzahlern 80 000 M.

Was amtliche Dementis wert sind.

Was behördliche Ableugnungen vielfach für einen Wert haben, zeigt folgendes, uns aus Waldenburg gemeldete Vorkommnis: Am 20. Januar meldete unser Breslauer Bruderblatt, dem es ein Sachverständiger mitgeteilt hatte, daß der Eisenbahntunnel zwischen Gottesberg und Dittersbach in Niederschlesien infolge von Erdsenkungen in Gefahr sei, einzustürzen. Es waren die schadhaften, mit Sprüngen durchsetzten Stellen des Tunnels ganz genau angegeben und bemerkt, daß die von der Verwaltung bereits in Angriff genommenen Ausbesserungsarbeiten nicht genügten. Bereits führen die Züge „im Schritt" durch den Tunnel und einige Arbeiter seien schon bei den Arbeiten verunglückt. Das Abtragen des Berges über dem Tunnel nütze aber nichts, denn die Ursache der gefährlichen Risse seien die Bodensenkungen.

Was geschah? Die Eisenbahndirektion Breslau sandte den bürgerlichen Zeitungen (aber nicht der „Volkswacht"!) eine Berichtigung, die alle Behauptungen unseres Bruderblattes als unwahr bezeichnete! Ja, man ging soweit, zu behaupten, der Tunnel habe sich schon deshalb gar nicht senken können, weil er auf einem vom Bergbau nicht berührten Sicherheitspfeiler stehe! Ministerialkommissare und mehrere Vertreter der Direktion hätten alles genau untersucht und für betriebssicher befunden. Ein Anlaß zur Beunruhigung des Publikums liege nicht vor.

Hatte nun unser Bruderblatt sich diese Mitteilungen aus den Fingern gesogen? O nein! Heute, nach kaum zehn Tagen nach jener amtlichen Ableugnung, sieht sich dieselbe Eisenbahndirektion Breslau, wie der „Vorwärts" gestern telegraphisch mitgeteilt, gezwungen, amtlich folgendes den Blättern (aber auch wieder nicht der „Volkswacht"!) bekanntzugeben:

„Die Strecke Breslau—Hirschberg ist zwischen den Stationen Dittersbach und Fellhammer infolge einer gefahrdrohenden Senkung im Schönhuter Tunnel seit Montag vormittag 11 Uhr gesperrt. Die Breslau—Hirschberger Personenzüge über Dittersbach werden über Bad Salzbrunn—Fellhammer umgeleitet. Außerdem werden Anschlußzüge zwischen Nieder-Salzbrunn—Fellhammer und Fellhammer–Halbstadt gefahren."

Hier zeigt sich einmal die Neigung gewisser Behörden, feststehende, aber unangenehme Tatsachen abzuleugnen, in ihrer ganzen Gefährlichkeit! Was hätte in diesen 10 Tagen auf der von vielen Schnellzügen (Berlin—Riesengebirge—Breslau) befahrenen Strecke nicht alles für Unheil angerichtet werden können!

Die Dresdener Wahlrechtsprozesse.

Vom Landgericht Dresden wurde am Mittwoch der Bauarbeiter Genosse Höhne wegen Vergehens gegen den § 111 (Aufforderung zu Gewalttätigkeiten) zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Zwei Wochen Untersuchungshaft wurden ihm angerechnet. Es wird ihm vorgeworfen, daß er bei der Verhaftung eines anderen Wahlrechtsdemonstranten gerufen habe: „Schlagt die Hunde tot!" Außerdem soll er nach seinem Taschenmesser gegriffen haben. Beides bestritt Genosse Höhne; ein Schutzmann beeidete es jedoch, und das gab den Ausschlag.

Das Krisenjahr.

Nach den soeben veröffentlichten Zusammenstellungen des Statistischen Amts der Stadt Köln hat sich dort im verflossenen Jahre die Zahl der zwangsversicherten Arbeiter von 112 090 auf 111 311 am 1. Januar 1909 vermindert. Der höchste Beschäftigungsgrad ging gegen das Vorjahr von 255 pro Tausend der Einwohnerzahl auf 240 zurück. Bei den Arbeitsnachweisen war das Stellenangebot um 30,4 Prozent, die Zahl der vermittelten Stellen um 18,4 Prozent niedriger, während die Nachfrage nach Arbeit die vorjährige um 19 Prozent überstieg. Auf 100 offene Stellen kamen 288 Arbeitsuchende und nur 79 Vermittelungen.

Die sogenannte Wahlreform in Oldenburg.

Im Oldenburger Landtag wurde gestern, Dienstag, die Beratung des Landtagswahlgesetzes zu Ende geführt. Der Pluralwahlrechtsantrag des Abgeordneten Müller-Brake wurde mit 22 gegen 22 Stimmen abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag auf Einführung der Verhältniswahl mit 12 gegen 32 Stimmen. Für den sozialdemokratischen Antrag auf Beibehaltung der automatisch steigenden Abgeordnetenziffer bei steigender Bevölkerung stimmten nur die Sozialdemokraten. Damit hat sich der Landtag für die Festlegung der Bevölkerungsziffer nach dem Stande vom 1. Dezember 1905 erklärt. Der Antrag auf Schaffung von Einzelwahlkreisen wurde mit 29 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Annahme fand dagegen der Antrag, nach welchem zwei Wahlkreise mit je 8, 10 Wahlkreise mit je 2 und 19 Wahlkreise mit je einem Abgeordneten geschaffen werden. Die Notwendigkeit der anderweiten Abgrenzung der Wahlkreise soll alle 20 Jahre erörtert werden. Abgelehnt wurde auch der von unseren Genossen gestellte Antrag, die Wahlen an einem Sonntag vorzunehmen; dagegen gelang es, wenigstens die Wahlzeit gesetzlich festzulegen und zwar einheitlich für die Zeit von 11 bis 8 Uhr; nur in Wahlbezirken unter 2000 Einwohnern soll es gestattet sein, die Wahl später beginnen zu lassen. Schließlich gelang es noch, einen Antrag der Agrarier zu Fall zu bringen, der die Abschaffung der Kuvertwahl und der Isolierräume, wie sie der Gesetzentwurf vorsah, verlangte. Zur größeren Sicherung des Wahlgeheimnisses fand vielmehr auf Anregung unserer Genossen ein Antrag Annahme, wonach die Wahlurnen nach der Vorschrift des Staatsministeriums angeschafft werden sollen.

Die Beratung des Wahlgesetzes ergibt sonach folgenden Stand der Wahlreform:

Das Wahlrecht ist direkt. Zur Ausübung des Wahlrechts ist eine dreijährige Wartezeit für jeden Reichsdeutschen in Oldenburg Voraussetzung. Der Kreis der Wahlberechtigten ist ausgedehnt auf diejenigen, welche bei anderen in Kost und Logis stehen und keinen eigenen Herd besitzen. Das Wahlalter ist 25 Jahre. Jeder, der 40 Jahre alt ist, erhält eine zweite Stimme. Die Legislaturperiode ist fünfjährig. An Stelle der von der Regierung vorgeschlagenen Zweimännerwahlkreise sollen neben 19 Einzelwahlkreisen nur 12 Gruppenwahlkreise gebildet werden.

Angesichts eines solchen Fazits kann man von einer Wahlreform kaum reden. Der einzige hervorragende Fortschritt der direkten Wahl wird aufgehoben durch die Reihe der mitgeteilten Anträge, zumal obendrein noch die Wahlrechtsänderung mit dem Pluralwahlrecht verknüpft worden ist. Leider ist nicht daran zu denken, daß die zweite Lesung ein anderes, besseres Ergebnis zeitigen wird.

Wahlergebnis im Reichstagswahlkreis Schrimm-Schroda.

Amtliches Wahlresultat. Bei der Reichstagsersatzwahl am 6. d. M. für den Wahlkreis Schrimm-Schroda wurden im ganzen 17 914 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielten v. Niegolewski (Pole) 13 888 Stimmen, v. Günther (Reichspt.) 4016; zersplittert waren 10 Stimmen. v. Niegolewski ist somit gewählt.

Die Balkankrise.

Demission eines Kriegshetzers.

Belgrad, 10. Februar. Wie die Blätter melden, gab Kriegsminister Zivkowitsch seine Demission, weil weder die Regierung noch die Skupschtina genügendes Entgegenkommen für die unabweislichen Bedürfnisse der Armee zeigten.

Oesterreich.

Die Arbeiter für das Parlament.

Wien, 8. Februar. (Eig. Ber.) In zehn großen, so massenhaft wie in den stürmischen Zeiten des Wahlrechtskampfes besuchten Versammlungen hat heute die Wiener Arbeiterschaft über die Verbrechen der tschechisch-radikalen Parlamentsmörder und über die Unfähigkeit einer leichtfertigen Regierung das Urteil gesprochen. Die Stimmung der Massen war eine überaus erregte und es trat allenthalben der feste Entschluß zutage, die Kraft des Proletariats wieder einmal zum sichtbaren Bollwerk des Parlaments zu machen. Die Wiener Arbeiterschaft ist nicht gesonnen, zu dulden, daß sich eine schwache und unfähige Regierung, um ihren Mangel an Einsicht und politischem Verstand zu verbergen, in das Schwächlingsfahl des Absolutismus flüchtet, und bei seinem etwaigen Versuch, wieder einmal eine absolutistische Aera einzuleiten, wird Herr v. Bienerth auf den unbesieglichen Widerstand der Arbeiterschaft stoßen.

Die größte Versammlung war im Favoritner Arbeiterheim, in der Genosse Dr. Adler referierte. Aus seinen Ausführungen sei folgendes wiedergegeben:

Es ist ein schwerer Augenblick im Leben der Völker Oesterreichs, in dem ein solcher Aufwand von Arbeit, ein solches Resultat der Geschichte wie das Parlament des allgemeinen Wahlrechts gefährdet werden kann durch einzelne verantwortungslose Individuen und durch die Unfähigkeit der Regierung. Längst müßte man verzweifeln, alles an den Nagel hängen und flüchten, wenn man nicht sähe, daß das arbeitende Volk aller Nationen kräftig zusammensteht, und wenn man nicht die Ueberzeugung hätte, daß hier die Hoffnung und die Zukunft für alle Völker ist. Was ist die Ursache des heutigen Zustandes? Ohne besonderen Anlaß hat ein halbes Dutzend Leute, die den geschichtlichen Namen Choc-Buben behalten werden, eine Störung hervorgerufen, die sich keine Versammlung gefallen lassen würde und könnte. Die Frage der Geschäftsordnung hat mit der Frage, wie diese Radaubrüder zu behandeln sind, nicht das geringste zu tun. Sie, Genossen, können nun mit Recht fragen: Wie kommt es, daß man duldete, daß die Leute mit Ratschen und der großen Trommel das Parlament zerstören? Es wäre ja sehr nahegelegen, daß einige hingehen, die Kerle packen, die Instrumente wegnehmen und sie hinausbefördern. Wir glaubten aber, das nicht tun zu dürfen, um nicht die Verantwortung auf uns zu nehmen, daß das Parlament zum Schauplatz einer Rauferei gemacht werde. Es werden andere Mittel gesucht werden müssen und gefunden werden, um solchen niederträchtigen Angriffen auf die Würde des Parlaments vorzubeugen. (Lebhafte Zustimmung.)

Es hat einen Faktor gegeben, der es nicht für wünschenswert gehalten hat, daß das Parlament mit seinem Präsidium versuche, selbst Ordnung zu schaffen. Der Lärm hat kaum einige Minuten gedauert und der Herr Bienerth hat die Session geschlossen. Die Regierung hat den Einbruch benützt, um ihr eigenes Leben zu retten.

Aber ohne das Parlament darf nicht regiert werden. Wir verlangen die sofortige Einberufung des Parlaments. Wir verlangen die Fortsetzung der sozialpolitischen und politischen Arbeit! Wir werden nicht dulden, daß man die Unfähigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien zu einer Aera des § 14 ausnützt! Es mag sein, daß das Parlament nicht alles kann, was es sollte; aber daß die Bureaukratie nichts kann, als Oesterreich in Grund und Boden zu regieren: das hat sie durch Jahrzehnte gezeigt. Also auf mit dem Parlament, Wiederbeginn der Arbeit und vor allem eine Regierung, die mit dem Parlament arbeiten will! (Stürmischer Beifall.)

Das neue Ministerium.

Bekanntlich war das Ministerium Bienerth nur als provisorisches gedacht, da es in ein parlamentarisches umgewandelt werden sollte. Jetzt ist daraus ein definitives Ministerium geworden, über dessen Zusammensetzung die „Neue Freie Presse" meldet:

Präsidium Freiherr von Bienerth, Inneres Freiherr von Haerdtl, Finanzen Ritter von Bilinski, Justiz Dr. von Hohenburger, Unterricht Graf Stürghk, Eisenbahn Wrba, Handel Dr. Weiskirchner, Landesverteidigung Freiherr von Georgi, öffentliche Arbeiten Ritt, Ackerbau Braf, deutscher Landsmannminister Dr. Schreiner, tschechischer Landsmannminister Dr. Zazek, polnischer Landsmannminister Ritter von Abrahamowicz. Die amtliche Publikation soll Donnerstag erfolgen.

Weiskirchner ist der jetzige Präsident des Abgeordnetenhauses, einer der Führer der Christlichsozialen, denen auch Ritt zuzurechnen ist. Die Polen sind durch Bilinski, die Tschechen durch den gemäßigten Prager Oekonomieprofessor Braf vertreten. Der Unterrichtsminister Stürghk ist ein sogenannter verfassungstreuer Großgrundbesitzer, ein eitler, talentloser und reaktionärer Mensch, ein erbitterter Wahlreformfeind. Im ganzen macht das neue Ministerium einen sehr ungünstigen und reaktionären Eindruck.

England.

Erweiterung des Kolonialbesitzes.

London, 9. Februar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben England und Siam ein Uebereinkommen geschlossen, wonach Siam die Staaten Kelantan, Trengganu und Kedah an England abtritt. Dieses gewährt dafür Siam gewisse Konzessionen, wahrscheinlich solche kommerzieller Natur.

Die genannten Staaten, die auf der Halbinsel Malakka — im Norden der britischen Straits Settlements — liegen, waren bisher Vasallenstaaten Siams, die an Siam Tribut zahlen mußten.

Schweden.

Die Wahlreform.

Stockholm, 10. Februar. Beide Kammern haben heute die Wahlreformvorschläge mit großer Mehrheit endgültig angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten und einige andere Abgeordnete. Die Reformen beruhen auf der Grundlage der Proportionalwahlen zu beiden Kammern und des allgemeinen Wahlrechts zur Zweiten Kammer und einer starken Demokratisierung der Ersten Kammer sowie einer bedeutenden Herabsetzung der kommunalen Wahlskala. Der Zensus für die Wählbarkeit zur Ersten Kammer ist auf 3000 Kronen herabgesetzt worden. —

Rußland.

Die Todesstrafe.

Petersburg, 10. Februar. Die Reichsduma beschloß in ihrer heutigen Morgensitzung mit einer aus den Oktobristen, der Gemäßigten Rechten, dem Polnischen Kolo und der Partei der Friedlichen Erneuerer gebildeten Majorität nach heftigen Debatten, den Entwurf wegen Abschaffung der Todesstrafe einer Justizkommission zu übergeben. Einen Antrag der Kadetten, diese Kommission zu einem Bericht im Plenum binnen Monatsfrist zu verpflichten, lehnte die Duma ab.

Argentinien.

Ein Streik gegen Steuererhöhung.

Buenos Aires, 9. Februar. Eine Streikbewegung ist in Rosario infolge einer beträchtlichen Steuererhöhung ausgebrochen. Handel und Industrie sind lahmgelegt. Die Streikenden verlangen die Demission des Bürgermeisters. Bis jetzt verläuft die Bewegung friedlich. —

Soziales.

Zum Kölner Aerztestreik.

In Anknüpfung an die Rede des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg im Reichstage, die den Kölner Aerztestreik als eine Boykottierung von Kranken und Sterbenden brandmarkte, versucht die „Kölnische Zeitung" in ihren Ausgaben vom Sonntag und Montag die Oeffentlichkeit über den Charakter des Kölner Aerztestreiks irrezuführen. Sie schreibt unter anderem:

„Die Gerechtigkeit gebietet, festzustellen, daß nach den Beschlüssen der Aerzte eine solche Gefahr ausgeschlossen ist, weil sie für gewisse dringende Fälle die unentgeltliche Hilfeleistung zugesagt haben. Diese Erklärung dürfte geeignet sein, die schlimmsten Befürchtungen, die in der Kölner Oeffentlichkeit gehegt werden, auszuräumen und die hochgradige Erregung etwas zu mindern.

In einem Bericht über einen Vortrag des Professors Stier-Somlo-Bonn, der sich dem harten Urteile des Staatssekretärs anschloß und die gesetzliche Einrichtung von Krankenkassenärzten mit Staatsbeamtencharakter forderte, um die Lahmlegung der Krankenversicherung durch die Aerzte zu verhindern, wiederholt die „Kölnische Zeitung" ihre Behauptung, daß die organisierten Aerzte „für gewisse dringende Fälle ihre unentgeltliche Mitwirkung zugesagt haben".

Es muß dem gegenüber festgestellt werden, daß ein solcher Beschluß oder eine derartige Bereitwilligkeit nicht besteht. Der Beschluß und die entsprechende offizielle Bekanntmachung der dem Aerztevereinsbunde angehörenden Aerzte lautet im Gegenteil, auch die nichtversicherten Familienangehörigen der Kassenmitglieder „unter keinen Umständen" zu behandeln.

In der Tat sind — wie bei dem früheren Kölner Aerztestreik — auch diesmal schon Verweigerungen der ärztlichen Hilfe bei Lebensgefahr vorgekommen.

Es kann nur angenommen werden, daß durch die falschen Mitteilungen der „Kölnischen Zeitung", die in ähnlicher Weise schon früher vorgekommen sind, die zuständigen Ministerien irregeführt werden sollen.

In der neuesten Nummer des offiziellen Organs des Verbandes der Aerzte wird in beispiellos frivoler Weise über die „berühmten Notfälle" gehöhnt. Es wird in dem Artikel ausdrücklich festgestellt, daß „die Kölner Kollegen folgende Taktik beschlossen" haben: 1. Kein Mitglied einer der fraglichen Kassen, 2. keines von deren versicherten Angehörigen, 3. auch keines von deren nichtversicherten Angehörigen irgendwie zu behandeln, auch nicht gegen Barzahlung, auch nicht in Notfällen.

Diese „Taktik" hat bereits ihre Früchte gezeitigt:

1. In dem Kölner Vorort Bocklemünd wurde ein Mitglied des Leipziger Aerzteverbandes zu einem Kinde gerufen, das sich durch siedendes Wasser entsetzlich verbrannt hatte; außerdem litt das Kind an Krämpfen, die durch die Verbrennungsschmerzen noch verstärkt wurden. Als der Arzt erfuhr, daß der Vater Kassenmitglied sei, weigerte er sich, das Kind zu behandeln; auch auf das Flehen der Mutter, wenigstens etwas zur Linderung der furchtbaren Schmerzen aufzuschreiben, weigerte sich der „Arzt" und fuhr weg.

2. Von Severin in Köln-Altstadt wurde ein Arzt gebeten, zu einem Kinde zu kommen, das in Krämpfen lag. Er verweigerte die Hilfe. Als nach kurzer Zeit ein anderer, nachher herbeigerufener Arzt erschien, war das Kind schon tot.

3. Bei einem schweren Falle von Frühgeburt mit starker Verblutung verweigerte der bisherige Arzt die Hilfe. Als der neue Arzt erschien, war die Frau beinahe verblutet!

4. In unzähligen Fällen sind in den letzten Tagen die Kranken aus den Hospitälern entlassen worden, ehe sie geheilt waren. Die ambulante Behandlung auch vorher stationär verpflegter Kranker, bei denen dringend Hospitalbehandlung nötig war, wurde rund abgelehnt.

5. Ein Kranker wurde operiert und schon nach zwei Stunden — als die Wirkungen der Narkose noch nicht vorüber waren — entlassen.

6. Eine Gefahr für die gesamte Bürgerschaft ist die jetzige Gepflogenheit, geschlechtskranke Bäcker- und Schlächtergesellen, also Leute, die in der Lebensmittelerzeugung tätig sind, nicht — wie bisher — sofort in die Hospitäler aufzunehmen, sondern jetzt zurückzuweisen.

Alle diese Fälle sind in den städtischen Hospitälern vorgekommen, in denen die Professoren und Aerzte aus städtischen Mitteln besoldet werden. Es liegt demnach alle Veranlassung vor, das Verfahren auf Entziehung der Approbation gegen die in Betracht kommenden Aerzte einzuleiten und endlich Behandlungszwang reichsgesetzlich einzuführen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf gegen die gelbe Seuche.

Am Dienstag fand in der Bockbrauerei II (Chausseestraße) eine von fast allen Arbeitern der Firma Karl Flohr besuchte Betriebsversammlung statt. Die Arbeiter dieses Betriebes führen seit einigen Wochen einen energischen Kampf gegen den gelben Verein. Hierüber machten der Referent Bahn und andere Redner eingehende Mitteilungen, denen wir folgendes entnehmen:

Im Laufe des vorigen Jahres sind im Flohrschen Betriebe mehr und mehr Gelbe eingestellt worden, so daß schließlich von den mehr als 300 beschäftigten Arbeitern etwa die Hälfte dem gelben Verein angehörten. Hand in Hand mit der Ausbreitung des gelben Vereins und seiner Begünstigung durch die Betriebsleitung ging eine Herabsetzung der Löhne bis zu 50 Prozent ihrer früheren Höhe. Durch die Veröffentlichung der Lebius-Briefe wurde den Arbeitern der Firma Flohr ein Licht aufgesteckt. Sie wandten sich sogleich in großer Mehrheit von dem gelben Verein und seinen Protektoren ab. Viele Mitglieder traten aus dem Verein aus, ja eine Mitgliederversammlung beschloß die Auflösung des gelben Vereins. Das wurde der Betriebsleitung der Firma mitgeteilt, aber sie verfügte: Der Verein bleibt nach wie vor bestehen, denn nach dem Statut kann die Auflösung nur nach einstimmigem (!) Beschluß aller Mitglieder erfolgen. — Von etwa 160 Vereinsmitgliedern hatten 138 für Auflösung gestimmt. — Weiter erklärte die Firma: Wer gegen den Verein agitiert, wird entlassen, und wer aus dem Verein austritt, soll ebenfalls nach Befinden der Betriebsleitung entlassen werden. — Es sind denn auch einige der Ausgetretenen entlassen worden. Den anderen Ausgetretenen, die noch weiter beschäftigt wurden, sind aber bei der Lohnzahlung die Beiträge für den gelben Verein, wie gewöhnlich, abgezogen worden. Man hat dann der Betriebsleitung die Namen aller Ausgetretenen mitgeteilt und wird nun abwarten, ob auch am bevorstehenden Lohntage die Beiträge wieder abgezogen werden. Natürlich werden sich die Arbeiter den Abzug nicht gefallen lassen.

Nachdem die Auflösung des gelben Vereins beschlossen war, erschienen bekannte Führer des gelben Bundes auf der Bildfläche, sammelten die Trümmer des aufgelösten Vereins — etwa ein bis eineinhalb Dutzend Mitglieder — und setzten einen neuen Vorstand ein, da auch der alte Vorstand das Lager der Gelben verlassen hat.

Noch manche Einzelheiten wurden mitgeteilt, welche dafür sprechen, daß auch bei der Firma Flohr der gelbe Verein als ein Mittel zur Unterdrückung der gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter benutzt wird. So hat die Betriebsleitung von den Vorstandsmitgliedern ihres gelben Vereins sich sagen lassen, wer im Betriebe als Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes fungiert. Welchen Zweck solche Ermittelungen haben, ist ohne weiteres klar, wenn man einen vertraulichen Briefwechsel betrachtet, den die Firma Flohr mit einer anderen Firma führte. Diese Briefe wurden in der Versammlung verlesen. Ihr Inhalt ist der: Als sich ein Arbeiter bei der Firma Flohr um Arbeit bewarb, zog sie über ihn Erkundigungen bei seinem früheren Arbeitgeber ein und erhielt auf ihre Anfrage die Antwort: die Leistungen des Arbeiters seien gute, er sei entlassen, weil er ein Agitator des Deutschen Metallarbeiterverbandes sei, seine Einstellung bei der Firma Flohr sei deshalb nicht zu empfehlen.

So wird jeder ausgesperrt, der es für seine Pflicht hält, seine und seiner Kollegen Interessen zu vertreten. Und diesen brutalen Terrorismus der Unternehmer unterstützen die Gelben. Sie werden deshalb mit Recht von jedem anständigen Arbeiter verachtet.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, worin gesagt wird, daß die Versammelten den Kollegen, welche aus dem gelben Verein ausgetreten sind, ihre volle Sympathie bekunden, daß sie das Verhalten der Firma, welche die Arbeiter durch Gewalt und Drohung am Austritt aus dem gelben Verein zu hindern sucht, entschieden verurteilen, sich weitere Maßnahmen dagegen vorbehalten und von den Ausgetretenen erwarten, daß sie Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes werden, soweit es nicht schon geschehen ist.

Mißstände bei der Firma O. Jachmann.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte am Dienstag eine Versammlung der bei der Firma O. Jachmann, Huttenstraße, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Lokal von Kirschkowski in der Beusselstraße veranstaltet. In der Eisengießerei von Jachmann werden die Arbeitsverhältnisse seit einiger Zeit immer schlechter, und eine Betriebsbesprechung war dringend notwendig geworden. Wuschick hatte das Referat übernommen. Er wies zuerst darauf hin, welche großen Profite die Lieferanten von Kriegsmaterial einheimsen. Neben den großen Firmen auf Krupp und Erhardt bekommt Jachmann besonders Aufträge von Granaten. Dadurch gibt es immer viel zu tun, und die Unternehmer erzielen außerordentlich hohe Gewinne. Die Arbeiter aber, die mit der steigenden Teuerung zu kämpfen haben, wurden vor einiger Zeit damit überrascht, daß sie sich Lohnabzüge gefallen lassen mußten.

Welche Abzüge seit Dezember v. J., gleichsam als Weihnachtsgeschenk, gemacht worden sind, ist aus folgender Aufstellung deutlich zu erkennen. Für die 5,2 Zentimeter-Granaten wird erheblich weniger gezahlt, was die einzelnen speziellen Verrichtungen betrifft. Für das Bohren wurden früher 7,50 M., jetzt 6,50 M., für das Einstechen früher 2,25 M., jetzt 2 M., für das Umringen früher 3,25 M., jetzt 2,85 M., für Ueberdrehen der Kupferringe früher 1,75 M., jetzt 1,50 M., Polieren der Kupferringe früher 1,10 M., jetzt 75 Pf., für das Lackieren früher 1,80 M., jetzt 1,65 M. gezahlt. Bei den 5 Zentimeter-Granaten wurden für das Schruppen früher 4 M., jetzt 3,90 M., für das Einstechen früher 1,60 M., jetzt 1,45 M., für das Umringen früher 1,60 M., jetzt 1,20 M., für das Ueberdrehen der Kupferringe früher 1,25 M., jetzt 1,10 M., für das Lackieren früher 1,65 M., jetzt 1,50 M. gezahlt. — Die Bohrer verlieren durch diese Abzüge 7—8 M., die übrigen Arbeiter 1—6 M. pro Woche.

Welche Gründe waren aber nun für diese Reduktion der Löhne maßgebend. Als die Arbeiterschaft bei der Direktion vorstellig wurde, da erzählte der Direktor Herken der beschwerdeführenden Kommission, daß die Firma mit Verlust arbeite und an den Aufträgen für Granaten noch „zusetzen" müsse, und das könne die Arbeiterschaft doch nicht verlangen. Wuschick meinte, es wäre gut, wenn einer von unseren Abgeordneten im Reichstage sich beim Kriegsminister einmal erkundigen würde, ob für die Herstellung von Granaten so erbärmliche Preise gezahlt werden, daß eine Firma ihr Geld dabei verliert und die Arbeiter mit schlechten Löhnen zufrieden sein müßten. — Herken war früher Betriebsingenieur und ist jetzt Direktor geworden und die Arbeiter glauben, er will damit seine Tüchtigkeit beweisen, daß er die Löhne reduziert. Er hat erklärt, daß Löhne von 70 Pf. pro Stunde für die Arbeiter zu hoch seien; auch drängt er darauf hin, die Arbeitszeit zu verlängern. Wuschick beleuchtete die Zustände in den einzelnen Abteilungen im Betriebe und legte zahlreiche Mängel bloß. Von außen sieht die Fabrik recht gut aus, aber innen ist so viel Schmutz und Unordnung, daß eine Militärkommission, die unvermutet dort eine Kontrolle vornehmen würde, ihr Wunder erleben könnte. Für die Arbeiter ist in gesundheitlicher Beziehung sehr schlecht gesorgt, sie klagen über Mangel an Ventilation; Rauch, Gase, Oeldunst können nicht abziehen, die Klosetts sind in schlechtem Zustande, ebenso die Waschvorrichtungen, die Garderoben und so weiter. Der Redner richtete einen Appell an die Anwesenden, diese Zustände nicht geduldig zu ertragen, sondern energisch dagegen aufzutreten und sich der Organisation anzuschließen.

In der Diskussion, an der sich sehr viele Arbeiter beteiligten, wurden noch zahlreiche Mißstände aufgedeckt. Die Willkür in der Erhebung von Strafgeldern wurde scharf gerügt. Vor allen Dingen will man aber wissen, wo die Strafgelder bleiben. Sehr geringe Löhne erhalten die Arbeiterinnen; sie werden mit 22 Pfennig Stundenlohn eingestellt und arbeiten 54 Stunden pro Woche. Bei Stücklöhnen verdienen sie 13—15 Mark die Woche. Als sehr verwerflich wurde das Ueberstundenwesen gekennzeichnet, besonders zur jetzigen Zeit, wo es massenhaft Arbeitslose gibt. Wenn die Firma auf hohe Wochenlöhne hinweisen kann, so geschieht es nur dadurch, daß die Arbeitszeit von vielen Arbeitern ungeheuer ausgedehnt wird. Aus der Gießerei, der Schmiede, der Putzerei und andern Abteilungen wurden überall schwere Mängel berichtet. Vor der Gewerbeinspektion hält man vieles geheim, was an Schäden besteht und durchaus unzulässig ist, wie z. B. die Aufstellung einer Feldschmiede an einem für die Arbeiter sehr gefährlichen Platze. Beim letzten großen Auftrag wurde ein Besuch vom Kriegsministerium angekündigt und da wurde plötzlich ein gewaltiger Eifer entfaltet, um alles in guten Stand zu setzen und die Fabrik als ein „Musterinstitut" recht repräsentabel zu machen. Das war schnell vorübergehend und der alte Schlendrian riß bald wieder ein. An der Presse in der Schmiede sind in den letzten vier Monaten etwa zehn Mann verunglückt, was meist auf unzureichende Einrichtungen zurückzuführen ist. Ueber Mängel im allgemeinen und im speziellen im Betriebe wurden noch zahlreiche Klagen vorgebracht.

Wuschick machte in seinem Schlußwort darauf aufmerksam, daß die Arbeiter nicht alles von den Organisationen erwarten dürften, wenn sie Abhilfe verlangen. Sie sollten dafür einstehen, daß sie sich nicht wie Heloten behandeln lassen, sondern als Männer auf ihre Menschenwürde achten, daß sie nicht in den Staub getreten wird. Die Diskussion habe gezeigt, daß die Arbeiter sich zu viel gefallen lassen. Die Organisation steht zu jeder Zeit bereit, für denjenigen einzutreten, der seine Rechte wahrt. Gegen die Willkür der Erhebung von Strafgeldern muß sich jeder selbst wehren; den Gewerbeinspektoren und der Polizei müssen Anzeigen erstattet werden, wenn die Unternehmer gegen die gesetzlichen Bestimmungen sich vergehen; gegen die Zumutung von Ueberstunden muß die Arbeiterschaft zur jetzigen Zeit ganz entschieden Front machen. Das Vertrauensmännersystem darf nicht vernachlässigt werden. Die Organisation muß damit rechnen, daß sie Männer zu Mitgliedern hat, die sich nicht widerstandslos treten und knechten lassen. Diese Schlußworte wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Die Einführung der englischen Arbeitszeit in den Anwaltsbureaus ist in der letzten Zeit mehrfach von Seite der Rechtsanwälte in der Presse erörtert worden. Die Angestellten haben bisher eine bestimmte Stellung zu dieser Neueinführung nicht genommen. Zu diesem Zwecke findet nun am Donnerstag, den 11. Februar, abends 8½ Uhr, im Saal I der Prachtsäle „Alt Berlin", Blumenstr. 10, eine öffentliche Versammlung der Rechtsanwalts-Angestellten Groß-Berlins statt. Redakteur Hellmut Lehmann spricht über: „Die Einführung der englischen Arbeitszeit in den Berliner Anwaltsbureaus".

Deutsches Reich.

Ein gewerkschaftlicher Erfolg.

Der Zentralvorstand des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe bringt in der neuesten Nummer der „Fachzeitung" eine mit dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes vereinbarte Bekanntmachung der am 12. Februar d. J. eintretenden neuen Arbeits- und Lohnbedingungen. Die Bekanntmachung umfaßt 21 Städte bezw. Lohngebiete und lautet für die einzelnen wie folgt:

1. Barmen: An Stelle der 57stündigen tritt die 56stündige Arbeitszeit pro Woche, gleichzeitig erfolgt eine Lohnzulage von 2 Pf. die Stunde. 2. Berlin: An Stelle der 52stündigen tritt die 51stündige Arbeitszeit. 3. Burg bei Magdeburg: Auf die Stundenlöhne erfolgt eine Zulage von 1 Pf. Der Akkordtarif wird um 3 Proz. erhöht. 4. Dresden: Die bisher 53stündige wöchentliche Arbeitszeit wird in eine 52stündige umgewandelt, und auf den Stundenlohn erfolgt ein Zuschlag von 1 Pf. Der Normallohn beträgt dementsprechend 53 Pf., für ständige Bauanschläger 58 Pf. 5. Eisenach: An Stelle der 59stündigen tritt die 58stündige Arbeitszeit und erfolgt außer dem Lohnausgleich für diese ausfallende Stunde eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn beträgt sodann für Arbeiter im zweiten Gesellenjahr statt bisher 35 Pf. jetzt 37 Pf., für die übrigen statt 41 Pf. jetzt 43 Pf. 6. Elberfeld: Auf sämtliche Löhne erfolgt eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Diese Lohnerhöhung findet bei Akkordarbeit sinngemäße Anwendung. 7. Elbing: Die bisher 57½stündige Arbeitszeit wird in 57stündige umgewandelt. Außer dem Lohnausgleich erfolgt eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn steigt von 31 auf 33 Pf. 8. Forst: An Stelle der bisher 57stündigen Arbeitszeit tritt die 56stündige, wobei neben dem erforderlichen Lohnausgleich gleichzeitig ein Lohnaufschlag von 2 Pf. pro Stunde erfolgt und der Durchschnittslohn von 35 auf 37 Pf. steigt. 9. Görlitz: Die Arbeitszeit beträgt statt bisher 56 nunmehr 55 Wochenstunden. 10. Guben: Die Arbeitszeit beträgt statt bisher 56 jetzt 55 Stunden. Auf die Stundenlöhne erfolgt eine Zulage von 2 Pf., wodurch der Durchschnittslohn von 37 auf 39 Pf. steigt. 11. Halle a. S.: An Stelle der 56stündigen tritt die 55stündige Arbeitszeit; auf die bestehenden Löhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pf. die Stunde. 12. Hamburg und Wandsbeck: Die Arbeitszeit beträgt Sonnabends 7 statt bisher 8 Stunden (52 statt bisher 53 Stunden wöchentlich). Auf alle Löhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pf. pro Stunde. Die Mindestlöhne betragen sodann für: Parkettleger 73 Pf. statt bisher 72 Pf., Bauanschläger 68 statt 67 Pf., Maschinenarbeiter, welche mindestens ein Jahr an der Maschine beschäftigt sind, 54 statt 53 Pf., soweit dieselben gelernte Tischler oder 2 Jahre an der Maschine beschäftigt sind 58 statt 57 Pf., alle übrigen Tischler 58 statt 57 Pf. 13. Leipzig: An Stelle der 58stündigen tritt die 52stündige Arbeitszeit, auf alle bestehenden Löhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pf. die Stunde. 14. Löbau: Die Arbeitszeit beträgt 56 statt bisher 57 Stunden. Die Stundenlöhne erfahren einen Zuschlag von 2 Pf., dementsprechend steigt der Normallohn von 39 auf 41 Pf. 15 Neumünster: Die 56stündige Arbeitszeit tritt an Stelle der 57stündigen und wird der hierdurch entstehende Lohnausfall vergütet. Der Einstellungslohn erhöht sich gleichzeitig für Möbeltischler von 40½ auf 41½ Pf., für Bautischler von 45½ auf 46½ Pf. 16. Oldenburg i. Gr.: An Stelle der 56stündigen tritt die 55stündige Arbeitszeit, außerdem erfolgt ein Lohnaufschlag von 1 Pf. die Stunde. 17. Osnabrück: Die Arbeitszeit beträgt nunmehr 56 statt bisher 57 Stunden, der Durchschnittslohn 46 statt bisher 45 Pf. Die Löhne erfahren einen Aufschlag von 1 Pf. pro Stunde. 18. Posen: Für die Bautischler tritt an Stelle der 58stündigen Arbeitszeit die 57stündige in Kraft. Der Lohnausfall wird vergütet. Der Mindestlohn erhöht sich sinngemäß von 34 auf 35 Pf. 19. Quedlinburg: An Stelle der 60stündigen tritt die 59stündige Arbeitszeit, auch erfolgt eine Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn steigt dementsprechend von 37 auf 38 Pf. 20. Spandau: Die Arbeitszeit beträgt 53 statt bisher 54 Stunden. Der Mindestdurchschnittslohn für Tischler und der Mindestlohn für Maschinenarbeiter 54 statt bisher 52 Pf. 21. Zittau: An Stelle der 56stündigen tritt die 55stündige wöchentliche Arbeitszeit. Auf die bestehenden Stundenlöhne erfolgt ein Zuschlag von 2 Pf. Der Normallohn erhöht sich dementsprechend von 39 auf 41 Pf.

Es mag den Herren vom Schutzverband schwer genug gefallen sein, jetzt zurzeit der am niedrigst stehenden Konjunktur ihren Kollegen die Verbesserungen im Arbeitsverhältnis den Abmachungen entsprechend empfehlen zu müssen. Mit desto größerer Genugtuung vermag der Holzarbeiterverband auf diesen seinen Erfolg zurückzublicken.

Die Töpfermeister Ost- und Westpreußens scheinen nach einer bestimmten Schablone vorzugehen. Von dem Abwehrkampfe der Töpfer in Königsberg i. Pr. haben wir bereits berichtet. In neuerer Zeit haben nun die Töpfermeister in Elbing, Lyck und Marienburg gleichfalls den Gehilfen die Tarife gekündigt. Es hat also den Anschein, daß ein Beschluß der organisierten Unternehmer vorliegt, angesichts der wenig günstigen Konjunktur überall aggressiv gegen die Gehilfen vorzugehen. — Mit welchem „Erfolge" dies geschehen wird, wird die Zukunft lehren. Hoffentlich wird es den ost- und westpreußischen Meistern gerade so ergehen, wie es den Meistern der Provinz Posen im vorigen Jahre ergangen ist. Auch hier brach man in den Städten Posen, Bromberg und Gnesen den Kampf mit den Gehilfen vom Zaun, in ersterem Orte mit ganz geringem, in Bromberg und Gnesen mit gar keinem Erfolge. — Aehnlich werden auch die ostpreußischen Meister fahren. Die Zeiten sind vorüber, in denen sich die Gehilfen bei schlechtem Geschäftsgang widerstandslos Abzüge gefallen ließen. Die zunehmende Macht der Gewerkschaften reicht glücklicherweise heute bereits so weit, daß sie auch imstande sind, abzugslüsternen Unternehmern auch in schlechter Konjunktur erfolgreich entgegentreten zu können. —

Ausland.

Der Pariser Setzerstreik vor der Kammer.

Der Genosse Allemane brachte in der französischen Deputiertenkammer den Streik der Pariser Maschinensetzer zur Sprache. Er machte den Minister darauf aufmerksam, daß die Unternehmer Frauen eingestellt und diese während der Nacht haben arbeiten lassen, obgleich die Nachtarbeit für Frauen verboten ist. In verschiedenen Druckereien sind sogar Soldaten eingestellt worden, in einem Falle hatten Soldaten zum Zwecke des Streikbruchs einen 14tägigen Urlaub erhalten. Der Arbeitsminister Viviani teilt mit, daß er Auftrag gegeben habe, die von Allemane gerügten Gesetzesübertretungen zu verfolgen. Im übrigen könne man der Gewerbeinspektion den Vorwurf der Nachlässigkeit nicht machen, sind doch im Jahre 1908 allein 80 000 Uebertretungen zur Anzeige gebracht worden. — Diese Zahlen beweisen übrigens auch die geringe Achtung der Unternehmer vor dem Gesetz.

Aus der Frauenbewegung.

Eine neue Sturmgarde.

Es geschehen Zeichen und Wunder! Dutzende Male hat man aus konservativem Munde das Sprüchlein gehört: Die Frau gehört ins Haus! Im Kampfe für Ordnung und Sitte wollen die Junker, wenn sie als Offiziere auf dem Altar der Dreiheit: Weib, Suff und Spiel, genügend geopfert haben, die heiligsten Bande der Familienzucht, bei der EM die Kommandogewalt führt, nicht zerreißen lassen. Die Edlen kämpfen ja nur für Ideale — Zölle, Liebesgaben, Steuerfreiheit usw. —. Aber es scheint, als ob jetzt alle Fesseln frommer Scheu abgestreift worden seien; der Geist der Unbotmäßigkeit geht um und hat sogar die — konservativen Frauen erfaßt. Eine konservative Frauenbewegung soll eingeleitet werden. Um das Schreckliche gleich ganz zu verkünden: auch konservative Männer scheinen die junkerlichen und priesterlichen traditionellen Grundsätze mit Füßen treten zu wollen. Nicht nur finden sich Befürworter einer neuen Frauenbewegung, konservative Parlamentarier wollen sie sogar rednerisch unterstützen. Der „Deutschen Tagesztg." wird von „hochgeschätzter" Seite geschrieben:

> Die Grundsätze staatserhaltender Politik in ihrer Anwendung auf die Tagesfragen sind bisher in der Frauenwelt nicht genügend bekannt. Deshalb haben Damen der Berliner Gesellschaft sich entschlossen, eine Reihe von Vorträgen zu veranstalten, in denen bekannte Parlamentarier Tagesfragen von allgemeinem Interesse behandeln werden. Die Herren Dr. v. Heydebrand, Henning, von Liebert, Malkewitz, Dietrich, von Oldenburg, Kreth, Rahardt, Dr. Hahn und Dr. Wagner (Sachsen) werden u. a. über die „Wahlrechtsfragen", „Ministerverantwortlichkeit", „Die Frau im Recht", „Nationale Pflichten", „Bedeutung der Kunst für das nationale Leben der Gegenwart", „Mädchenschulreform", „Warenhaus und Gesellschaft" und „Mittelstandsfragen" sprechen. Die Vortragsabende werden Ende Februar und Anfang März in der Aula der Kriegsakademie stattfinden. Eintrittskarten zu 3 und 2 M., reservierter Platz zu 5 M. sind im Bureau „Neue Zeiten", Bülowstr. 88, zu haben. Der Ertrag ist für milde Zwecke bestimmt. Nähere Auskunft erteilt der geschäftsführende Ausschuß, dem die Damen Berta v. Kröcher, Margarete Dittmer, Gräfin Gertrud Fuckenstein und Therese Hengstenberg angehören.

Nun kann's nimmer fehlen. Für 5 M. gibt's konservative Aufklärung; Heil der Frauenbewegung!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Von Gesteinsmassen verschüttet.

Beuthen (O.-Schl.), 10. Februar. (W. H.) Auf dem Richthofen-Schachte bei Schoppinitz verschütteten Gesteinsmassen eine Anzahl Bergleute. Ein Schlepper wurde getötet, mehrere verletzt.

Oeffentliche Sammlung für die durch das Hochwasser Geschädigten in Bayern.

München, 10. Februar. (W. H.) Sämtliche Mitglieder des Steuergesetzausschusses der bayerischen Abgeordnetenkammer ohne Unterschied der Partei erlassen einen Aufruf an die gesamte Bevölkerung zugunsten einer öffentlichen Sammlung für die durch das Hochwasser schwer Geschädigten. Außer diesem Aufruf hat die bayerische Staatsregierung eine größere Summe zugunsten der Geschädigten in Aussicht gestellt.

Verantw. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Inseratenverantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

208. Sitzung vom Mittwoch, den 10. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg.

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vg.): Wir haben gestern eine Verteidigung des Vorgehens des Leipziger Aerzteverbandes und der Kölner Aerzte von Herrn Dr. Struve gehört. Ich habe aber den Eindruck gewonnen, daß die Kölner Aerzte viel zu weitgehen; in ihrer Bekanntmachung heißt es: Eine Behandlung von Kassenmitgliedern und ihren Angehörigen findet vom 1. Februar ab **unter keinen Umständen** — dies fettgedruckt — auch gegen Bezahlung nicht statt. Demgegenüber war es sehr angebracht, von Boykottierung von Sterbenden und Schwerkranken zu sprechen. Die Entrüstung der Liberalen über das Vorgehen der oberschlesischen Grubenmagnaten gegen den Bund technisch-industrieller Beamten teile ich, aber die Herren sollen auch nach Norddeutschland blicken und sich ebenso über das Vorgehen der großen Reederei gegen die Seeleute und Schiffsoffiziere entrüsten. Notwendig ist vor allem ein Syndikatsgesetz, wie die hier gegen den Stahlwerksverband und das Kohlensyndikat erhobenen Anklagen beweisen. Dann möchte ich die Aufmerksamkeit noch auf die Notlage einer anderen Industrie lenken: des deutschen Erzbergbaues; ich bitte Sie, eine von meinen Freunden eingebrachte Resolution anzunehmen, die den Reichskanzler um eine Denkschrift über die Lage des Erzbergbaues ersucht. (Bravo! bei der Wirtsch. Vereinigung.) Das System der schwarzen Listen ist unbedingt zu verurteilen. Die niederrheinischen Hütten haben einen Sperrvertrag geschlossen, nach welchem auch die Arbeiter, welche ordnungsmäßig gekündigt haben, 4 Monate lang in einem anderen Werk nicht aufgenommen werden. Die schwarzen Listen des Zechenverbandes zeigen, daß die Zechenbesitzer sich ein Strafrecht anmaßen, indem sie den Arbeiter 6 **Monate arbeitslos** machen. Dazu kommt noch, daß die Herren hierbei Richter in eigener Sache sind.

Die Ankündigung des neuen Arbeiterversicherungsgesetzes freut uns; Bedenken haben wir aber gegen die Halbierung der Beiträge bei den Krankenkassen. — Von den Resolutionen interessiert uns am meisten die der Sozialdemokraten, welche ein Reichsberggesetz fordert. Wir werden ihr zustimmen. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Vp.): Der Krieg, welcher zwischen der Genossenschaft der Schauspieler und den Theaterdirektoren ausgebrochen ist, zwingt die Gesetzgebung zu einem Eingreifen. Die Frage, wer an dem Kriege schuld ist, will ich nicht untersuchen. Der von der Genossenschaft abgelehnte Vertragsentwurf enthielt eine kleine Verbesserung gegen den bisherigen Zustand. Aber mit Recht haben die Schauspieler protestiert dagegen, daß sich aus diesem Vertrage ein Gewohnheitsrecht herausbildet, das für das zukünftige Reichstheatergesetz maßgebend sein könnte. Von den Vertragsbestimmungen, die — wie gesagt — eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeuteten, sind besonders hart die Bestimmungen über Kündigung und Vertragsbruch. Wird das Mitglied für vertragsbrüchig erklärt und zahlt es die Konventionalstrafe, so darf es trotzdem noch 3 Jahre von keiner Bühne engagiert werden, im anderen Falle darf es sogar fünf Jahre nicht engagiert werden! Diese Bestimmung ist ein wahrer Hohn auf jeden sozialpolitischen Gedanken. (Sehr richtig! links.) Nur ein Beispiel will ich für die traurigen Verhältnisse anführen: Eine Sängerin war als Elevin engagiert; sie mußte 6 Mark für die Stunde bezahlen, und zwar gleich für acht Stunden im voraus. Dafür mußte sie sich nach Maßgabe einer Schauspielerin beschäftigen lassen und wurde auch in ersten Rollen herausgestellt. Daneben mußte sie noch abends und nachts im Kabarett auftreten und sich verpflichten, bei keinem anderen Direktor sich beschäftigen zu lassen! Für den Fall eines Vertragsbruchs hatte sie 500 M. Konventionalstrafe zu zahlen! Für die Vermittelung dieses glänzenden Engagements hatte sie noch 20 M. monatlich an den Theateragenten zu zahlen! Ich halte diese Vertragsbestimmungen für so unsittlich, daß sie heute schon nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch nichtig sind. Das Theateragentenwesen ist geradezu ein Krebsschaden. Hoffentlich wird es der Organisation der Schauspieler gelingen, selbst die Vermittelung von Engagements zu übernehmen. Die Konservativen haben eine Resolution eingebracht, welche statt eines Theatergesetzes nur Erhebungen fordert. Aber die Sache ist längst aus dem Stadium der Erhebungen heraus und spruchreif für gesetzliche Regelung. (Sehr richtig! links.) Man sehe nur die Angebote — die Angebote, nicht die Nachfragen — im offiziellen Blatt der Bühnengenossenschaft: „Erste Liebhaberin 100 M." (Hört! hört!), „Sentimentale 40 M." (Hört! hört!), „Stattliche Erscheinung, elegante Garderobe, bildschön. (Heiterkeit) 80 M." (Hört! hört!) Gerade die Parteien, die immer gegen Unsittlichkeit sich ereifern, sollten an der Beseitigung solcher Mißstände mitarbeiten, die eine furchtbare Quelle sittlicher Gefahren sind. (Sehr richtig!) Die allergrößte Aufmerksamkeit verdient die Kostümfrage, die ebenfalls eine Gefahrenquelle ersten Grades ist. — Man spricht von hohen Gagen der Primadonnen und der Bühnensterne. Aber das sind Ausnahmen. Der größte Teil der Schauspieler bezieht Jahresgagen unter 1000 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus der schlechten Bezahlung der großen Mehrzahl der Schauspieler gewinnen die Bühnenleiter die Möglichkeit der Riesenhonorare. (Sehr richtig!)

In erster Linie ist die zivilrechtliche Seite der Bühnenverträge zu regeln; jedoch bedarf die Materie auch einer öffentlichrechtlichen Regelung.

Nun zur

Theaterzensur.

Bis zu einem gewissen Grade bedarf der Theaterzensor unseres Mitleids. Wie Schiller im „Tell" sagt: „Strafe genug ist ihm sein schrecklich Handwerk." (Große Heiterkeit.) In den 70er Jahren haben Miquel und Windthorst reichsgesetzliche Regelung der Theaterzensur verlangt. (Hört! hört!) Damals erhob sich im Reichstag keine Stimme für die preußische Theaterzensur. Ich will durchaus zugestehen, daß die preußische und speziell die Berliner Theaterzensur in den letzten Jahren beträchtlich vernünftiger geworden ist. Solche Narrenstreiche wie das Verbot der Paul Heyseschen „Maria von Magdala" und Verballhornisierungen von Rostands „Cyrano von Bergérac" kommen heute denn doch nicht mehr vor. Aber ohne kleine Schikanen geht es auch heute nicht ab. (Sehr wahr!) Im „Meißner Porzellan" z. B. kommt eine Gräfin Kosciosko vor (Abg. Heckscher: Pfui! Stürm. Heiterkeit). Die Gräfin Kosciosko hat wirklich nichts Unsittliches an sich, Kollege Heckscher! (Erneute stürmische Heiterkeit.) Diese Gräfin sagt in bezug auf Friedrich den Großen: „Weckt ihn, er schläft mit offenem Munde, wie ein Kutscher". (Heiterkeit.) Der offene Mund passierte, aber der Kutscher wurde als Majestätsbeleidigung kassiert! (Anhaltende Heiterkeit im ganzen Hause.)

Das Unglückswurm von Zensor (Heiterkeit) taucht jetzt auch an Orten auf, wo man ihn früher nicht kannte, wie in Stuttgart und Hamburg. In Hamburg z. B., der „freien Hansestadt", von deren Freiheit man allerdings oft einen eigentümlichen Begriff bekommt (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), wurde das Stück „Die Teufelsmühle" verboten, das in Berlin unbeanstandet passierte! (Hört! hört!)

Schund und Unbildungen werden am besten durch gute Volkstheater bekämpft, wie Berlin z. B. ein solches am Schiller-Theater besitzt. Die deutsche Nation ist es den Schauspielern, denen sie so viele genußreiche Stunden, ernste wie heitere, verdankt, schuldig, für die Hebung ihrer oftmals tieftraurigen materiellen Lage einzutreten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Frank**-Ratibor (Z.) (auf der Tribüne erst gar nicht, dann sehr schwer verständlich) verbreitet sich über die Handhabung des Sprachenparagraphen in Oberschlesien.

Abg. **v. Dirksen** (Rp.): Die schwarzen Listen haben in Gemeinschaft mit dem wirtschaftlichen Niedergang erzieherisch gewirkt und die Zahl der Kontraktbrüche herabgemindert. Den westfälischen Zechenverwaltungen sind nur ein bis zwei Fälle ungerechter Einragung in die schwarzen Listen bekannt. Die Zechenverwaltungen haben mir ferner mitgeteilt, daß die von dem Abg. Sachse hier vorgetragenen Fälle durchweg jedes Hintergrundes entbehren. Für vier solcher Fälle liegen hier dokumentarische Beweise vor, daß die Darstellung des Abg. Sachse falsch war. — Die schwarzen Listen sind nicht sympathisch, aber vielfach notwendig. Die Parteinahme für die Bergarbeiter darf nicht zur Ungerechtigkeit gegen die Unternehmer führen. Aber die Arbeitgeber sind hier, wahrscheinlich infolge des geltenden Reichstagswahlrechts, außerordentlich schwach vertreten, wie schon der Staatssekretär hervorgehoben hat! In unserer Fraktion und in der nationalliberalen Fraktion sitzen ein paar Arbeitgeber, das ist aber auch alles. In der Zentrumspartei z. B. sitzt meines Wissens gar kein Arbeitgeber. — Redner wiederholt unter stürmischer Heiterkeit des Zentrums und der Linken die Behauptung Gamps, daß die Arbeitgeber die Sklaven der Arbeiter seien. — Man hat die Oeffentlichkeit der schwarzen Listen gefordert. Das scheint etwas für sich zu haben, würde aber zur Boykottierung verschiedener Zechen durch die Arbeiter und zur körperlichen Mißhandlung der Zechenbesitzer und Zechenbeamten führen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In meiner neulichen Rede habe ich gewünscht, daß die Aussperrung nicht über drei Monate erstreckt wird. Die Zechenverwaltungen haben mir aber geschrieben, daß sie, um sich gegen das Boykottsystem der Sozialdemokratie zu schützen, **auf längerfristige Aussperrungen nicht verzichten können!** — Redner, der im Eingang seiner Rede versprochen hat, sich wirklich und wahrhaftig ganz kurz fassen zu wollen, verbreitet sich dann noch aufs ausführlichste über zu geringe Bezahlung der Futtermittel bei Manövern.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** will sich mit der preußischen Regierung in Verbindung setzen, um die Beschwerden und Wünsche des Abgeordneten Frank zu prüfen. — Die Theaterzensur ist Landesangelegenheit. Die Reformbedürftigkeit der Rechtsverhältnisse der Bühnenangestellten erkenne ich an. Ich habe mich bereits mit den Einzelregierungen in Verbindung gesetzt. Ueber den materiellen Inhalt einer etwaigen Reform kann ich zurzeit keine Mitteilungen machen.

Abg. **Wieland** (Deutsche Reformp.) empfiehlt die Verhältniswahl für die Krankenkassen, wie sie ein Antrag des Zentrums fordert. Die sozialdemokratischen Mehrheiten in den Krankenkassen machen den Minderheiten das Leben doch manchmal recht schwer; schon im Interesse der nichtsozialdemokratischen Arbeiter sei deshalb die Einführung der Proportionalwahl geboten. Die Angriffe gegen die Berufsgenossenschaften schießen weit über das Ziel hinaus. Die Sozialdemokraten sollten doch nicht etwa glauben, daß alle Gesetze bloß der Arbeiter wegen gegeben werden müssen. Hoffentlich gelingt es, ein Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zu schaffen, das den Wünschen der reellen Geschäftswelt gerecht wird. Die Landbevölkerung kauft vielfach des Sonntags in den Städten ein. Würde die Sonntagsruhe verschärft, so würde der seßhafte Geschäftsmann geschädigt werden und der Hausterhandel den Vorteil haben. Die Handlungsgehilfen sind dabei gar nicht interessiert, denn die kleinen Geschäftsleute beschäftigen keine Kommis. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Graf **Kanitz** (k.) polemisiert gegen die gestrige Rede des Abg. Kaempf, der sich wieder als strikter Gegner unserer Zollpolitik bekannt habe. Wenn die Schuhe teurer geworden seien, so liege das nicht an der Verteuerung des Rohstoffes durch den Zoll, sondern an den gestiegenen Löhnen und Wohnungspreisen. (Lachen links.) Wie steht es mit dem Brote? 1906 hat der „Vorwärts" mitgeteilt, daß in einer städtischen Bäckerei der Preis für 100 Kilo Brot sich auf 18,60 M. gestellt habe, während die Privatbäckereien sich 27,06 M. zahlen ließen, also um 50 Proz. teurer waren. Wie kann man da behaupten, daß der Zolltarif die Schuld an der Verteuerung trage? Die Verteuerung liegt an einer ganz anderen Stelle, nicht am Zolltarif. Wir gewähren den Beamten jetzt eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses. Was ist die Folge? Die Hausbesitzer nehmen diese Erhöhung durch Steigerung der Mieten für sich in Anspruch. (Hört! hört! rechts.) Die Erhöhung kommt also nur ihnen und nicht den Beamten zugute. Wir haben unsere Zölle erst erhöht, als andere Länder darin vorangegangen waren. Als wir sie unter Caprivi wieder ermäßigten, erhöhte Frankreich seine Getreidezölle erheblich. Wenn es sich heute, wo es die Zölle wieder erhöhen will, auf Deutschland beruft, so ist das nur ein Mäntelchen für ein schlechtes Gewissen. (Zuruf links: Unsere Agrarier haben überhaupt kein Gewissen!) Daß England mit der Zeit zum Schutzzoll übergehen wird, hat auch Herr Kaempf zugegeben. In dieser Situation, wo alle Länder ihre Zölle erhöhen, die unseren zu ermäßigen oder gar aufzuheben, wäre von verheerender Wirkung auch für unsere Industrie. (Bravo! rechts.) Daß Königsberg und Danzig unter der Aufhebung der Einfuhrscheine am schwersten leiden würden, hat am zutreffendsten der frühere sozialdemokratische Abg. Haase ausgeführt. — Würde die deutsche Landwirtschaft ihres Zollschutzes beraubt, so würde sie zu Grunde gehen, wie die englische Landwirtschaft zugrunde gegangen ist. (Lautes Lachen links. Lebhafter Beifall rechts.) Die Abnahme der ländlichen Bevölkerung ist die Folge der unseligen agrarischen Handelsvertragspolitik. (Lautes Lachen bei den Freisinnigen und bei den Sozialdemokraten.) Herr Kaempf sollte von Herrn Calwer lernen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Kaempf am Freihandel festhält, macht er sich zum Kompagnon einer Firma, die längst bankrott ist. (Lachen links. Anhaltender Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Pfeiffer** (Z.): Ich freue mich, daß die Regierung zu der Reform des Bühnenwesens nicht mehr die Stellung einnimmt, von der es im Couplet heißt: „Sie schweigt und zeigt sich gänzlich abgeneigt". (Große Heiterkeit.) Es ist bedauernswert, daß die Ar-

Kleines Feuilleton.

Der Kampf der Bühnensklaven. Der Verband der Bühnendirektoren, der Bühnenverein, hat mit echter Unternehmerfrechheit dekretiert, daß er die Organisation der Bühnenangestellten, die Bühnengenossenschaft, nicht mehr anerkenne. An Stelle der verlogenen Phrasen, mit denen die Ausbeutung und Knechtung von Thaliens Söhnen jahrelang zugedeckt wurde, ist nun der offene Kampf getreten. Die Bühnenunternehmer benutzen alle Machtmittel, um die ihnen gehörige Ware Mensch von dem Versuche abzubringen, sich als Mensch zu gebärden. Sie boykottieren vor allem die bisher von ihnen mit allen Reklamekünsten protegierten Wohlfahrtsanstalten.

Die Bühnengenossenschaft, die sich ein eigenes Verbandsorgan („Der neue Weg") geschaffen hat, nimmt darin zu den Provokationen der „Herren im eigenen Hause" Stellung. In einer vom Präsidenten der Genossenschaft, Hermann Nissen, unterzeichneten Erklärung wird die in der Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins angenommene Resolution als ein Vertragsbruch gegen die Genossenschaft bezeichnet. Ferner wird gegen die einseitige Aufhebung des Bühnenschiedsgerichts protestiert, da dieses eine gemeinsame Institution der beiden Körperschaften darstelle. Die vom Bühnenverein „erweiterte Unterstützungskasse" zur Unterstützung hilfebedürftiger Bühnenkünstler sei eine gewollte Schädigung der genossenschaftlichen Wohlfahrtsanstalten. Ueber die vom Bühnenverein gegebene Motivierung: „Die Genossenschaft sei als befugte Vertreterin des Schauspielerstandes nicht mehr anzuerkennen, sie sei parlamentarisch unreif usw.", sagt die Kundgebung der Genossenschaft: „Solche Ausdrücke weisen wir als gänzlich unmotiviert mit allem Nachdruck zurück. Die Einmischung in interne Angelegenheiten der Genossenschaft wird hiermit als durchaus unpassend abgelehnt. Wir sind uns bewußt, daß wir parlamentarisch zum mindesten auf der Höhe des Bühnenvereins stehen und mindestens so umgangsfähig sind wie Herr v. Hülsen! Mit einem derartig geführten Bühnenverein muß ihrerseits auch die Genossenschaft jeden Verkehr für ausgeschlossen erklären."

Die Bühnengewalthaber, die sich so arg spreizen, scheinen zu glauben, daß gegen sie niemand ankönne. Da dürften sie sich täuschen. Es wird die Aufgabe unserer Vertreter in Landtagen und Stadtverwaltungen sein, darauf hinzuwirken, daß bei allen staatlichen und städtischen sowie bei allen aus öffentlichen Kassen unterstützten Theatern den Herren Direktoren mehr auf die Finger gesehen wird. In größeren Orten sind aber auch die rein privaten Theater vom Publikum abhängig und das dürfte, gehörig aufgeklärt, vielleicht denn doch ein Wörtlein mitzureden haben. Vor allem wird die Arbeiterschaft den Emanzipationskampf des Bühnenproletariats unterstützen. Daneben hat vor allem natürlich der Reichstag die gänzlich unhaltbaren Rechtsverhältnisse an den Theatern gesetzgeberisch zu reformieren. Eine eben erschienene kleine Schrift des Reichstagsabgeordneten Dr. M. Pfeiffer („Theaterelend"), deren Vorschläge an einer anderen Stelle des Blattes gewürdigt werden, hat das Verdienst, die von unseren Abgeordneten im Reichstage zuerst behandelte Frage aufs neue beleuchtet zu haben.

Ein Meister botanischer Forschung. Am Mittwoch beging in Berlin bei rüstiger Frische Simon Schwendener seinen 80. Geburtstag. Seit 1878 wirkt er — ein geborener Schweizer — als Professor der Pflanzenphysiologie an der Berliner Universität. Sein Name ist allen Botanikern vertraut, aber seine wissenschaftlichen Forschungen haben auch weit über die fachgenössischen Kreise hinaus Bedeutung. Die Pflanzenphysiologie, die im Gegensatz zu der verrufenen Systematik das Leben, das Werden und Wachsen der Pflanze, ihre Gesetze ergründen will, verdankt ihm vieles, das von allgemeinstem Interesse ist. Am bekanntesten wurde sein Name durch die Entdeckung, daß die Flechten keine einheitlichen Gebilde, sondern Gemeinschaften von Pilzen und grünen Algen sind. Von viel größerer Tragweite aber waren Schwendeners Forschungen und Experimente über die Mechanik der Pflanze. Der französische Materialist Lamettrie, den Friedrich II. nach Berlin berief, hatte im 18. Jahrhundert ein gewaltiges Aufsehen erregendes Buch geschrieben, in dem er den Nachweis versuchte, daß der Mensch eine Maschine sei, denselben mechanischen Gesetzen und keinen anderen unterworfen wie die übrige Natur. (L'homme machine.) Schwendener und seine Gefährten und Schüler haben den Nachweis erbracht, daß die Pflanze eine Maschine ist, die im Bau und Wachstum mechanischen Gesetzen gehorcht. Er hat besonders an der Blattstellung und der Blattverteilung gezeigt, daß hier keine besondere Lebenskraft im Spiele ist, sondern die in der physikalischen Welt geltenden, mathematisch zu formulierenden Gesetze auch für das organische Reich der Pflanze gelten. So hat er unsere Naturerkenntnis bereichert und seinen Baustein beigetragen zu dem großen Werke einheitlicher Naturauffassung.

Catulle Mendès (dessen Tod infolge eines Unfalls hier bereits registriert wurde) ist 68 Jahre alt geworden, ohne von seiner erstaunlichen Produktivität etwas einzubüßen. Trotz formaler Virtuosität, großer Belesenheit und glänzender Anpassungsfähigkeit hat er keine Werke von Bedeutung geschaffen. Aber er war seit 50 Jahren überall dabei, wo in der französischen Literaturmode etwas los war. Als Bankierssohn konnte er schon mit 18 Jahren eine Zeitschrift gründen, an der Berühmtheiten wie Baudelaire und Th. de Banville mitarbeiteten. Er wurde auch einer der Mitbegründer der Schule der Parnassiens. Was er an Lyrik, klassizistischen, romantischen und symbolistischen Theaterstücken, Romanen, Erzählungen, literarhistorischen Schriften usw. zusammengeschrieben hat, gibt eine unübersehbare Anzahl von Bänden, die bald völlig vergessen sein werden. Nachwirken wird Mendès Tätigkeit als einer der ersten Propagandisten Richard Wagners in Frankreich. Zur Entwertung der Theaterkritik der Tagespresse hat Mendès als Rezensent des „Journal" reichlich beigetragen. — In Deutschland ist dieser Autor fast nur durch seine in Budapester Deutsch übertragenen Zötchen bekannt geworden, deren Stoffe er nicht selten der alten Facetienliteratur entnahm, aber nicht ohne Grazie einzukleiden verstand. — Uebersetzt ist auch ein Tagebuch aus der Kommunezeit worden, ein widerwärtiges Pamphlet, das der edle Johannes Scherr bei Abfassung seines „Roten Quartals" fleißig benutzt hat.

Humor und Satire.

Bums vallera!

Ode an das preußische Wahlrecht.

Da war ein Mann von viel Talent,
Der hatte ein, was man so nennt,
Bums vallera juchhe!
Wo war denn das? — In Königsberg,
Da tat sich was im Venusberg
Bums vallera juchhe!
So was nährt reichlich seinen Mann,
Was geht denn das die andern an.
Der Mann wählt in der ersten Klass',
Ja, solche Ehre kommt von das,
Vom Bums vallera juchhe!

Der du in dritter Klasse wählst,
Daß du dich nicht mit Mißgunst quälst!
Was bist du denn auch weiter groß?
Ein Arbeitsmann, ein Koofmich bloß,
Ein Musikus, ein Advokat,
Ein Schreiber, ein Regierungsrat,
Ein Fabrikant, ein Archivar,
Am Ende ein Minister gar.
Du miserable Kreatur
Wähl' du in dritter Klasse nur,
Warum hast du Rhinozeros
Nicht auch so ein — wie sagt man bloß?
So'n Bums vallera,
So'n Bums vallera,
So'n Bums vallera juchhe! („Lustige Blätter".)

Notizen.

— **Kunstabende.** Der verschobene Mendelssohn-Abend des Schillertheaters findet Sonntag, den 14. Februar, abends 8½ Uhr, im Schillersaal, Charlottenburg, statt. Im Berlinischen Rathause wird am gleichen Abend 8 Uhr ein Uhland-Abend veranstaltet.

— **Musikchronik.** Das Blüthner-Orchester hat für seine großen Sinfoniekonzerte, die von nächster Saison ab im Blüthner-Saal stattfinden, Prof. Panzner gewählt.

— **Neue Dramen.** Ein soziales Bergarbeiterdrama „Schlagende Wetter" von Maximilian Böttcher wurde sowohl von der Neuen Freien Volksbühne als auch vom Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus zur Aufführung angenommen. — Ein ergreifendes Bild aus dem Bergarbeiterleben bietet Lu Märten in ihrem einaktigen Schauspiele „Bergarbeiter", das im Verlage von Dietz Nachf. in Stuttgart erschienen ist.

— **Eine Dreyfus-Bibliothek**, die ein riesiges Material an Büchern, Broschüren, Zeitungen, Karikaturen über den Fall Dreyfus enthält, wurde der historischen Bibliothek der Stadt Paris von einem Verwandten der Dreyfusfamilie überwiesen. Sie enthält über 3000 Schriften in 800 Bänden (die zu lesen ein neues Martyrium bedeuten dürfte).

beitgeber im Theaterwesen, die Direktoren, der Arbeitergewerkschaft — um diesen sozialpolitischen Ausdruck zu gebrauchen — der deutschen Bühnengenossenschaft — den Fehdehandschuh hingeworfen haben. (Sehr richtig!) Herr Dr. Müller-Meiningen hat hier zahlreiche Beispiele von Bühnenelend angeführt. Ich könnte die Zahl dieser Fälle noch bedeutend vermehren. Ich habe 6000 Fragebogen umhergeschickt, und die Antworten, die ich erhalten habe, enthüllen

eine wahrhaft erschütternde Tragik.

(Bewegung.) Grenzenlos niedrige Löhne, Versäumnisstrafen von haarsträubender Höhe — **25 M. für einen Abend bei einer Monatsgage von 60 M.!** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Proben, die ganze Nächte ausfüllen, wahre Sklavenkontrakte kehren wieder und wieder in den mir gegebenen Auskünften der Schauspieler. Und **die Kostümfrage vollends ist, namentlich auf den Provinzbühnen, geradezu eine Frage der Prostitution.** (Zustimmung und Bewegung.)

Während ich bis hier durchaus mit den Ausführungen des Kollegen Müller-Meiningen einverstanden bin, weiche ich mehrfach in der der Zensurfrage von ihm ab. Gewiß hat die Zensur manche Kunststückchen verbrochen. (Zustimmung links.) Das schönste Stück war wohl, als in Ludwig Fuldas „Talisman" die Worte kassiert werden sollten: „Du bleibst ein König auch in Unterhosen." (Stürm. Heiterk.) Als dann darauf aufmerksam gemacht wurde, daß der Vers die Quintessenz des ganzen Stückes sei, wurde der Schauspielerin aufgegeben, wenigstens die Unaussprechlichen des Königs nach Möglichkeit zu verschlucken. (Stürmische minutenlange Heiterkeit.) Aber in der letzten Zeit ist es mit der Zensur doch bedeutend besser geworden. Das hat Herr Müller-Meiningen ja auch zugeben müssen. Ich bin wirklich nicht einseitig. Ich betrachte diese Dinge nicht als Zentrumsmann, sondern als Mann, der einen freien, offenen Blick für alle Verhältnisse des Lebens hat. (Schallende, nicht enden wollende Heiterkeit links und rechts.) Ja, meine Herren, Sie haben mich wohl nicht recht verstanden. Also ich sagte: Ich rede hier nicht als Zentrumsmann, sondern als unbefangener, vorurteilsloser Mensch. (Erneute stürm. Heiterk. Die Abgg. Neumann-Hofer und Ledebour rufen: Na also!) Das schließt sich doch nicht aus; im Gegenteil. (Abg. Ledebour: Na, na!). Ach, Herr Ledebour, Sie verstehen ja davon nichts. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Weltanschauung meiner Partei schließt die größte Weitherzigkeit in sich. (Lautes Lachen links, anhaltende Heiterkeit, in der die folgenden Sätze des Redners verloren gehen.)

Abg. v. Brockhausen (k.) (zur Geschäftsordnung) zieht die konservative Resolution auf Erhebungen über die Theaterverhältnisse zurück und schließt sich dem Antrag Pfeiffer auf Annahme des ersten und Ablehnung des zweiten Teiles der Resolution Müller-Meiningen an.

Abg. Sachse (Soz.):

Herr v. Dirksen hat behauptet, daß in dem einen von mir vorgetragenen Falle der Arbeiter den Krankenkassenschein deshalb nicht bekommen habe, weil er schon entlassen gewesen sei. Weiß er denn nicht, daß auch ein entlassener Arbeiter noch drei Wochen nach seiner Entlassung den Krankenschein beanspruchen kann? Ich bleibe also dabei, daß diesen Arbeitern der Krankenschein rechtswidrig verweigert worden ist und daß er rechtwidrig auf die schwarze Liste gesetzt worden ist. Das hat auch das Gericht anerkannt. Ganz ähnlich liegt der Fall aus Essen.

Herr v. Dirksen hat heute wieder einmal bedauert, daß die Großindustrie im Reichstage so schwach vertreten sei. Wenn die Verteidigung der Großindustrie ausschließlich in den Händen des Herrn v. Dirksen läge, dann wäre sie in der Tat schwach vertreten. (Heiterkeit b. d. Soz.) Aber es sind ja noch andere Großunternehmer da: die Herren de Wendel und v. Schubert. Auch der jüngst in den Reichstag gewählte Bergrat Vogel kann dazu zählen. Herr de Wendel hat bei der jüngsten Debatte über die schwarzen Listen das Schweigen freilich vorgezogen. Er weiß auch, weshalb. Gerade seine Werke gehen im schwarzen Listensystem voran. Auf der letzten Liste waren nicht weniger als 150 Arbeiter aus den Wendelschen Werken verzeichnet! Lieber wäre es uns gewesen, wenn Herr Vogel gesprochen hätte, weil er sich in seinen Wahlflugblättern als Anhänger eines Reichsberggesetzes empfohlen hat. (Hört! hört! b. d. Soz.) Es hätte uns interessiert, aus den Reihen der Nationalliberalen diese Forderung verteidigt zu hören. Als Gegner eines Reichsberggesetzes ist hier nur Graf Kanitz aufgetreten. In seiner Sonnabendrede hat er das Kohlensyndikat und den Stahlwerksverband angenagelt und ihnen vorgeworfen, sie trieben mit ihren Ausfuhrprämien eine unnationale Politik. Darin gebe ich ihm vollständig recht. Aber er sollte sich selbst an die Brust schlagen. Treiben doch die Agrarier genau dieselbe eigennützige Politik wie das Kohlensyndikat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es steht fest, daß im Jahre 1908 2 600 000 Doppelzentner Roggen weniger als 1907 eingeführt worden sind. (Zuruf eines Agrariers: Die deutsche Ernte war besser!) Sehr richtig, aber dann müssen wir doch besonders niedrige Roggenpreise haben, wir müßten billiges Brot essen. Aber das System der Ausfuhrprämie, das in Gestalt der Rückvergütung für Einfuhrscheine gewährt wird, verhindert das natürliche Herabgehen der Brotpreise. An Roggen sind im Jahre 1908 8 670 000 Doppelzentner mehr ausgeführt als eingeführt worden, und als Ausfuhrvergütung hat das Reich nicht weniger als 18 660 000 M. an die Agrarier gezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso war es mit dem Weizen.

Die Vergütung für Einfuhrscheine auf Roggen und Weizen hat im vorigen Jahre 27 250 000 M. betragen, und diese gewaltige Summe ist den Agrariern in die Taschen geflossen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Außer der Zollvergütung haben sie noch besonders günstige Eisenbahnfrachten sich zu sichern gewußt. Das System der Einfuhrscheine ist außerordentlich verwerflich. Millionen Arbeiter im Inland könnten bedeutend billigeres Brot haben, und das käme gerade in den Zeiten der Arbeitslosigkeit in Betracht. Wer so im Glashause sitzt wie die Agrarier sollte nicht mit Steinen werfen. Sie sind ebenso große Sünder wie die Herren vom Kohlensyndikat und vom Stahlwerksverband. Die Massenausfuhr an Getreide hat nebenbei noch eine riesige Arbeitslosigkeit in der Mühlenindustrie bewirkt. So ist es um die gute nationale Politik der Agrarier bestellt, die genau so arbeiterschädigend wirkt wie die des Kohlensyndikats.

Graf Kanitz hat sich gegen ein Reichsbergesetz ausgesprochen; die Gründe aber hat er sich erspart. Er hat nur gesagt, der preußische Bergbau befände sich in guten Händen, in den Händen Delbrücks. Wissen Sie denn nicht, Graf Kanitz, daß unter der glorreichen Verwaltung Delbrücks das größte Massenunglück im deutschen Bergbau vorgekommen ist? Das Unglück auf Zeche Neden und das auf Zeche Radbod! Es liegt wirklich gar kein Grund vor, die Verwaltung des Herrn v. Delbrück als vorzüglich zu loben. (Ruf rechts: Einfach: Delbrück!) Na, er wird schon noch adelig werden. (Heiterkeit.) **Auf dem allgemeinen Bergarbeiterkongreß in Berlin hat ein Delegierter prophezeit, daß auf der Zeche Maximilian demnächst ein Grubenunglück passieren würde. Leider ist seine Prophezeiung eingetroffen: in der vorigen Woche sind vier arme Bergleute infolge Wetterschlages zugrunde gegangen.** (Hört! hört!) Unter den Bergarbeitern ist die Tatsache bekannt, daß trotz des schrecklichen Unglücks nichts in den Gruben getan wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für

die furchtbaren Opfer des Bergbaues

liegen amtliche Zahlen vor: Von 1886 bis 1908 sind 1¼ Millionen Unfälle im deutschen Bergbau vorgekommen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), darunter im Jahre 1907 1753 tödliche Unfälle und im Jahre 1908 gar 1869. (Hört! hört! bei den Soz.) Solche Zahlen sollten auch den hartgesottensten Politikern bewegen und ihm klarmachen, daß es Zeit ist, etwas für die armen Bergarbeiter zu tun, die in ihrem Beruf geradezu hingeschlachtet werden. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Preußen steht obenan in der Statistik der Bergunfälle. Im Jahrfünft von 1901 bis 1906 zählten Belgien 10,4, Frankreich 9,5, England 13, Sachsen 11, Preußen 19,8 Unfälle auf je 10 000 Bergleute. (Lebh. Hört! hört! b. d. Soz.) Da sollten doch wirklich alle Parteien, da sollte auch die preußische Regierung ihren Widerstand gegen ein Reichsberggesetz aufgeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die preußische Regierung will ja nun durch Landesgesetz

Grubenkontrolleure aus Arbeiterkreisen

einführen. Aber was sind das für Kontrolleure? Zwar soll der Arbeiterausschuß sie wählen, aber nur einmal im Monat soll dieser Kontrolleur auf Kosten der Grubenverwaltung die Grube befahren! Herr Gothein wird mir zugeben müssen, daß das eine völlig ungenügende Kontrolle ist. Und wie leicht kann die Grubenverwaltung, namentlich zur Zeit der Krise, einen unbequemen Grubenkontrolleur maßregeln! Schon Herr Gothein hat das angeführt. In Saarabien hat dies nun von der preußischen Regierung vorgeschlagene Systeme völliges Fiasko erlitten. Die Kautelen gegen Maßregelung der Grubenkontrolleure sind völlig ungenügend. Bei dem Gedingesystem haben die Grubenverwaltungen es in der Hand, einem unbequemen Arbeiter so sehr zuzusetzen, daß er selbst kündigt, weil er es nicht mehr aushalten kann. Die Grubenkontrolleure, die im Arbeitsverhältnis bleiben, haben eben nicht die nötige Unabhängigkeit. Auch Herr Gothein hat das zugegeben. Einmütig hat sich der Bergarbeiterkongreß gegen diese Art Arbeiterkontrolleure erklärt. Dann mag man lieber mit dem jetzigen System fortwursteln, so sieht man wenigstens, was dabei herauskommt. — Sogar die „Bergwerkszeitung" hat erklärt, daß das Arbeiterkontrolleursystem, wie der Kongreß es wünscht, dem von der Regierung vorgeschlagenen vorzuziehen ist. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Bedauernswert ist es, daß die freisinnige Resolution über den Bergarbeiterschutz, die nichts als eine Verschlechterung unserer Resolution ist, die Unterschrift Gotheins trägt. Herr Gothein weiß doch selbst, was es mit allgemeinen hygienischen Vorschriften für eine Bewandnis hat. Seit 8 Jahren steht die Zuziehung des Gesundheitsbeirats im Gesetz. Aber noch nie ist dieser Gesundheitsbeirat in Aktion getreten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Reden des Herrn Gothein gefallen uns immer mehr. Aber die Taten entsprechen nicht den Reden. Will Herr Gothein seine Worte in Taten umsetzen, so muß er für unsere Resolution stimmen. Hier hilft kein Mundspitzen, hier muß gepfiffen werden. Dringend notwendig ist auch die Mitwirkung der Arbeiter an der Festsetzung der Strafe. Wenn, wie auf dem Bergarbeiterkongreß festgestellt wurde, ein Kamerad bis zu 26 Mark Strafe im Monat bezahlen muß, so ist das nicht mehr ein Strafsystem, sondern

ein Raubsystem.

(Sehr richtig!) Denn die Kassierung eines Drittels des Lohnes ist nicht mehr bloße Strafe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für schwere Vergehen gibt es Entlassung oder Strafgesetzbuch. Alle Bergarbeiterorganisationen sind sich einig in dieser Forderung.

Bedauerlich ist es, daß ein Arbeitervertreter wie Herr Behrens sich für Abschwächungen unserer Resolution zugunsten der Bergarbeiter ausspricht. Wir bitten nochmals dringend, unsere Resolution zum Schutze der Bergarbeiter wie der Glasarbeiter anzunehmen. — Die Resolution, die sich gegen die Reservefonds der Berufsgenossenschaften wendet, bitte ich abzulehnen. Gäbe es keine Reservefonds, so würden zum Beispiel Bergarbeiter um ihre Rentenansprüche kommen, wenn inzwischen, wie es oft vorkommt, die Zeche eingegangen ist. — Wir bitten ferner um Ablehnung der Zentrumsresolution auf Konzessionspflicht des Flaschenbierhandels. Diese Resolution ist auch so ein sonderbares Stück Mittelstandspolitik. Durch Annahme der Resolution befördert man bloß die Branntweinpest. Außerdem macht man es den von den Uebermenschen der Großindustrie gemaßregelten Arbeitern unmöglich, sich eine bescheidene Existenz zu verschaffen. Ich bitte den Reichstag nochmals, zum Besten der bedrängten Bergarbeiter unsere Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Görck (natl.) verbreitet sich, gegen den Vorredner polemisierend, über die Frage des Reservefonds.

Hierauf läuft ein Blockantrag auf Schluß der Debatte ein. Der Antrag wird angenommen. Auch das Zentrum stimmt dafür.

Abg. Frank-Mannheim (Soz.) [zur Geschäftsordnung]: Durch den Schluß der Debatte bin ich verhindert worden, im Namen meiner Freunde unsere Zustimmung zu der Resolution auf Erlaß eines Reichstheatergesetzes auszusprechen. Es ist um so bedauerlicher, daß die Freisinnigen für Schluß der Debatte gestimmt haben, als von ihrer Fraktion, wenn ich mich nicht irre, zehn Redner gesprochen haben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vogel-Siegen (natl.) (zur Geschäftsordnung) bedauert, durch Schluß der Debatte verhindert zu sein, dem Abg. Sachse zu antworten.

Abg. Gothein (frs. Vg.) (persönlich) behauptet, Abg. Sachse habe die freisinnige Resolution über Bergarbeiterverhältnisse nicht genau gelesen.

Abg. Sachse (Soz.): Herr Gothein hat mich mißverstanden, ich habe die Stelle aus der Resolution seiner Freunde richtig zitiert und nur kritisiert, daß keine bestimmte Schichtzeit eingesetzt und kein Tag für das Inkrafttreten des Gesetzes bestimmt ist, und bei dieser Kritik bleibe ich.

Darauf wird der Titel „Gehalt des Staatssekretärs" angenommen.

Die Resolution der Nationalliberalen, die einen Reichszuschuß zum „Deutschen Handwerksblatt" wünscht, wird angenommen, die des Zentrums, den Handel mit Flaschenbier landesgesetzlich der Konzessionspflicht zu unterstellen, wird abgelehnt, die des Zentrums, bei der Reform der Krankenversicherung die Verhältniswahl einzuführen, wird angenommen.

Bei der Resolution des Zentrums, welche Schutzvorschriften in der Großeisenindustrie verlangt, bleibt die Abstimmung zunächst zweifelhaft; der Hammelsprung ergibt Annahme der Resolution mit 142 gegen 118 Stimmen.

Die Resolution der Sozialdemokraten, welche Schutzvorschriften in den Betrieben der Großeisenindustrie und der Metallschleifereien verlangt, wird in ihrem ersten Teil abgelehnt, im zweiten angenommen.

Die freisinnige Resolution, die Untersuchungen über die Lage der Arbeiter in der Großeisenindustrie fordert, wird abgelehnt. Angenommen wird die nationalliberale Resolution, eine Denkschrift über die Lage der reinen Walzwerke zu veranlassen, und die des Zentrums, diesen Werken Einfuhrscheine zum zollfreien Bezug des Einstandsmaterials zu gewähren.

Die sozialdemokratische Resolution wird mit der vom Zentrum beantragten Aenderung, die nur tunlichste Einschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit statt des völligen Verbots wünscht, angenommen. Von der sozialdemokratischen Resolution auf Erlaß eines Reichsberggesetzes wird der erste Punkt betr. Grubenkontrolleure zunächst mit großer Mehrheit angenommen. Dann werden sämtliche anderen Punkte und die gesamte Resolution abgelehnt. Angenommen wird die freisinnige Resolution, die das Bergrecht reichsgesetzlich regeln will. Die Resolution auf Erlaß eines Reichstheatergesetzes wird mit der Abänderung angenommen, daß die öffentlichen Rechtsverhältnisse davon nicht erfaßt werden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung des Etats auf Donnerstag 2 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb hielt am Sonntag, den 7. Februar, in Großauheim seine halbjährliche Generalversammlung ab. Die Zahl der organisierten Parteigenossen betrug am 1. Februar 5200 und verteilte sich auf 52 örtliche Organisationen. Darunter 542 organisierte Frauen. Die Frauen-Agitationsversammlungen, in denen die Genossin Wehl-Berlin referierte, brachten einen Zuwachs von 310 Genossinnen. Seit dem 1. Oktober 1908 beträgt die Zunahme der Mitglieder des Wahlvereins 1880. Die Ein- und Ausgaben im zweiten Halbjahr 1908 betrugen 9564,70 M., das Vermögen 6112 M. Das Parteiorgan, die Frankfurter „Volksstimme", hat in 50 Filialen des Kreises 5923 Abonnenten, 361 mehr als am Schlusse des ersten Halbjahres. In 29 Kommunalverwaltungen ist die Partei durch 76 Genossen vertreten. Die Kreiskolportage schließt im Berichtsjahr mit einer Ein- und Ausgabe von 3671,93 M. ab. Der Grundbeitrag der Frauen beträgt 20 Pfennig monatlich; sie erhalten die „Gleichheit" gratis und mit dem Parteiorgan zugestellt. Die von dem Parteisekretär Genossen Ditzmann entwickelten Grundsätze über die Jugendorganisation wurden einstimmig gutgeheißen. Parteischriften wurden im letzten Halbjahr 72 105 verteilt. Für Beitragsmarken wurden 5861 M. vereinnahmt, 1205,54 M. mehr als am Schlusse des ersten Halbjahres. Dieser kräftige Schritt im Hanauer Kreis nach vorwärts ist zweifellos dem am 1. Oktober 1908 ins Leben gerufenen Parteisekretariat zu verdanken, in das Genosse Robert Ditzmann, früherer Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Frankfurt a. M. einstimmig vom Kreis berufen wurde. Die Generalversammlung war von 62 Delegierten aus 45 örtlichen Parteiorganisationen vertreten.

Die oberbadische Preßfrage.

Die Konferenz des 5. badischen Wahlkreises, die in Freiburg tagte, nahm nach einem Referat des Parteisekretärs Genossen Engler über die oberbadische Preßfrage einstimmig folgenden Antrag an:

„Der badische Parteitag wolle beschließen, für das badische Oberland eine selbständige Tageszeitung mit dem Sitz in Freiburg ins Leben zu rufen. Ferner wolle der Parteitag beschließen, an die beiden Oberländer Wochenblätter „Offenburger Volksblatt" und „Lörracher Arbeiterzeitung" keine Zuschüsse mehr zu gewähren".

Parlamentarisches.

Die Finanzkommission des Reichstags

trat am Mittwoch in die Beratung des Entwurfs wegen Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes ein. Da sich die ersten neun Paragraphen auf das in erster Lesung abgelehnte Erbrecht des Staates und auf die der Subkommission überwiesene Nachlaß- und Wehrsteuer beziehen, wurde die Beratung darüber vorläufig ausgesetzt. Zu § 10, der die Tarifierung der Steuer betrifft, wurden von den Freisinnigen und Sozialdemokraten noch in Vorbereitung befindliche Anträge angekündigt und deshalb die Beratung über diesen und die beiden folgenden Paragraphen zurückgestellt, bis die Anträge gedruckt vorliegen.

Zu § 13, der

die Hinterlassenschaft des Landesfürsten und der Landesfürstin

von der Steuer befreit, wurde von den Freisinnigen beantragt, diesen Paragraphen zu streichen und von den Sozialdemokraten: **die Steuerpflicht für diese Erbschaften direkt auszusprechen.** In der Debatte hierüber wurde von den Genossen Ulrich und Emmel betont, daß dies Privileg sich denn doch überlebt habe. Wenn von dem ganzen Volke Opfer im Interesse des Reiches gefordert werden, so sei es unerfindlich, aus welchen Gründen man die Landesfürsten von dieser patriotischen Pflicht ausschließen wolle. Nachdem der Reichsschatzsekretär und andere Regierungskommissare im Verein mit den Konservativen staatsrechtliche und andere Bedenken gegen die Anträge vorgebracht und von freisinniger Seite die Hoffnung geäußert war, daß möglicherweise bis zur zweiten Lesung eine freiwillige Verzichtleistung der sämtlichen Landesfürsten des Reichs (??) auf das Privileg eingehen könnte, wurde der sozialdemokratische Antrag mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, der freisinnige mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Dafür stimmten Nationalliberale, Freisinnige, Sozialdemokraten, der Pole und ein Zentrumsmitglied.

Bei den §§ 15 und 16, die Ausnahmebestimmungen zugunsten des landwirtschaftlichen Grundbesitzes enthalten, kämpften die Agrarier unterstützt vom Zentrum, wie immer mit einem wahren Löwenmut um die Durchdrückung weiterer Vorteile gegen die Regierungsvertreter an und trugen auch schließlich den Sieg davon! Der angenommene Antrag bestimmt nämlich: „Als Ertragswert (land- und forstwirtschaftlicher Betriebe) gilt das Zwanzigfache (bisher Fünfundzwanzigfache) des Reinertrages, den die Grundstücke **nach Abzug eines angemessenen Arbeitseinkommens** des Bewirtschafters ergeben." Ferner wurde im § 15 die Ausnahmebestimmung für landwirtschaftliche Grundstücke durch Annahme des von den Freisinnigen mit der Wirtschaftlichen Vereinigung vereinbarten Antrages auch „auf Grundstücke und Gebäude nebst Zubehör ausgedehnt, die dauernd der Ausübung eines Gewerbes oder Handwerks des Eigentümers zu dienen bestimmt sind".

Einen Sturm der Entrüstung hat die von der Regierung vorgeschlagene Veränderung, betreffend den Wert von Leibrenten oder anderen auf die Lebenszeit einer Person beschränkten Nutzungen mit der Beschränkung für alle Nutzungen auf vier Jahre, statt wie bisher auf vier bis 10 Jahre im § 18 zur Folge, und zwar, wie der Reichsschatzsekretär bemerkt, aus finanztechnischen Gründen. Die Konservativen sind Gegner der Aenderung, weil dadurch die Seitenverwandten „vogelfrei" gemacht werden. Das Zentrum wieder erblickt in der Aenderung einen „Verstoß gegen das Prinzip der Gerechtigkeit". Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der Aenderung unter Aufrechterhaltung des § 18 in der bisherigen Fassung. Die folgenden Paragraphen bis 29 wurden debattelos angenommen.

In der Donnerstag-Sitzung sollen die Anträge zu § 10 zur Beratung gestellt werden. Der von den Freisinnigen eingebrachte, am Schlusse der Sitzung verteilte, lautet folgendermaßen:

„Die Erbschaftssteuer beträgt

I. 1 vom Hundert für Ehelente und Kinder, eheliche und solche, welchen die rechtliche Stellung ehelicher Kinder zukommt, und für uneheliche Kinder gegenüber dem Vermögen der Mutter.

II. 4 vom Hundert für Enkel, für Stiefkinder, für an Kindesstatt angenommene Personen und für uneheliche vom Vater anerkannte Kinder gegenüber diesem.

III. 6 vom Hundert für leibliche Eltern, für Schwieger- und Stiefkinder, für voll- und halbbürtige Geschwister und für Urenkel.

IV. 8 vom Hundert für Großeltern und für Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern.

V. 10 vom Hundert für Abkömmlinge zweiten Grades von Geschwistern.

VI. 12 vom Hundert für Abkömmlinge weiterer Grade von Geschwistern.

VII. 16 vom Hundert für Geschwister der Eltern, für Schwieger- und Stiefeltern und für entferntere Voreltern.

VIII. 20 vom Hundert für Verschwägerte im zweiten Grade und

IX. 25 vom Hundert in den übrigen Fällen der Testamentseinsetzung."

Absatz 2, der die Steigerung festsetzt, wie in der Vorlage mit 1 1/10 vom Hundert von 20 000 Mark an und dann als Absatz 3:

„Die in Absatz 2 geregelte Steigerung beginnt bei den Steuerpflichtigen der I. Klasse erst, wenn der Wert des Erbes den Betrag von 100 000 Mark erreicht mit dem

1 1/10fachen	der	in Abs. 1	bestimmten	Sätze bei	100 000—200 000 M.
1 2/10	„	„	„	„	200 000—300 000 „
1 3/10	„	„	„	„	300 000—400 000 „
1 4/10	„	„	„	„	400 000 M.
1 5/10	„	„	„	„	500 000 „
1 6/10	„	„	„	„	600 000 „
1 7/10	„	„	„	„	700 000 „
1 8/10	„	„	„	„	800 000 „
1 9/10	„	„	„	„	900 000 „
2fachen		„	„	„	1 Million u. darüber.

Die Arbeitskammerkommission setzte in ihrer Mittwochsitzung die Beratung über die §§ 2—4 der Vorlage fort. Genosse Bömelburg, der zuerst zum Wort kam, begründete nochmals eingehend

die sozialdemokratischen Anträge unter Hinweis auf Ausführungen in einer Eingabe des Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins. In dieser Eingabe heißt es unter anderen beachtenswerten Darlegungen, daß der Abschluß von Tarifverträgen und die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen mit in den Vordergrund der Aufgaben der Arbeitskammern zu stellen seien, weil die Kammern sonst ihren Zweck, „den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen", nicht erfüllen könnten. Genosse Bömelburg warnt vor übertriebenen Erwartungen, die bezüglich der Tätigkeit der Kammern auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge, der Errichtung von Arbeiterwohnungen usw. schon in den Motiven zur Vorlage ausgesprochen sind. Notwendig sei es jedenfalls, den Kammern einen festen Aufgabenkreis im Sinne der sozialdemokratischen Anträge zuzuweisen.

Die Abgg. Kolbe (Rp.) und Malkewitz (k.) befürworten noch einmal die den Intentionen des Bundes der Industriellen entsprechenden Verschlechterungsanträge ihrer Parteien, denen sich zum Teil auch der Redner der Nationalliberalen Freiherr Heyl v. Herrnsheim anschließt. Bei der Abstimmung werden diese Anträge, die angeblich eine einfachere Umschreibung des Aufgabenkreises der Kammern herbeiführen und die Parität strenger wahren sollen, abgelehnt. Angenommen wird der Antrag Hitze, der den Kammern das Recht gibt, auch ohne Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden Erhebungen zu veranstalten, nachdem auf Antrag des Nationalliberalen das Wort „Erhebungen" durch den Ausdruck „Umfragen" ersetzt worden war. Auch die sozialdemokratischen Anträge zu § 8, die Mitwirkung beim Abschluß von Tarifverträgen und die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen als Aufgaben der Kammern zu bezeichnen, wurden angenommen. Abgelehnt dagegen wurde der Antrag des Abg. Naumann und der zu diesem Antrag gestellte Zusatzantrag der Sozialdemokraten, der den Kammern verwaltungsrechtliche und Ausführungsbefugnisse einräumen wollte. Mit der Einfügung der angenommenen Anträge des Zentrums und der Sozialdemokraten gelangte dann der § 8 nach dem Wortlaut der Regierungsvorlage zur Annahme.

Die zum § 2 gestellten Abänderungsanträge Schmidt-Altenburg wurden vom Antragsteller zurückgezogen und der Regierungsentwurf mit einem Zusatzantrag des Grafen v. Westarp (k.) angenommen, der verhindern will, daß von der Kammer einseitig die Interessen der Arbeitnehmer wahrgenommen werden. (!) Auch § 4 wurde nach dem Wortlaut der Vorlage angenommen.

§ 5 bestimmt, daß Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen (Streitigkeiten ausgenommen), nicht in den Bereich der Tätigkeit der Kammern einbezogen werden dürfen. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, den § 5 zu streichen. Bei der Begründung weist Genosse Severing darauf hin, daß es nach dem Wortlaut der Vorlage unmöglich sei, die Verhältnisse in einem Betriebe zu untersuchen und zu begutachten, dessen Inhaber tarifbrüchig aus einer Tarifgemeinschaft ausgetreten sei. Bei einer engherzigen Auslegung des Wortlauts sei nicht einmal die Tätigkeit der Kammer in Anspruch zu nehmen, wenn die Arbeiter eines entlegenen Fabrikbetriebes die Einlegung eines Arbeiterzuges, die Errichtung von Arbeiterwohnhäusern bei den Behörden anregen wollten. Unter Hinweis auf die Bestimmungen des belgischen Gesetzes bekämpft Ministerialdirektor Caspar den Antrag, gegen den sich auch die bürgerlichen Redner erklären. Nach der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages gelangt der Regierungsentwurf zur Annahme.

Eine längere Diskussion entsteht beim § 6. Die Sozialdemokraten beantragen, daß die Arbeitskammern bei Streitigkeiten als Einigungsamt angerufen werden können, auch dann, wenn in dem betreffenden Bezirk ein Gewerbegericht besteht. Sie verlangen ferner, daß nicht nur die in der Kammer vertretenen, sondern auch andere von einem Lohnstreit betroffenen Gewerbezweige die Kammer anrufen können. Zur Begründung führt Genosse Severing an, daß bei großen Lohnkämpfen die koalierten Unternehmer nicht nur die Arbeiter eines Berufes oder verwandter Berufe aussperren, sondern auch die Stillegung anderer Gewerbezweige zur Verschärfung des Kampfes verfügen. In solchen Fällen müsse für die Arbeiter jedes beteiligten Gewerbezweiges die Möglichkeit bestehen, die Kammer anzurufen. Da die Frage einer erfolgreichen einigungsamtlichen Wirksamkeit in der Hauptsache Personenfrage sei, müsse es außerdem den Beteiligten freigestellt sein, ob sie das Gewerbegericht oder die Kammer anrufen wollen.

Mehreren Rednern der bürgerlichen Parteien ist die Tendenz des sozialdemokratischen Antrages durchaus sympathisch, während die Redner des Zentrums, die Abgg. Hitze und Fleischer den Wortlaut der Regierungsvorlage beibehalten möchten. Da für diesen Paragraphen noch mehrere Abänderungsanträge zu erwarten sind, wird die Debatte und die Beschlußfassung bis zur Sitzung am Freitag (12. Februar) vertagt.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

(14. Sitzung vom 10. Februar.)

Beim Etat des Reichstages wurde von seiten der Reichspartei über das Uebermaß an Drucksachen lebhafte Klage geführt. Die Drucksache über die internationale Weltausstellung in St. Louis habe seinerzeit mindestens 60 000 M. gekostet. Weiter seien die jährlichen Berichte über die Privatversicherung, die statistischen Zusammenstellungen über Arbeitszeit und Lohnhöhe in den Reichsbetrieben und Militärwerkstätten sowie die Druckschriften über die deutschen Schutzgebiete für die meisten Mitglieder entbehrlich. Der Präsident des Reichstages, Graf Stolberg, der den Verhandlungen beiwohnte, wies darauf hin, daß die Höhe der zu machenden Ersparnisse überschätzt würde; denn die Kosten des Satzes einer Druckschrift machten zwei Drittel der Gesamtkosten aus und diese ermäßigten sich nicht, ob einige Hundert Exemplare mehr oder weniger gedruckt würden. Auch von Zentrumsseite wurde anerkannt, daß die jährlichen Berichte über die Schutzgebiete nicht notwendig seien; denn es stehe immer dasselbe drin. Würden etwa alle fünf Jahre solche Nachweisungen gebracht, so genüge das vollauf.

Von sozialdemokratischer Seite wurde dagegen protestiert, daß die Drucksachen über Arbeiterverhältnisse und Sozialpolitik eine Einschränkung erfahren. Unterstaatssekretär Twele erklärt sich bis zu einer gewissen Grenze mit einer Reduzierung der Drucksachen einverstanden, bemerkt aber, daß die Regierung sich vorbehalten müsse, den Abgeordneten dasjenige Material zugehen zu lassen, welches sie zur Durchbringung ihrer Vorlagen notwendig zu haben glauben. Schließlich wurde beschlossen, den Präsidenten zu ersuchen, unter Hinzuziehung der von der Budgetkommission hierzu bestimmten Abgeordneten Erzberger, Singer, Wagner und des Bureaudirektors des Reichstags, zu prüfen, wieweit an den Drucksachen gespart werden kann. Mit Rücksicht auf die zu machenden Ersparnisse wurden beim Titel „sachliche Ausgaben" jedenfalls 61 000 M. gestrichen.

Beim Titel „Aufwandsentschädigung an die Reichstagsabgeordneten" wurde von der Reichspartei angeregt, ob die durch zeitweise Abwesenheit verschiedener Abgeordneten ersparten Diätengelder nicht in anderer Weise, beispielsweise zur Unterstützung von Informationsreisen, dem Reichstag wieder zugängig gemacht werden könnten. Eine Debatte hierüber fand nicht statt. Von der angeforderten Summe wurden mit Rücksicht auf den voraussichtlichen geringeren Bedarf 191 000 M. gestrichen.

Beim Reichseisenbahnamt, das nach Genehmigung des Reichskagsetats zur Beratung kam, machte der Präsident desselben eingehende Mitteilungen über die Tätigkeit dieser Behörde, der es u. a. mit zu verdanken sei, daß die Unfälle, an dem Umfang des Betriebes gemessen, um ein Drittel abgenommen hätten. Der Berichterstatter Dohrn verlangt eine größere Vereinfachung in der Verwaltung. Von einem unserer Genossen wurde mitgeteilt, daß die Sozialdemokraten für die Resolution stimmen würden, dabei aber ausdrücklich erklären, daß durch deren Annahme die Bedeutung dieser Behörde nicht herabgesetzt werden solle.

Bei der Beratung des Etats selber gab der Präsident des Eisenbahnamtes zu, daß seine Beamten nicht nur 6, auch 7 Stunden arbeiten und meinte, daß das auch ausreichend sei. Hiergegen wandten sich alle Gegner und betonten, daß eine achtstündige Dienstzeit nicht zuviel sei. Es wurden deshalb von den im Budget angeforderten 28 Sekretären 6 als künftig wegfallend bezeichnet. Das heißt: die Stellen bleiben, aber beim Freiwerden bleiben sie dann unbesetzt.

Bei der nun folgenden Fortsetzung der Debatte über den

Kolonialetat

wurde zunächst die gestern über die Subvention des Norddeutschen Lloyd ausgesetzte Abstimmung vorgenommen. Das Resultat war die Annahme des Gesetzentwurfs mit großer Mehrheit. Beim Etat für Neu-Guinea selber wurde, namentlich von nationalliberaler Seite, die Einführung eines Ausfuhrzolles auf Kopra (der 70 000 M. einbringen soll) scharf getadelt. Der Staatssekretär Dernburg erklärt diese Art der Steuererhebung für die einfachste und sicherste. Die Regierung müsse darauf sehen, daß die Kolonie auch eigene Einnahmen habe. Der Etat wird bewilligt. Nächste Sitzung Donnerstag. Fortsetzung der Beratung über den Kolonialetat.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb hielt am Mittwoch ihre zweite Sitzung ab. Vorsitzender Roeren wünscht, daß man sich zuerst darüber einige, ob eine Generalklausel in das Gesetz aufgenommen werden solle, da in diesem Sinne mehrere Anträge vorliegen; erst wenn man sich über die Generalklausel geeinigt habe, könne man in die Beratung der Anträge eintreten.

Zu § 1 des Gesetzes liegen u. a. folgende Anträge vor:

Findel, Dr. Junck, Sievers. Die Kommission wolle beschließen: vor § 1 einzufügen: § a. Wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs Handlungen vornimmt, die gegen die guten Sitten verstoßen, kann auf Unterlassung der Handlung in Anspruch genommen werden. Dieser Anspruch kann von jedem Gewerbetreibenden, der Waren oder Leistungen gleicher oder verwandter Art herstellt oder in den geschäftlichen Verkehr bringt, oder von Verbänden zur Förderung gewerblicher Interessen geltend gemacht werden, soweit die Verbände als solche in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten klagen können.

Die nach § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches begründeten Unterlassungsansprüche werden durch diese Vorschriften nicht berührt.

Dr. Bitter. Roeren. Hauser. Sir. Die Kommission wolle beschließen: 1. der § 1 erhält folgende Fassung: Wegen jeder im Handels- oder Gewerbebetriebe zu Zwecken des Wettbewerbs vorgenommenen Handlung, welche gegen die guten Sitten verstößt, kann der Anspruch auf Unterlassung der Handlung geltend gemacht werden.

Dieser Anspruch kann von jedem Gewerbetreibenden, der Waren oder Leistungen gleicher oder verwandter Art herstellt oder in den geschäftlichen Verkehr bringt, oder von Verbänden zur Förderung gewerblicher Interessen geltend gemacht werden, soweit die Verbände als solche in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten klagen können.

Neben dem Anspruch auf Unterlassung haben die vorerwähnten Gewerbetreibenden auch Anspruch auf Ersatz des durch die Handlung verursachten Schadens gegen denjenigen, welcher die Handlung vorgenommen hat, falls dieser wußte oder wissen mußte, daß die Handlung gegen die guten Sitten verstößt.

Die Abgeordneten Linz, Junck, Ritter, Am Zehnhoff, v. Brockhausen sprechen sich für die Generalklausel aus. Genosse Brühne erklärt sich dagegen: er erkenne an, daß man dem unlauteren Geschäftsgebaren entgegentreten müsse, man könne jedoch nicht jeden einzelnen Fall durch gesetzliche Maßnahmen treffen; auch unter dem Gesetz von 1896 hätte man an vielen Orten schwere Strafen erlassen, und die Gerichte fällten an jedem Orte andere Urteile. — Ein Regierungsvertreter erklärt, daß man ohne die Generalklausel auskommen könne; sollte die Kommission aber die Generalklausel beschließen, so werde der Bundesrat nichts dagegen einwenden. Nach langer Debatte wurde die Aufnahme der Generalklausel mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Eine lange Debatte entspann sich über die Frage, ob man die Schadenersatzfrage in die Generalklausel aufnehmen solle. Die Abg. Roeren, Gerstenberger, v. Brockhausen sprachen für, Brühne, Stortz und Junck dagegen. Mit 12 Stimmen gegen 7 Stimmen wurde die Aufnahme der Schadenersatzfrage angenommen.

Auf Antrag Brühne (Soz) wird beschlossen, den Wortlaut des § 1 durch eine Subkommission feststellen zu lassen. Die Kommissionsberatungen werden lange Zeit in Anspruch nehmen, da eine ganze Anzahl Abänderungsanträge vorliegen.

Drucksachen.

Aus dem Reichstage. (Nr. 1176.) Entwurf einer Fernsprechgebühren-Ordnung.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause (Nr. 65). Vergleichende Uebersicht der Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1907 und 1908 und zur Ergänzungssteuer für 1905/1907 und 1908/1910 (nebst Erläuterungen).

Aus Industrie und Handel.

Helden-Vorsicht.

Unsere Mitteilungen über die Praxis der Zentralheizungs-Industriellen haben der Herren Mißfallen erregt. Das ist natürlich, menschlich erklärlich. Daß die Zentralheizer sich erbarmungswürdig hilflos zeigen würden, auf jeden Versuch sachlicher Verteidigung zu verzichten, sich darauf zu beschränken, vorsichtige Schimpfereien loszulassen, das hätten wir doch nicht erwartet. — Aber das Nichterwartete ist Ereignis geworden. Der Verband versteht nicht nur durch 70 Prozent Aufschlag auf die Löhne und 40 Prozent auf die Einkaufspreise „mäßigen Gewinn" zu erzielen, er geizt anscheinend auch danach, in nichtssagenden Redereien und dumm-forschen Schimpfereien den Rekord zu schlagen. Durch Fachblätter läßt er eine „Aufklärung" — nicht als Zuschrift, sondern als bezahlte Beilage — verbreiten, die also beginnt:

In der letzten Zeit haben sich die Fälle gemehrt, in denen der Versuch gemacht wird, die Mitglieder des Verbandes Deutscher Zentralheizungs-Industrieller durch „Enthüllungen" über ihre wirtschaftlichen Bestrebungen aus dem Bewerb zu drängen. Es erübrigt sich, über die Anwendung derartiger Kampfmittel im geschäftlichen Wettbewerb ein Wort zu verlieren. Der Vorstand glaubt aber den Verbandsmitgliedern ebenso wie der Oeffentlichkeit schuldig zu sein, den in derartigen „Enthüllungen" enthaltenen bewußten Unwahrheiten, gehässigen Uebertreibungen und törichten Entstellungen entgegenzutreten. Deshalb erklären wir:

Unser Verband bezweckt die Förderung der wirtschaftlichen und Standesinteressen seiner Mitglieder.

Wie in vielen anderen Industriezweigen hat der schrankenlose Wettbewerb um die Erlangung von Bestellungen zu einem wirtschaftlichen Niedergang der Zentralheizungs-Industrie geführt und, jedem Sachverständigen seit Jahren erkennbar, vielfach auch auf die Güte und Leistungsfähigkeit der gelieferten Anlagen einen unheilvollen Einfluß ausgeübt.

Um dem entgegenzutreten, hat der Verband Deutscher Zentralheizungs-Industrieller, welcher zurzeit 140 Mitglieder, darunter die bedeutendsten und leistungsfähigsten Firmen des Faches zählt, für die wichtigsten Bestandteile der Zentralheizungs-Anlagen Verkaufspreise festgesetzt, die den Schwankungen der Preise der Rohmaterialien angepaßt werden und bei guter Ausführung der Lieferung, sowie rechtzeitigem Eingang der Zahlung einen mäßigen Gewinn abwerfen, wenn keine unvorhergesehenen Verluste eintreten.

Worin die Enthüllungen, die „bewußten Unwahrheiten", die „gehässigen Uebertreibungen" und „törichten Entstellungen" bestehen, das wird diskret verschwiegen. Der sachliche Inhalt der „Aufklärung" nach dieser Richtung beschränkt sich auf die Mitteilung, daß die frühere Bestimmung, die den erfolgreichen Submittenten verpflichtete, an die ausfallenden Bewerber als Entschädigung 5 Proz. der Bausumme zu zahlen, aufgehoben sei. — Wann? Jedenfalls: die eine Berichtigung bestätigt die Richtigkeit der anderen Angaben, die für die Interessenten doch wohl etwas schwerwiegender sind, als daß sie durch Schimpfereien abgetan werden könnten!

Krisennachrichten.

Nach den Ermittelungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Januar 1909 insgesamt 1 021 721 Tonnen gegen 1 061 329 Tonnen im Januar 1908.

Die Erzeugung während der Monate Januar-Dezember 1908 stellte sich auf 11 813 511 Tonnen gegen 13 045 760 Tonnen im Jahre 1907.

•

Das Kohlensyndikat scheint jetzt mit besonderer Force die Ausfuhr zu betreiben. Nach den amtlichen Zusammenstellungen wurden in der Zeit vom 21. bis 31. Januar 17½ Millionen Doppelzentner Kohlen ausgeführt, gegen rund 14 Millionen Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres. Gleichzeitig mit der Ausfuhrsteigerung ist die Einfuhr zurückgegangen bei Steinkohlen von 5,44 Millionen Doppelzentner auf 5 Millionen Doppelzentner, bei Braunkohlen von rund 7 Millionen auf 5,78 Millionen Doppelzentner.

Gerichts-Zeitung.

Eine „Terroristin".

Eine Anklage aus § 153 der Gewerbeordnung wurde in der vorigen Woche vor dem Landgericht III Berlin (Strafkammer 1) gegen Frau Emma Burckardt geb. Wegener verhandelt. Die Angeklagte hatte vor ihrer Verheiratung in Kaisers Kaffeerösterei in Spandau gearbeitet und sollte dort eine damals in demselben Betriebe beschäftigte Witwe Schulz zum Eintritt in den Deutschen Handels- und Transportarbeiterverband zu nötigen versucht haben. Vor dem Amtsgericht Spandau wurde Frau Burckardt freigesprochen, doch legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Ueber die Verhandlung vor dem Landgericht ist in Nr. 29 des „Vorwärts" berichtet worden. Sie endete erst zu so später Stunde, daß die Urteilsverkündung ausgesetzt werden mußte. Gestern wurde nun das Urteil gesprochen.

Das Landgericht hat entschieden, daß der Berufung des Staatsanwalts stattzugeben und das freisprechende Urteil des Amtsgerichts Spandau aufzuheben sei. Durch die Beweisaufnahme sei erwiesen worden, daß der Deutsche Handels- und Transportarbeiterverband die Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder bezwecke. Insofern seien also die Voraussetzungen des § 153 der Gewerbeordnung gegeben. Diesen § 153 habe die Angeklagte verletzt, indem sie der Witwe Schulz — wie von dieser bekundet worden sei — gesagt habe, wenn sie nicht Mitglied des Verbandes werden wolle, so könne sie hier nicht weiterarbeiten. Zwar solle die Zeugin vor dem Amtsgericht anders ausgesagt haben. Aber vor dem Landgericht habe sie das damit erklärt, daß sie damals erregt gewesen sei und nicht gewußt habe, was sie aussagte. Daher erübrige sich die Vernehmung des Richterkollegiums erster Instanz, die vom Verteidiger beantragt worden war, um das Maß der Glaubwürdigkeit dieser Zeugin zu beleuchten. Auch dann, wenn Zeugin damals anders ausgesagt habe, erscheine sie jetzt völlig glaubwürdig. Ihre Aussage stimme überein mit derjenigen, die sie anfänglich vor der Kriminalpolizei gemacht habe. Nun sei die Aeußerung der Angeklagten, daß Frau Sch. hier nicht weiterarbeiten könne, wenn sie nicht in den Verband eintreten wolle, von Frau Sch. als Drohung aufgefaßt worden. Frau Sch. habe sogar befürchtet, Schläge zu bekommen. Auch in diesem Punkte seien also die Voraussetzungen des § 153 der Gewerbeordnung gegeben. Zugunsten der Angeklagten sei geltend zu machen, daß sie damals noch nicht 18 Jahre alt war. (Aus diesem Grunde war Frau B. in erster Instanz noch vor die Jugendgerichtsabteilung gestellt worden.) Sie habe aber doch bereits die erforderliche Einsicht besessen, das gehe schon daraus hervor, daß ihr im Verband sogar ein Vertrauensposten übertragen worden war. Freilich habe sie wohl unter dem Einfluß anderer Mitglieder des Verbandes gestanden. Aus allen diesen Gründen habe die Angeklagte verurteilt werden müssen, doch sei nur auf einen Verweis erkannt worden. (Der Staatsanwalt hatte 14 Tage Gefängnis beantragt.)

Gegenüber diesem Urteil wollen wir hier doch noch einmal feststellen, worin eigentlich — nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme — die anfängliche Auffassung der Frau Schulz gipfelte. Der Spandauer Polizeikommissar Klieme, vor dem Frau Sch. die erste Vernehmung hatte, hat vor dem Landgericht als Zeuge bekundet, daß Frau Sch. ihm gesagt habe, es sei ein Druck auf sie ausgeübt worden, dem Verband beizutreten, sie habe aber gefürchtet, dann die Gnadenunterstützung zu verlieren, die sie als Witwe eines ehemaligen Arbeiters der Militärwerkstätten bezog. Auch Frau Sch. selber hat vor dem Landgericht erzählt, ihr sei von „erfahrenen Leuten" gesagt worden: „Sie kriegen doch eine Gnadenunterstützung, da dürfen Sie in einen solchen Verband nicht hineingehen." Die Furcht der Frau Schulz, durch Eintritt in den Verband sich die Gunst der Militärverwaltung zu verscherzen und die Gnadenunterstützung einzubüßen, wurde in der Urteilsbegründung — mit keiner Silbe erwähnt. Vor der Militärverwaltung hatte Frau Sch. wirklich Furcht. Daß die Prügel, die sie von Verbandsmitgliedern zu befürchten gehabt habe, ihr vor irgend wem in Aussicht gestellt worden seien, das hat sie selber nicht zu behaupten gewagt.

Ob gegen dies durchaus verfehlte Urteil des Landgerichts eine Revision helfen wird, ist freilich bei dem schmalen Weg, der für die Revision zugelassen ist, zweifelhaft.

Schutz gegen Schutzleute!

Die erste Strafkammer in Posen verurteilte am Dienstag den Schutzmann Wilhelm Lehmann und den Oberschließer Richter von der Wach- und Schließgesellschaft, wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu je 50 M. Geldstrafe. Von der Anklage der versuchten Nötigung und Freiheitsberaubung wurden beide Angeklagte und der ebenfalls mitangeklagte Schutzmannsprobist Klatt freigesprochen. Ende Juli 1907 war der Oberschließer Richter mit dem 82 Jahre alten Sohne der Fleischermeisterwitwe Beyer wegen des Schließens der Haustür in Differenzen geraten, in deren Verlauf der Schutzmann Lehmann hinzukam. Beide stießen Beyer in den Flur, Richter hielt ihn am Halse, während ihm Lehmann mit einem Ochsenziemer zahlreiche Schläge über den Kopf versetzte, so daß dieser über und über blutete. Nachdem sich beide entfernt hatten, schlug Beyer wegen der ihm widerfahrenen Mißhandlung Lärm und veranlaßte dadurch einen Menschenauflauf. Gleich darauf kehrte der Schutzmann Lehmann in Begleitung des Probisten Klatt zurück und nahm den inzwischen nach seiner Wohnung flüchtenden Beyer fest und transportierte ihn geschlossen nach dem Polizeigewahrsam. Das Gericht erachtete diese Festnahme als eine berechtigte und erkannte dieserhalb auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte wegen der Körperverletzung und Nötigung gegen Lehmann 1½ Monat, gegen Richter 4½ Monate Gefängnis beantragt.

Ob wohl die auffällige Milde gegen Roheitsdelikte, die von Schutzleuten begangen werden, endlich aufhören wird, wenn ein Richter oder ein Staatsanwalt in ähnlicher Weise behandelt werden wird?

A. WERTHEIM

G. m. b. H.

GEMÜSE-KONSERVEN

Schneidebohnen Ia	1/1 Dose	45 Pf.
Wachsbohnen	1/1 Dose	42 Pf.
Kaiserschoten	1/1 Dose	1.10
Junge Schoten I	1/1 Dose	80 Pf.
Junge Schoten II	1/1 Dose	55 Pf.
Junge Schoten III	1/1 Dose	48 Pf.
Gemischt. Gemüse I	1/1 Dose	95 Pf.
Gemischt. Gemüse II	1/1 Dose	65 Pf.
Gemischt. Gemüse	1/1 Dose	48 Pf.
Karotten in Streifen	1/1 Dose	30 Pf.
Karotten	1/1 Dose	48 Pf.
Karotten I	1/1 Dose	68 Pf.
Grünkohl	1/1 Dose	35 Pf.
Wirsingkohl	1/1 Dose	35 Pf.
Weisskohl	1/1 Dose	35 Pf.
Kohlrabi	1/1 Dose	28 Pf.
Spinat	1/1 Dose	40 Pf.
Teltower Rübchen	1/1 Dose	68 Pf.
Rote Rüben	1/1 Dose	38 Pf.
Pfefferlinge	1/1 Dose	45 Pf.
Senfgurken	Glas	65 Pf.
Zuckergurken	Glas	75 Pf.
Znaimer Gurken	Glas	75 Pf.
Kürbis	Glas	65 Pf.

Brech- u. Schneidebohnen 1/1 Dose **26** Pf.

Stangenspargel extra 1/2 Dose **83** Pf., 1/1 Dose **1.55**

Stangenspargel II 1/1 Dose **1.20**

Stangenspargel III 1/1 Dose **95** Pf.

Schoten junge, extra fein 1/1 Dose **85**, **Schoten IV** 1/1 Dose **33** Pf.

Schoten u. Karotten 1/1 Dose **55** Pf.

Sauerkirschen ohne Steine 1/1 Dose **90** Pf.

Mirabellen 1/1 Dose **63**, **Apfelmus** 1/1 Dose **58** Pf.

Melangefrüchte 1/1 Dose **88** Pf.

Stachelbeeren 1/1 Dose **58** Pf.

Preisselbeeren 1/1 Dose **63** Pf., 2/1 Dose **1.15**, 5/1 Dose **2.85**

Birnen weiss und rot 1/1 Dose **68** Pf.

Dunstfrüchte (Stachel-, Johannis-, Heidelbeeren, Kirschen mit Steinen) Glas **52** Pf.

FRÜCHTE-KONSERVEN

Marmeladen, Kirschen-, Himbeeren-, Johannisbeeren-, Glas **28** Pf.

Gem. Marmelade	ca. 5 Pfd.	1.25
Gem. Marmelade	ca. 10 Pfd.	2.25
Apfelmarmelade	ca. 5 Pfd.	1.60
Apfelmarmelade	ca. 10 Pfd.	2.90
Himbeer-, Aprikosen- und Johannisbeermarmelade	ca. 5 Pfd.	2.80
Erdbeermarmelade	ca. 5 Pfd.	3.35

FISCH-KONSERVEN

Bismarckheringe	Dose	42 Pf.
Bratheringe	Dose	42 Pf.
Heringe in Gelee	Dose	35 Pf.
Delikatessheringe	1/1 Dose 83, 1/2 Dose	52 Pf.
Aal in Gelee	Dose	75 Pf.
Lachs in Gelee	Dose	1.10
Lachskotelettes	Dose	1 Mk., 1.50
Russische Sardinen	Glas	25 Pf.
Christiana Anchovis	Glas	25 Pf.
Neunaugen	Dose	95 Pf.
Nürnberger Ochsenmaulsalat	1/1 Dose	1.10, 1/2 Dose 60 Pf.
Gabelbissen	Dose	55 Pf.
Appetitsild	Dose	35 Pf.

GETROCKNETE GEMÜSE

Julienne	Pfund	60 Pf.
Julienne I	Pfund	1 Mk.
Wirsingkohl	Pfund	1.10 Mk.
Weisskohl	Pfund	1 Mk.
Rotkohl	Pfund	90 Pf.
Grünkohl	Pfund	90 Pf.
Spinat	Pfund	1.80 Mk.
Schneidebohnen	Pfund	1.50 Mk.
Karotten	Pfund	50 Pf.
Morcheln	Pfund	3.80 Mk.
Steinpilze	Pfund	2 Mk.
Champignons	Pfund	4 Mk.

HÜLSENFRÜCHTE

Victoria-Erbsen	Pfund	17 Pf.
Kleine Erbsen	Pfund	16 Pf.
Glasierte Erbsen gelb	Pfund	23 Pf.
Spalt-Erbsen gelb	Pfund	19 Pf.
Grosse Linsen	Pfund	25 Pf.
Mittel Linsen	Pfund	15 Pf.
Grosse Bohnen	Pfund	22 Pf.
Lange Bohnen	Pfund	18 Pf.
Kleine Bohnen	Pfund	15 Pf.
Rangoon-Reis	Pfund	16 Pf.
Bassein-Reis	Pfund	19 Pf.
Java-Reis	Pfund	25, 30, 36 Pf.

Zitronen Dtz. **25** Pf.

Apfelsinen Dtz. **25, 35, 45** Pf.

Blut-Apfelsinen Murcia Dtz. **40** Pf.

GETROCKNETES OBST

Gem. Backobst	Pfund	30, 45, 60 Pf.
Türkische Pflaumen	Pfund	22, 28 Pf.
Französische Pflaumen	Pfund	38, 45, 55, 65 Pf.
Preisselbeeren	Pfund	1.80
Entsteinte Pflaumen	Pfund	32, 45 Pf.
Kaliforn. Birnen	Pfund	50, 60, 75 Pf.
Kaliforn. Aprikosen	Pfund	58, 68 Pf.
Kaliforn. Pfirsiche	Pfund	60 Pf.
Italienische Prünellen	Pfund	55 Pf.
Italienische Birnen	Pfund	58 Pf.
Amerikan. Ringäpfel	Pfund	48, 60 Pf.

Feigen Karton **25** Pf.

Schalenmandeln Pfund **80** Pf.

Traubenrosinen Pfund **70** Pf

KAKAO u. TEE

Deutscher Kakao Pfund **78** Pf., **1.10, 1.30, 1.80**

Holländischer Kakao Pfund **1.90, 2.20**, 1/1 Dose **2.40**

Souchong-Melange

	I	II	III	IV	V
Pfund	1.50	1.80	2.40	3.20	4 Mk.

Kongo-Melange Pfund **2.20, 4** Mk.

Russischer Tee Pfund **2.75, 4.50, 6** Mk., **7.50**

WURSTWAREN

Zervelatwurst in Fettdarm Pfund **1.20**, in Rinddarm Pfund **1.10**

Salamiwurst u. Schinkenwurst Pfund **1.10**

Teewurst (Weiche Schlackwurst) Pfund **1.20**

Knochenschinken ca. 9—12 Pfund schwer, Pfund **1.10**

Schinkenspeck Pfd. **1** Mk., **Jagdwurst 90** Pf.

Feine **Leberwurst** Pfund **95**, **Zwiebelwurst 45** Pf.

Landleberwurst Pfd. **90**, **Rotwurst 45, 65** Pf.

Brathühner *1.75, 2.15*

Suppenhühner *1.85, 2* Mk.

Puten Pfund *85* Pf.

Junge Gänse.

Rand gesetzl. geschützt

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung, Mittwoch, den 10. Februar 1909, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben.

Die zweite Beratung des Lehrerbesoldungsgesetzes wird fortgesetzt bei den §§ 43 bis 50, die von den Staatszuschüssen handeln.

Abg. Graf v. Spee (Z.): Meine Freunde haben die lebhaftesten Bedenken vor allem gegen die Bestimmung, daß den Schulverbänden mit mehr als 7 Schulstellen der Staatszuschuß, auf den sie heute gesetzlich Anspruch hatten, entzogen wird und den Kreisausschüssen die Verteilung der Gelder überlassen wird. Die Grenze von 7 Schulstellen ist ganz willkürlich gewählt. Es kann leistungsfähige Gemeinden mit weniger als 7 Schulstellen geben, die den Staatszuschuß erhalten, und nicht leistungsfähige Gemeinden mit mehr als 7 Schulstellen, denen vom Kreisausschuß nichts bewilligt wird. Wenn auch die Unterstellung des Herrn Borgmann, daß die Landräte die Gesetze verletzen, die allerschärfste Zurückweisung verdient, so ist doch die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die Parteipolitik in die Selbstverwaltungskörper getragen wird. Wir wollen aber das Kompromiß nicht stören und sehen deshalb von Anträgen ab. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Schiffer (natl.): Der Beschluß der Kommission war notwendig, wenn wir an dem Gedanken festhalten wollten, daß der Staat keine Geschenke machen soll an diejenigen, die es nicht nötig haben. Wenn ein leistungsfähiger Schulverband mit weniger als 7 Schulstellen einen Staatszuschuß erhielte, so wäre das gesetzwidrig. Die Befürchtung, daß die Mittel nicht objektiv verteilt werden, hegen wir nicht.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.): Die Verdächtigungen des Herrn Abgeordneten Borgmann gegen die Kreisausschüsse weisen wir entschieden zurück. Es sitzen in diesem Hause genug freimütige Männer, die ihren Standpunkt zu wahren wissen.

Abg. v. Ditfurth (k.) spricht die Erwartung aus, daß die leistungsschwachen Gemeinden bei der Verteilung der Gelder entsprechend berücksichtigt werden.

Abg. Leinert (Soz.):

Die Vorredner haben ein hohes Lied auf die Kreisausschüsse gesungen. Was mein Kollege Borgmann ausgeführt hat, ist aber vollkommen zutreffend. Die Kreisausschüsse sind die

Vertreter agrarischer Interessen.

Das haben selbst die Nationalliberalen im Lande draußen anerkannt, die wiederholt um Einfluß in den Kreisausschüssen gekämpft haben. Die Industrie ist in den Kreisausschüssen nicht vertreten, ganz zu schweigen von den Arbeitern, die dort überhaupt keine Stätte haben. Man hat gesagt, der Landrat stimme zuletzt ab, habe also keinen Einfluß. Das trifft aber nur zu bei den Kreisausschüssen als Verwaltungsgerichten. Die Kreisausschüsse als Verwaltungsbehörden handeln aber **ganz nach dem Willen des Landrates.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Wegfall der Staatszuschüsse bei Schulverbänden von mehr als 7 Schulstellen und die Zulassung bei Gemeinden mit weniger als 7 Schulstellen bedeutet eine Ungerechtigkeit. Es gibt zweifellos auch unter den Gemeinden mit weniger als 7 Schulstellen solche, die sehr reich sind und für die deshalb der Staatszuschuß ein Geschenk des Staates bedeutet. Es werden nun Ergänzungszuschüsse in Höhe von 27 Millionen für die Schulverbände mit 8 bis 25 Schulstellen zur Verfügung gestellt. Die Verteilung soll durch den Unterrichts- und Finanzminister auf die Provinzen erfolgen. In der Kommission hat der Ministerialdirektor die Grundsätze der Verteilung wie folgt festgestellt: „Man lasse zunächst die Beschlüsse über die Ausführung des Gesetzes fassen. Dann berichteten die Provinzialbehörden erstens darüber, was für Mehraufwendungen für die Gemeinden tatsächlich durch das Gesetz entständen, zweitens darüber, was an bisher gewährten Staatsbeiträgen durch die Bestimmungen des Gesetzes zurückgezogen würde. Ein dritter Punkt betreffe die Leistungsfähigkeit, die ja im allgemeinen bekannt sei; es komme aber darauf an, wieviel kleine Schulverbände vorhanden seien. Im weiteren Verlaufe würden nun am schwersten drückend empfunden werden die Neuaufwendungen, die infolge der Zurückziehung von bisher gewährten Staatsbeiträgen entständen, dann die Neuaufwendungen, die zu der bisherigen Belastung hinzukämen, und auf diese beiden Momente werde bei der Verteilung auf die Provinzen in erster Linie gesehen werden. Dann werde man eine gewisse, aber wie er glaube sagen zu dürfen, nur relativ geringe Ausgleichung nach dem umgekehrten Einkommensteuerfoll der Gemeinden vornehmen, dabei aber namentlich auch Rücksicht nehmen auf die kleinen ein- und zweiklassigen Schulverbände in den Provinzen, die hauptsächlich bedürftig seien. Er halte die zur Verfügung gestellten Staatsmittel doch für so bedeutend, daß die Befürchtung einer Ueberlastung Leistungsunfähiger nicht gehegt zu werden brauche.“ Nun, die Feststellung der Mehraufwendungen und des Fortfalls der bisherigen Staatsbeiträge wird nicht schwierig sein, aber schwieriger erscheint mir die Feststellung der Leistungsfähigkeit. Nach dem Bericht könnte es scheinen, als ob mit den als hauptsächlich bedürftig bezeichneten ein- und zweiklassigen Schulverbänden die

Gutsbezirke gemeint seien,

denn es ist darauf hingewiesen, daß für einen Gutsbesitzer mit 10 000 M. Einkommen und 700 M. Staatszuschuß die Entziehung 200 Proz. Erhöhung der Einkommensteuer bedeute. Der Regierungskommissar hat auch besondere Berücksichtigung dieser Verhältnisse zugesagt. Mir erscheinen aber diese Gutsbezirke nicht immer am bedürftigsten, sondern viel eher die **Arbeitergemeinden.** In diesen sind infolge der enormen Schullasten, wozu noch die Armenlasten kommen, Einkommensteuerzuschläge von 200 Proz. und mehr zu finden. Dabei haben den Nutzen an der Gemeinde nicht die Arbeiter, sondern größtenteils die Besitzer. Sollen nun die Arbeiter noch mehr bezahlen? Nach welchen Grundsätzen soll in solchen Fällen die Leistungsfähigkeit bemessen werden? Ich fürchte, daß gerade solche Arbeitergemeinden bei der Prüfung der Leistungsfähigkeit nicht in so hohem Maße berücksichtigt werden wie die Gutsbezirke. Ich bitte um Auskunft darüber, ob sich solche Arbeitergemeinden **derselben Fürsorge** erfreuen werden wie die Gutsbezirke, da z. B. in meinem Wahlkreise und auch in anderen Arbeitergemeinden eine lebhafte Beunruhigung darüber entstanden ist, daß die Arbeiter infolge der Entziehung des Staatszuschusses von einer Erhöhung der Einkommensteuer betroffen sind. — Nach § 49 sollen nun 7,7 Millionen als Ergänzungszuschüsse für Schulverbände mit mehr als 25 Schulstellen zur Verfügung gestellt werden. Es ist aber nichts darüber gesagt, wer die 7,7 Millionen verteilen soll. Ich nehme an, die Verteilung erfolgt im Wege der direkten Verhandlungen zwischen den größeren Gemeinden und der Regierung. Jedenfalls ist die Prüfung der Bedürftigkeit hier viel komplizierter als in anderen Fällen. Es kommt hier die Frage der Ortszulagen in Betracht. Diese bedürfen der Genehmigung der Regierung, die zu versagen ist, soweit eine Erhöhung des Diensteinkommens nicht durch die besonderen Verhältnisse des Schulverbandes geboten ist. Wird sich nun die Regierung, wenn die Schulaufsichtsbehörde die Ortszulagen genehmigt hat, daran gebunden halten oder wird sie sagen, ihr braucht keine Ortszulagen zu bewilligen, und aus diesem Grunde den Zuschuß versagen? Eine solche Abhängigmachung der Zuschüsse von den Ortszulagen würde eine völlige Beseitigung der Selbstverwaltung bedeuten, die durch das Gesetz ohnehin stark gefährdet ist. Der Satz, die Schule ist eine Veranstaltung der Gemeinde, wäre dann eine reine Illusion geworden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Redner geht des weiteren auf die speziellen Verhältnisse in Linden und Hannover ein und legt die Notwendigkeit dar, die Verhältnisse Lindens besonders zu berücksichtigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoeveler (Z.): Man befürchtet durch die Vorlage eine Erhöhung der Kommunalsteuern um durchschnittlich 40 Proz. Ich habe sehr viele Zuschriften in diesem Sinne erhalten. Man sollte darum die dritte Lesung hinausschieben, damit eine Klärung noch eintreten kann. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Hoff (frs. Vg.): Wir haben diesen Paragraphen nur sehr schweren Herzens zugestimmt, denn sie nehmen den Gemeinden wohlerworbene Rechte. Daß die meist agrarisch beeinflußten Kreisausschüsse die Verteilung der Zuschüsse vornehmen sollen, macht unsere Bedenken nur noch größer. Auch auf dem Lande gibt es leistungsfähige Gemeinden, haben wir doch allein 2500 Millionäre auf dem Lande mit Einkommen von 40 000 bis zu einer Million Mark. Die großen Gemeinden kämen bei dieser Vorlage sehr schlecht weg. Und doch sind ihre Schulen das Vorbild für alle preußischen Volksschulen geworden. Hoffentlich findet das Gesetz eine loyale Ausführung. (Beifall links.)

Ministerialdirektor Schwartzkopff: Es ist keine Neuerung, daß die Gewährung der Zuschüsse von der Bewilligung des Ministers abhängig ist. Schwierigkeiten haben sich daraus im Laufe der Jahrzehnte nicht ergeben. Neu ist nur, daß nicht der Minister, sondern der Kreisausschuß, eine unparteiliche Selbstverwaltungsbehörde, die Verteilung vornehmen soll. Das ist doch eine Verbesserung. (Sehr wahr! rechts.) Im übrigen kann ich nur wiederholen, daß ein Druck auf die Gemeirden nicht ausgeübt wird, der sie über ihre Kräfte belastet. Wenn die Gemeinden wirklich einmal von dem Verteilungsplan keine Kenntnis erhalten sollten, so mögen sie sich beschweren.

Die Debatte wird geschlossen. Die §§ 43 bis 50 werden angenommen; ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgt die Beratung der von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen und eines neu eingegangenen Antrages Schiffer (natl.): „Die Staatsregierung zu ersuchen, durch einen Nachtragsetat Mittel zur Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden und Schulverbände bereitzustellen, welche durch die den Besoldungsgesetzen beigelegte rückwirkende Kraft in eine unverschuldete Notlage geraten sind.“

Nach längerer Debatte, in der Finanzminister v. Rheinbaben erklärt, daß er kein Bedürfnis für den Antrag anerkennen könne, geht der Antrag Schiffer an die Budgetkommission. Die Resolutionen der Kommission werden angenommen bis auf zwei Resolutionen, welche eine Erhöhung des Dispositionsfonds für die vor dem Inkrafttreten des neuen Lehrerbesoldungsgesetzes pensionierten Lehrer und gesetzliche Bestimmungen über Größe und Beschaffenheit von Dienstwohnungen für Lehrer und Lehrerinnen fordern. Diese beiden Resolutionen werden mit den Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Gemäß den Kommissionsanträgen wird die Wahl des Abgeordneten Kölle (bei keiner Fraktion) für ungültig und eine Reihe von Wahlen für gültig erklärt.

Es folgt der Bericht der Kommission über die Wahl der sozialdemokratischen Abgg. Borgmann, Heimann, Hirsch und Hoffmann-Berlin. Die Kommission beantragt, die Wahlen zu beanstanden und die Regierung zu ersuchen, eine amtliche Aeußerung des Berliner Magistrats darüber herbeizuführen, ob bei den Landtagswahlen im 5., 6., 7. und 12. Berliner Wahlkreise in den Urwählerlisten und für die Bildung der Abteilungen innerhalb derselben Urwahlbezirke für dieselben Steuerarten verschiedene Steuerjahre, teils 1908, teils 1907, berücksichtigt worden sind, resp. welche Gründe dafür maßgebend gewesen sind, und ob diese Verschiedenheit gleichmäßig in allen Urwahlbezirken dieser Wahlbezirke obgewaltet habe.

Berichterstatter Fischbeck (frs. Vp.) verzichtet auf das Wort.

Abg. Ströbel (Soz.):

Der Bericht enthält verschiedene Momente, die einer genauen Nachprüfung durch das Plenum bedürfen. Die Kommission empfiehlt die Beanstandung erstens, weil die Wahlkreiseinteilung angeblich keine ordnungsmäßige gewesen sei, und zweitens, weil die Sozialdemokratie durch Einschüchterung der Wähler Terror geübt und dadurch eine freie ordnungsmäßige Wahl unmöglich gemacht habe. Was den ersten Punkt anlangt, so heißt es auf Seite 2 des Berichts in bezug auf einen Protest der Herren Stadtverordneten Iden bezw. Fabrikant Guttfeld und Bickenbach, die auf den Terror hinweisen: „Daneben wird in den Protesten noch behauptet, „daß die Bildung der Abteilungen nicht überall ordnungsmäßig erfolgt sei“.“ Dieser nebenbei erfolgte Hinweis ist nicht näher substanziiert. Er bezieht sich offenbar nicht auf die Beschwerde in dem Bericht des Leutnants Pohl, wonach bei der Einteilung der Wählerklassen die Steuersätze verschiedener Jahre berücksichtigt wurden. Wenn die Herren Iden und so weiter diesen Punkt gemeint hätten, so hätten sie nicht schreiben können, daß die Bildung der Abteilungen „nicht überall“ ordnungsmäßig erfolgt sei, denn das von Leutnant Pohl erwähnte Verfahren ist überall in allen zwölf Berliner Wahlkreisen geübt worden. Es ist interessant, daß sich gleichwohl der Bericht der Kommission auf diesen nebenbei erhobenen Protest bezieht, um daraus zu begründen, weshalb eine Untersuchung angestellt werden müsse, ob in den vier zu beanstandenden Wahlkreisen die Wahl ordnungsgemäß erfolgt sei. Diese Suche der Kommission nach einem möglichst harmlos erscheinenden Anlaß zur Anfrage an den Magistrat ist um so auffallender, als sie gar nicht notwendig war. Es ist durchaus zulässig, daß die Kommission selbst neue Momente heranzieht. Es wäre also nur nötig gewesen, daß etwa Herr Fischbeck oder Herr Strosser erklärt hätten, der Protest gegen die Wahl im 5., 6., 7. und 12. Berliner Wahlkreise ist zwar nur wegen des sogenannten Terror erhoben worden, indessen sind uns neue Momente über eine angebliche Ungesetzlichkeit bei der Listenaufstellung bekannt geworden und deshalb verlangen wir die Heranziehung dieses neuen Moments. Das ist nicht geschehen. Aus dem in der Wahlprüfungskommission selbst gegebenen Bericht war gar nicht zu entnehmen, weshalb denn eigentlich die Beanstandung wegen der falschen Einteilung der Listen beschlossen wurde. Die Proteste wurden nicht verlesen, sondern nur ein

sehr summarischer Bericht

über ihren Inhalt gegeben, aus dem für den Zuhörer nicht zu entnehmen war, ob dieser Protest von konservativer oder liberaler Seite stammte. Auch die freisinnige Presse wußte das zum Teil nicht. Die „Voss. Ztg.“ erklärte, daß der Wahlprotest gegen die Listenaufstellung von konservativer Seite ausgehe, also offenbar von dem Protest des Leutnants Pohl, während die „Freisinnige Zeitung“ zu gleicher Zeit erklärte, daß gegen diese Wahl von freisinniger Seite Protest eingelegt worden sei wegen der Boykottierung von Geschäftsleuten sowie wegen der nicht rechtmäßigen Aufstellung der Abteilungslisten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man könnte annehmen, daß hier Fahrlässigkeit vorlag, aber es scheinen doch für diese Unklarheiten die allertrifftigsten Gründe vorgelegen zu haben. Denn wäre der Protest wegen der Listenaufstellung von freisinniger Seite ausgegangen, so wäre das ein Vorgang gewesen, der jeder politischen Moral und

jedem politischen Anstand Hohn gesprochen

hätte. Von freisinnigen Politikern, sogar freisinnigen Stadtverordneten, wäre dann die Ungültigkeit von vier sozialdemokratischen Wahlen verlangt worden, obwohl auch sechs freisinnige Wahlen in Berlin auf Grund derselben Listenaufstellung zustande gekommen waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein solches Vorgehen hätte wohl auch hier im Hause allgemeines Kopfschütteln wegen seiner Ungeheuerlichkeit erregt. Aber weiter: von diesem Protest, wenn er wirklich von freisinniger Seite ausgegangen war, drang nichts an die Oeffentlichkeit. Wenn man den Protest der Herren Iden usw. in dem Sinne ausnutzen wollte, wie es im Bericht der Wahlprüfungskommission geschieht, so ist offenbar dieser Protest so vorsichtig und künstlich ungeschickt formuliert worden, damit niemand die wahre Absicht des Protestes erkenne zum Zwecke der Ueberrumpelung der Sozialdemokratie. Gewisse Kriegslisten sind ja in der politischen Kriegführung gestattet. Aber dies wäre keine Kriegslist mehr, sondern

feige Ueberrumpelung durch politische Wegelagerer.

(Sehr wahr! bei den Soz., Unruhe rechts.) Wenn ich scharfe Ausdrücke gebrauche, so folge ich nur berühmten Mustern und erreiche noch lange nicht den Kammerherrnton des Herrn v. Pappenheim. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr Fischbeck hat nun entrüstet dagegen protestiert, daß der „Vorwärts“ zu Unrecht behauptet habe, er sei stellvertretender Dezernent für Wahlsachen beim Magistrat gewesen. Aber eine ganze Reihe anderer Behauptungen des „Vorwärts“ hat Herr Fischbeck nicht bestritten, und andere Herren auch nicht. So hat im „Vorwärts“ gestanden, daß ursprünglich die Freisinnigen die Absicht gehabt hätten, gegen alle 12 Berliner Wahlen Protest einzulegen, weil sie auf Grund angeblich ungesetzlicher Listenaufstellung erfolgt seien, dann hätte man sich die Sache überlegt, und die Herren Rosenow und Cassel hätten erklärt, wir wollen ruhig warten, bis die Karenzzeit verstrichen ist. (Widerspruch bei den Freisinnigen.) Ich kann nur wiederholen, was bisher unbestritten im Vorwärts gestanden hat. (Abg. Cassel: Ich kann unmöglich alles widerlegen, was im Vorwärts steht.) Es soll uns freuen, wenn die Herren nachher die Unrichtigkeit dieser Behauptung nachweisen können. Die arglistige Ueberrumpelung der Sozialdemokratie ist jedenfalls auch von bürgerlichen Blättern sehr unangenehm empfunden worden. Es war das „Berliner Tageblatt“. (Lebh. Aha! bei den Freisinnigen.) Ich weiß ja, daß die Herren Cassel und Dr. Schepp dies Blatt von ihren Rockschößen abgeschüttelt haben. Das war aber wirklich überflüssig nach der Abschüttelung, die diese Herren schon früher vom „Berliner Tageblatt“ erfahren hatten. Das „Berliner Tageblatt“ hat sich von der blockfreisinnigen Presse immerhin noch durch ein vernünftiges und anständiges Gebaren ausgezeichnet. (Gelächter rechts und bei den Freisinnigen.) Es ist interessant, daß die Herren von der Rechten bis zum äußersten Blockfreisinn so einer Meinung sind. Ich beneide die Freisinnigen nicht um diese Uebereinstimmung mit der äußersten Rechten. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb also: Wenn die Aufstellung der Wählerlisten in Berlin ungesetzlich war, . . . dann müßten nicht nur die Mandate der sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern ebenso die Mandate der sechs freisinnigen Abgeordneten für ungültig erklärt werden. Materiell wäre es das

höchste Unrecht,

wenn man vier Sündenböcke aus 12 Abgeordneten herausuchen würde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Daß der Bericht der Kommission summarisch und ungenügend war, geht auch daraus hervor, daß die Enthüllungen meines Kollegen Heimann, es liege ein frist- und formgerechter Protest gegen die Wahl von allen 12 Berliner Wahlkreisen vor, auf das Haus geradezu sensationell gewirkt hat. (Lachen rechts.)

Eine Anzahl von den Herren der Rechten mögen ja genau unterrichtet gewesen sein, wie es gemacht werden sollte, aber alle Herren doch nicht, und diese waren in der Tat verblüfft. Nach dieser Enthüllung war von dem Streit, ob es sich um einen freisinnigen oder konservativen Protest handele, keine Rede mehr, sondern nur noch davon, ob der Protest des Leutnants Pohl gegen alle 12 Berliner Wahlen eingelegt war. Die blockfreisinnige Presse und auch ein Teil der Konservativen bestritt das. Dann kam der **Widerruf des Leutnants Pohl.** Es fragt sich, ob eine solche nachträgliche Deklaration eines Protestes überhaupt zulässig ist. Das dürfte nicht der Fall sein, weil der Wortlaut des Protestes von Leutnant Pohl gar **keinerlei Deutung zuläßt.** Wenn das Haus trotz des klaren Wortlautes eines Protestes sich noch bei dem Verfasser über seinen Sinn Rat holen muß, so würde es sich dadurch ein

jämmerliches Armutszeugnis

ausstellen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Folge wäre, daß jederzeit ein Protesterheber von interessierten Kreisen bearbeitet werden könnte, damit er dem Protest eine Deutung gibt, die ursprünglich gar nicht von ihm beabsichtigt war. Leutnant Pohl soll erklärt haben, daß er aus „nationalen“ Gründen seinen Protest so eigenartig gedeutet habe. Diese nationalen Gründe sind jedenfalls **Rücksichten auf die freisinnig-konservative Blockpolitik.** Jedenfalls ist der Wortlaut seines Protestes völlig klar. Nachdem Leutnant Pohl die Unrichtigkeit der Listenaufstellung dargelegt hat, die zur Ungültigkeitserklärung der Wahl im 12. Berliner Kreise führen müßte, schreibt er: „Nach denselben Grundsätzen wäre in Berlin nicht nur die Wahl im 12. Landtagswahlkreise, sondern in **sämtlichen 12 Berliner Wahlkreisen für ungültig** zu erklären.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das nicht die **unzweideutige Forderung** ist, alle 12 Berliner Wahlen zu beanstanden, was sollte es dann sonst sein? Leutnant Pohl ist doch ein gebildeter Herr, dem Sie bei einem Pluralwahlrecht wahrscheinlich mehrere Stimmen geben würden. (Heiterkeit.) Und er schreibt doch nicht aus Allotria solche Sachen in einen Wahlprotest rein. Und wenn man trotz alledem noch die kuriose Auffassung hätte, daß dieser Protest lediglich einen Monolog des Leutnants Pohl enthielte, der für die Kommission nicht in Betracht kam, so ist doch der Schluß des Protestes ganz unzweideutig, welcher lautet: „Die Wahlprüfungskommission des königlich preußischen Abgeordnetenhauses bitte ich hierdurch, in eine Prüfung einzutreten, ob die Wahl im 12. Berliner Landtagswahlkreise, eventuell nach dem erst angegebenen Grunde auch in sämtlichen Berliner Wahlkreisen für ungültig zu erklären ist.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich appelliere an die gesunde Logik des Hauses, der Herr Dr. Hahn gestern ein so glänzendes Zeugnis ausstellte, wenn er es wohl auch nur auf die Seite des Hauses bezog, der er selbst angehört, daß diese Sätze nur bedeuten können: prüft meine Beschwerde, die sich zunächst nur auf den 12. Berliner Kreis bezieht, auf ihre Berechtigung, und müßt Ihr aus diesem Grunde diese Wahl beanstanden, dann müßt Ihr auch die Wahlen der übrigen Berliner Wahlkreise beanstanden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also das Wort eventuell bedeutet nur, daß es von der Beurteilung des von ihm gegebenen Beanstandungsgrundes abhängt, ob die Beanstandung auch auf die übrigen Wahlkreise auszudehnen ist! Daran ändert auch die famose nachträgliche Deklarierung des Leutnants Pohl nichts. Es wäre ja noch schöner, wenn es in dem Belieben eines jeden Protestlers stände, aus irgendwelchen nationalen oder sonstigen politischen Gründen einen ganz klaren Protest nachträglich abzuändern.

Mit ihren krampfhaften Bemühungen, darzutun, daß der Pohlsche Protest sich nicht auf alle 12 Berliner Wahlkreise bezöge, hatten die Blockfreisinnigen wenig Glück. Selbst Blätter wie die „Post“, die „Nationalzeitung“, auch die „Germania“ und die „Märkische Volkszeitung“ gaben zu, daß ein frist- und formgerechter Protest gegen alle 12 Berliner Wahlen vorliege. Erst nach diesem **Fiasko der künstlichen Ausdeutung** des Protestes kam der Kommentar des Leutnants Pohl zustande. Er stammt vom 23. Januar, d. h. drei Tage nach der Erklärung Heimanns, und bereits am 23. Januar früh konnten der „Vorwärts“ und auch ultramontane Blätter feststellen, daß ein solches Schreiben des Leutnants Pohl an die Kommission gerichtet werden solle. Es

wurde in diesen Blättern auch behauptet, daß zwischen den Konservativen und Freisinnigen

geheime Verhandlungen

stattgefunden hätten, als deren Ergebnis dieser Brief des Leutnants Pohl aufzufassen sei. Wenn das richtig wäre — die Herren werden ja nachher auf Ehre und Gewissen dazu eine Erklärung abgeben können —, wäre das die **Krönung dieser ganzen Komödie.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe das Zutrauen zu dem Hause, daß es angesichts all dieser Schiebungen und des klaren Wortlautes und unanfechtbaren Sinnes des Pohlschen Protestes den moralischen Mut besitzen wird, entweder keine, oder alle 12 Berliner Wahlen zu kassieren. Man hat die Schuld dafür, daß der Protest des Leutnants Pohl dem Hause vorenthalten wurde, auf das Bureau geschoben. Dies kann aber unmöglich dafür verantwortlich gemacht werden, denn ihm steht gar nicht die endgültige Entscheidung zu. Warum werden sonst die Proteste erst an die Abteilungen zur Prüfung gegeben? Es wäre die **Pflicht der Herren Aronsohn und Malkewitz** gewesen, die Kommission von dem wahren Inhalt des Pohlschen Protestes zu informieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hätten die Herren Malkewitz und Aronsohn die Tatsache, daß der Pohlsche Protest sich gegen alle 12 Wahlen richtete, nicht unbegreiflicherweise verschwiegen, so hätten sie der Kommission und dem Plenum diese

Verlegenheiten und Blamagen

erspart.

Was nun die angeblichen Unregelmäßigkeiten bei der Listenaufstellung anbelangt, so sagt der Bericht, die Kommission sei sich einig gewesen, daß das Verfahren, für die Einkommen über 3000 M. das Jahr 1907, und für die übrigen das Jahr 1908 zugrunde zu legen, dem Sinne des Gesetzes nicht entsprach. **Warum denn nicht?** Es heißt in dem Gesetz ausdrücklich, daß die Einteilung nach der Maßgabe der „zu entrichtenden Steuern" zu erfolgen habe. Der Magistrat hat also dem Wortlaut des Gesetzes peinlich Rechnung getragen. Die Kommission findet den Verstoß gegen das Gesetz nur darin, daß gewisse Schichten der Wähler dadurch bevorzugt bezw. benachteiligt worden seien, je nachdem sie zu einem höheren oder geringeren Steuersatz in dem einen oder anderen Jahre herangezogen wurden. Daß eine **Benachteiligung der Wähler vermieden** wird, ist gewiß in der Ordnung und das hat der Magistrat gerade beabsichtigt. Die Kommission scheint offenbar von der Sorge darüber geleitet zu sein, daß die Wähler mit Einkommen von mehr als 3000 M. benachteiligt werden können. Es existieren doch aber in Berlin auch **Wähler mit weniger als 3000 M. Einkommen, ja sie bilden bei weitem**

die Mehrheit.

Sollten denn etwa diese Wähler benachteiligt werden? Sie wären benachteiligt worden, wenn die Aufstellung der Listen anders erfolgt wäre. Für diese Wähler lag die Einschätzung bereits vor. Sie hatten um so mehr Interesse daran, nach der Einschätzung von 1908 eingetragen zu werden, als in diesem Jahre zum ersten Male die Bestimmung über die Deklarationspflicht der Arbeitgeber für die Einkommen ihrer Arbeiter getroffen war. Daher erklärte der Berliner Magistrat, als er von der Regierung darauf aufmerksam gemacht wurde, daß diese Listenaufstellung sich nicht decke mit dem bekannten Ministerialerlaß vom März v. J., er müsse, wenn die Listen anders aufgestellt würden, **mindestens 60 000—70 000 Einsprüche gegen die Listenaufstellung erwarten.** Also sowohl der Wortlaut wie der Sinn des Gesetzes gibt dem Berliner Magistrat recht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erwarte, daß das Haus ein größeres Verständnis für die Rechte der großen Masse der Wähler haben wird, als die Kommission. Der Regierungsvertreter in der Kommission hat ausdrücklich zugegeben, daß der Ministerialerlaß keine absolut zwingende Vorschrift sei. Wenn Nachteile für einen Teil der Wähler aus der Listenaufstellung eingetreten sind, so ist das eben nicht die Schuld des Magistrats, sondern die Schuld des famosen Wahlgesetzes, das sich hier wieder als das

elendeste aller Wahlgesetze

erwiesen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie aber doch Erhebungen über die Listenaufstellung vornehmen wollen, so sollten Sie zum mindesten auch dafür sorgen, daß der Umfang der Benachteiligung von Wählern über 3000 M. Einkommen durch genaue Erhebungen festgestellt wird. Erst dann kann festgestellt werden, ob tatsächlich das Ergebnis der Wahl bei anderer Listenaufstellung ein anderes gewesen wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso genaue Erhebungen werden sich auch als notwendig erweisen über den angeblichen Terror der Sozialdemokratie. Im Kommissionsbericht ist schon darauf hingewiesen, daß mein Parteigenosse Borgmann verlangt hat, den Protestlern aufzugeben, für den angeblichen Terror Tatsachen anzugeben, die unter Beweis gestellt werden könnten. Die Kommission hat einfach die zu ihrer Kenntnis gelangten Tatsachen als hinreichend substantiiert hingenommen. Es muß aber bewiesen werden, in welchen Spezialfällen Wähler durch diesen angeblichen sozialdemokratischen Terror beeinflußt worden sind. Es genügt nicht die Feststellung, daß hier und da aufgefordert worden ist, die Gewerbetreibenden zu beeinflussen. Wenn eine solche Aufforderung zur Kassierung ausreichen sollte, **dann müßten sämtliche 443 Wahlen für ungültig erklärt werden.** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Hat nicht Fürst Bülow selbst erklärt, daß kein Beamter einen Sozialdemokraten wählen dürfe? (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie die Richtigkeit dieses Terrorismus bestätigen, so können Sie doch nicht die Tatsache seines Bestehens leugnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie also objektiv, logisch und gerecht handeln wollen, so müssen Sie in jedem einzelnen Falle beweisen, wo die Sozialdemokratie Terror geübt hat. Im anderen Falle würden Sie ein

Attentat auf das Wahlrecht der breiten Massen

verüben. Wir stehen hier als die Vertreter der Sozialdemokratie, die bei weitem die größte Zahl aller Wählerstimmen aufgebracht hat. Wir sehen dem Ausgang der Affäre mit größter Kaltblütigkeit entgegen. (Zuruf rechts: Na! na! — Abg. Hoffmann: Sie kriegen draußen die Antwort!) Wenn wir hier Ihre ganzen Machenschaften aufdecken, so brauchen Sie daraus nicht den Schluß zu ziehen, daß uns die Sache unangenehm ist, im Gegenteil! Vor ein paar Tagen haben Sie das Bestehen einer Klassenjustiz geleugnet. In diesem Falle bildet das Parlament selbst einen Gerichtshof, und es hat ebenso objektiv Recht zu sprechen, wie die ordentlichen Gerichte, ohne Ansehen der politischen Zugehörigkeit. Handeln Sie nicht objektiv und logisch in diesem Falle, so wird draußen im Lande mit Recht behauptet werden können, daß dieselben, die hier das Bestehen der Klassenjustiz bestritten haben, **selbstbewußt einen niederträchtigen Akt der Klassenjustiz geübt haben.** (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.): Der Vorredner hat den Beschluß der Wahlprüfungskommission nicht verstanden, mit der Frage des Terrors hat sie sich nicht beschäftigt, sondern sie will die Wahlen nur wegen der Abteilungslisten beanstanden. Sie konnte sich nur mit den Wahlen beschäftigen, die ihr überwiesen waren. Herr Ströbel behauptet, wir hätten anfangs beabsichtigt, gegen sämtliche Berliner Wahlen Protest zu erheben. Mir ist nichts davon bekannt, daß wir gegen unsere eigenen Wahlen protestieren wollten. Auch haben wir dazu keine Veranlassung, weil hier bei anderer Aufstellung der Listen die bürgerliche Majorität noch größer gewesen wäre. Gegen die Wahl in Rixdorf erheben die Sozialdemokraten Protest, weil die Listen nicht so aufgestellt waren, wie in Berlin. Auf das „Berliner Tageblatt" würde Herr Ströbel sich nicht berufen, wenn es ihm nicht Waffen gegen die bürgerlichen Parteien lieferte. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Den Rat, gegenüber den Behauptungen des „Vorwärts" über mich zum Kadi zu laufen, befolge ich nicht. In den Kreisen, an deren Achtung mir gelegen ist, machen seine Anwürfe keinen Eindruck. (Lebhafter Beifall bei den Konservativen, Nationalliberalen und Liberalen.)

Abg. **Strosser** (k.): Die Abteilungen konnten gar nicht anders verfahren als geschehen, sie überwiesen die eingelaufenen Proteste der Wahlprüfungskommission und diese konnte sich mit anderen, also auch den übrigen Berliner Wahlen nicht beschäftigen. In der Kommission haben Herr Fischbeck und ich den Protest auch nicht, wie Herr Ströbel sagt, summarisch vorgetragen, sondern wir haben uns auf den Punkt der Aufstellung falscher Listen beschränkt, weil hiernach eventuell die ganze Wahl hinfällig wäre, und die Kommission wünscht, daß über diesen Punkt Beweis erhoben wird. Weiter hat Herr Ströbel sich über den Ton beschwert. (Heiterkeit.) Der Kammerherrenton des Herrn Ströbel ist ja auch im „Vorwärts" laut geworden. Er überschreibt den Artikel, welcher das Verfahren der Wahlprüfungskommission brandmarken soll: ein Schurkenstreich. (Abg. Ströbel (Soz.) Das Verfahren Fischbecks und der Freisinnigen.) Der Artikel konnte sich nur auf die ganze Wahlprüfungskommission beziehen; das Gegenteil wäre sozialdemokratische Logik, aber für solche Logik danke ich. (Abg. Hoffmann (Soz.): Sie haben die Macht, Sie brauchen keine Logik!). Wir haben von unseren Vätern und Urvätern nationalen Sinn ererbt, den wollen wir betätigen, und wir bedauern, daß Sie das nicht verstehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Ströbel sprach weiter vom Terror, weil der Reichskanzler gesagt hätte, ein Beamter dürfe nicht Sozialdemokrat sein. Diesen Grundsatz bekennen wir alle, denn die Sozialdemokratie will den Staat stürzen, und deshalb wäre es Vaterlandsverrat, wenn ein Beamter Sozialdemokrat wäre. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Präsident v. Kröcher: Ich hoffe, Herr Abgeordneter, Sie meinten nur die Sozialdemokraten außerhalb dieses Hauses. (Stürmische Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten, welche hier sind, haben in feierlicher Sitzung Se. Majestät Treue geschworen, diese wollen den Staat nicht umstürzen. (Anhaltende große Heiterkeit.)

Abg. **Strosser** (fortfahrend): Die Beamten sollen nationalen Sinn haben, das wünschen und hoffen wir. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Persönlich bemerkt Abg. Cassel (frs. Vp.): Die Behauptung des Herrn Ströbel, Rosenow und ich hätten davon gewußt, daß meine Parteigenossen beabsichtigten, gegen sämtliche Berliner Wahlen zu protestieren, und ich hätte ihnen davon abgeraten, ist nicht richtig.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der Wahlprüfungen, Justizetat.)

Schluß 4½ Uhr.

Theaterelend.

Ueber die Bewegung der Bühnenangehörigen gegen die Fesseln, welche ihnen durch die Direktionen auferlegt werden, haben wir wiederholt berichtet und dabei das tiefe soziale Elend, in dem die große Mehrzahl der Schauspieler sich befinden, gestreift. Wir erinnern an die Berichte über den Vertragskampf der Schauspieler. Diesen haben die Drangsalierten glücklich mit Zerreißung des von dem Direktorenverband gut geheißenen Sklavenvertrages zu Ende geführt. Darob große Mißstimmung bei den Direktoren. Sie erklärten am 30. Januar in ihrem Verein, daß sie mit der Bühnengenossenschaft nichts mehr zu tun haben wollen, da diese sich endlich auf ihre Pflicht besonnen hatte, für die Interessen der Schauspieler einzutreten.

Zur rechten Zeit erscheint jetzt eine kleine Broschüre: „Theater-Elend." Ein Weckruf von Dr. Maximilian Pfeiffer. Verlag Bamberg, „Bamberger Nachrichten". Der Verfasser schildert in sachkundiger Weise, unter teilweiser Benutzung des in der großen Versammlung in Berlin am 4. Dezember 1908 von Schauspielern vorgetragenen Materials, die schauderhafte Lage des übergroßen Teils der Schauspieler. Die Zahl der Theater im deutschen Sprachgebiet berechnet Verfasser auf 550, darunter 382 „bessere" Bühnen. In diesen Instituten sind (Musiker und technische Arbeiter nicht eingerechnet) rund 25 000 Personen tätig. Einige wenige Glückliche haben fürstliche Gehälter. Für die Mehrzahl ist aber das „Hungertuch die Talentwindel". Etwa die Hälfte aller Schauspieler haben Jahreseinkommen von weniger als 1000 M. Diesen 50 Proz. treten weitere 20 Proz. zur Seite mit 1000 bis 1500 M., weitere 20 Proz. zwischen 1500 und 3000 M. und nur 10 Proz. haben über 3000 Mark!

Bei 25 000 Bühnenangehörigen haben also über 12 000 weniger als 1000 M., 5000 bis zu 1500 M. und 2500 nur über 3000 M.

Bei diesem Jahreseinkommen ist jedoch zu beachten, daß die Gage in den Sommermonaten erfahrungsgemäß geringer ist. Das Winterengagement dauert in der Regel nur 6, höchstens 7 Monate, von Oktober bis März, eventuell April.

An mittleren Stadttheatern und kleineren Hoftheatern beträgt die Durchschnittsgage jährlich rund zwölfhundert Mark.

Außerordentlich interessant ist die spezifiziert wiedergegebene Aufstellung der Gagen, die eine Dame bezog, welche stets an guten, mittleren Stadttheatern, wie Aachen, Chemnitz, Düsseldorf, Hanau, Heidelberg, Straßburg i. E., Ulm, Zwickau u. a. als erstes Fachmitglied tätig war. Dieser Etat möge hier nebst den zutreffenden Anmerkungen des Verfassers folgen:

		Garderobe			Garderobe
1881—82	1450 M.	— 652 M.	1894—95	1940 M.	— 288 M.
1882—83	1627 „	— 590 „	1895—96	2113 „	— 388 „
1883—84	1650 „	— 637 „	1896—97	2212 „	— 476 „
1884—85	1937 „	— 791 „	1897—98	1715 „	— 254 „
1885—86	1586 „	— 856 „	1898—99	2085 „	— 391 „
1886—87	982 „	— 891 „	99—1900	1521 „	— 335 „
1887—88	1581 „	— 205 „	1900—01	1826 „	— 268 „
1888—89	1604 „	— 308 „	1901—02	1784 „	— 431 „
1889—90	1430 „	— 228 „	1902—03	2138 „	— 360 „
1890—91	1600 „	— 309 „	1903—04	1824 „	— 314 „
1891—92	1665 „	— 293 „	1904—05	1064 „	— 102 „
1892—93	1666 „	— 396 „	1905—06	1667 „	— 198 „
1893—94	2293 „	— 381 „	1906—07	1194 „	— 177 „

Summa in 26 Jahren 44140 Mark, für Garderobe 9580 Mark.

„Von diesen 44 140 M. gehen ab für Kostüme 9580 M., für den Agenten 5 Proz. = 2270 M., für Reisen 1300 M., für weitere Anschaffungen 1300 M., somit bleibt für 26 Jahre ein Reineinkommen von 29 690 M. Für das Jahr im Durchschnitt 1142 M., pro Monat 95 M.

Die Dame bemerkt hierzu: „Ich muß noch hinzufügen, daß ich von obigen Einnahmen das ganze Jahr leben muß, da ich keine Zuschüsse — keine Heimat hatte oder habe. Die Rubrik Garderobe bedeutet nur die für die Theatergarderobe nötigen Ausgaben." Die beredte Sprache dieser Zahlen braucht durch kein hinzugefügtes Wort klangkräftiger gemacht zu werden. Soviel verdient ein Straßenkehrer bei ortsüblichem Tagelohn auch. Der kann wenigstens durch seine Altersversicherung getröstet der Zukunft entgegensehen. Eine alte Schauspielerin aber — den Gedanken denke sich jeder selbst für sich aus."

Der Verfasser gelangt am Schluß seiner Schrift zu dem eindringlichen Rat, daß die Schauspieler gewerkschaftlich sich organisieren und zu der Forderung eines gesetzlichen Schutzes. Die „Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger" ist zur Wahrnehmung der Interessen der Schauspieler geeignet. Erfreulich, daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit, sich ihr anzuschließen, immer weiter dringt.

Gesetzlichen Schutz der Schauspieler gegen Verträge, die Sklavenketten für sie bilden, gegen das Unwesen der Theateragenturen, Vermittelungsprovisionen usw. haben im Reichstag zuerst die Sozialdemokraten verlangt. Wir erinnern an die Reden des Genossen Robert Schmidt vom 1. Februar 1895 und des Genossen Reißhaus vom 10. Februar und 6. März 1896. In der Gewerbeordnungsnovellenkommission verlangten die Sozialdemokraten, wie schon in ihren früheren Arbeiterschutzanträgen, Einbeziehung der Theaterverträge unter die Schutzvorschriften der Gewerbeordnung. Leider ging in der Kommission und im Plenum nur eine Resolution durch, die ein besonderes Reichstheatergesetz verlangte. Pfeiffer, der Vater dieser Resolution, verlangt in seinem mit Wärme geschriebenen Weckruf gleichfalls ein Reichstheatergesetz. Die wesentlichsten Forderungen eines solchen faßt er dahin zusammen:

Die Kündigungsfristen müssen für beide Teile gleich sein. (Handelsgesetzbuch § 67, Gewerbeordnung §§ 122 und 133), ebenso müssen bei wichtigen Gründen beide Teile sofort das Vertragsverhältnis lösen können. (Bürgerliches Gesetzbuch § 70, Handelsgesetzbuch § 70, Gewerbeordnung §§ 124a und 133b.) Bei Krankheitsfällen soll die Gage für sechs Wochen gezahlt werden, für weitere sechs Wochen die Hälfte. (Handelsgesetzbuch § 63, Gewerbeordnung 133c, Bürgerliches Gesetzbuch § 616.) Zur Erlangung eines Engagements ist angemessener Urlaub zu gewähren. (Bürgerliches Gesetzbuch § 629.) Leben und Gesundheit sind im Bühnenbetrieb zu schützen, Licht, Luft, Luftwechsel und Wärme entsprechend zu beschaffen, Vorkehrungen gegen maschinelle Gefahren zu treffen, Ankleide- und Waschräume den Forderungen der Hygiene und des Anstandes entsprechend herzustellen. Im Zuwiderhandlungsfalle sind die Bühnenangehörigen zu sofortiger Aufhebung des Vertrages berechtigt. (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 842—846, 618, Handelsgesetzbuch § 62, Gewerbeordnung § 120a ff.) Proben an Sonn- und Feiertagen sind unzulässig, Zeit zum Gottesdienst ist zu lassen, vor Vorstellungen ist eine Mindestruhezeit von 5 Stunden einzuhalten. Dauer, Beginn und Ende der Gesamtarbeitszeit sind im Verordnungsweg zu regeln. (Gewerbeordnung §§ 105, i, c, 120e.) Ordnungsstrafen sind nur bis zur Hälfte der Tagesgage zulässig, sie müssen zum Besten der Bühnenkünstler verwendet werden. (Gewerbeordnung § 134a ff., 139h ff.) Die Vermittelungsgebühr an den Agenten ist zur Hälfte vom Bühnenleiter und zur Hälfte vom Mitglied zu zahlen. (Bürgerliches Gesetzbuch § 152.) Zur Durchführung all dieser Maßnahmen ist das Institut der Bühneninspektoren zu schaffen, analog dem der Fabrik- und Gewerbeinspektoren.

Man ersieht aus dieser Zusammenfassung, daß, wenn der ordentliche Wille dazu da ist, das so notwendige Theatergesetz durch Zusätze zur Gewerbeordnung geschaffen werden könnte. Die bürgerlichen Parteien werden durch entsprechende Anträge auf die Probe gestellt werden, ob sie die Hand zur Milderung des sozialen Elends und der rechtlosen Knechtschaft der Schauspieler bieten wollen. Wenn von freisinniger Seite ein Gesetz verlangt wurde, das die Zensurfrage mit solchem Gesetz verquicken soll, und wenn die Konservativen gar erst Erhebungen anstellen wollten, so waren das Schritte, die lediglich geeignet sind, die Besserung zu verschleppen. Der Reichstag ist diesen Bestrebungen entgegengetreten und hat gestern seine im Dezember v. J. gefaßte Resolution auf Schaffung eines Reichstheatergesetzes wiederholt.

Dem Theaterelend entgegenzutreten, den Schauspielern zu helfen, tut dringend not. Die Bühnenverträge sprechen den elementarsten sozialpolitischen Forderungen Hohn und machen die Schauspieler vogelfrei. Ein einheitliches Arbeiterrecht, wie es die Beratungen der Gewerbeordnungsnovelle schaffen sollten, würde auch auf diesem Gebiete den wirtschaftlich Schwachen gegen die schrankenlose Ausbeutungsmöglichkeit schützen. Der Kampf der Theaterzugehörigen um bessere Lebensbedingungen ist ein Stück des allgemeinen Kampfes der wirtschaftlich Unterdrückten und politisch Rechtlosen.

Gerichts-Zeitung.

Der Hund als Jagdfrevler.

Eine beinahe tragikomische Jagdgeschichte beschäftigte am Montag das Reichsgericht. Von der Strafkammer in Celle ist am 8. Oktober v. J. der Vollhöfner Wilhelm Scheele wegen Wilderns zu fünf Monaten Gefängnis und wegen Uebertretung des Jagdscheingesetzes zu 1 M. Geldstrafe verurteilt worden. Außerdem ist auf Einziehung seines Jagdhundes erkannt worden. Die Nachbarn behaupteten, daß der Hund des Angeklagten einigemale Hasen oder Kaninchen mit nach Hause brachte. Scheele selbst sagte einmal einem Nachbar, er habe einen billigen Braten gekauft, der billiger als Schweinefleisch sei. Einem anderen hat er einen „Eisbpfünder" zum Kauf oder Tausch gegen Schnaps und Kautabak angeboten. Vermutet wird, daß er damit einen Hasen gemeint hat. Der Angeklagte stand wegen Verschwendung unter Vormundschaft. Es wird daher angenommen, daß er sich gar nicht einen Braten — Hasen oder Reh — habe kaufen können. Die Uebertretung ist darin erblickt worden, daß er ohne Jagdschein die Jagd ausgeübt hat. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Ob der Hund Hasen oder Kaninchen nach Hause gebracht habe, sei nicht festgestellt. In der hier fraglichen Gegend gehören aber die Kaninchen nicht zum jagdbaren Wild und es könnten unter Umständen lediglich die besonderen Vorschriften betreffs des Kaninchenfanges in Frage kommen. Wie soll nun aber der Angeklagte das Jagdscheingesetz übertreten haben, wenn er gar nicht sein Haus verlassen habe? Der Hund sei es doch allein gewesen, der die Jagd „ausgeübt" hat! Bisher habe die Rechtsprechung nur den Jäger für das Wildern seines Hundes verantwortlich gemacht, der, auf seinem Jagdgebiete befindlich, sich von seinem Hunde das Wild aus einem fremden Jagdgebiete zutreiben ließ. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Nun mag das Landgericht prüfen, ob der Hund zwischen Hasen und Kaninchen unterscheiden konnte und ob sein Eigentümer die Unkenntnis seines Hundes über Jagdverbote zu seinem Vorteile ausnutzen wollte.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag und eine Zahl als Pseudonym beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

E. F. 22. Wenden Sie sich mit Ihren Fragen an Hugo Hillig, Hamburg, Dehnhelde 129. — **B. d. St.** Gut gemeint, aber nicht verwendbar. — **E. M.** Der Ausfall der Klage ist von der Beweisaufnahme abhängig. Es erscheint dringend geboten, daß die Frau einen Anwalt mit der Wahrnehmung ihrer Rechte beauftragt. — **E. D. 94.** 1. So weit ersichtlich, leider nein. 2. Ohne Einsicht der Bestellung nicht zu beantworten. — **Spandau.** Die Firma ist uns nicht bekannt. Wie wieder vom Spielen abraten. — **J. R. 85.** Sie würden Kapital und Zinsen beim Gericht einklagen und eventuell Superfektion beantragen müssen. — **A. R. 105.** Wiederholen Sie die Anfrage unter näherer Angabe, ob Sie der Vater des Kindes sind, ob das Kind vor der Ehe geboren ist oder ob es in keinerlei Beziehungen zu Ihnen oder Ihrer Frau steht. — **St.**

115. 1. Auf den letzten Blättern des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers finden Sie den Wortlaut und Anleitung zu solchen Testamenten. Das Buch liegt in den öffentlichen Lesehallen aus. 2. Sie können sich bei der Oberpostdirektion Berlin beschweren. — **K. B. 50.** Sie könnten lediglich gegen den Eigentümer und seine Mutter klagen, mit Sicherheit ist aber nicht ein günstiger Erfolg vorauszusagen. — **J. 10.** Nein. — **F. K.** Fragen Sie beim Amtsgericht an, ob Ihre Forderung anerkannt ist. — **E. P. 12.** Klagen Sie beim Amtsgericht auf Zahlung des Lohnes gegen Rückgabe des Stoffes. — **F. J. 41.** Ihre Eltern würden eventuell allein zur Zahlung verpflichtet sein. Ratsam ist es, an den Magistrat ein Gesuch um Niederschlagung der Kosten zu richten. — **Otto G. Neunhagen.** Die Ansicht des Gemeindevorstehers ist zutreffend. — **H. A. 42.** Wenden Sie sich an die Offenbacher Kranken- und Begräbniskasse, Prinzenstr. 66 bei Hinz. — **Ella 10.** Sie würden mit Aussicht auf Erfolg eine Beleidigungsklage anstrengen können.

Schützt Euch vor Influenza!

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Blutkörperchen nicht stark genug sind, um siegreich den Kampf gegen die eindringenden Influenza-Bazillen aufzunehmen. Die Wallung des Blutes muss stärker sein, die Herztätigkeit erhöht werden; deshalb trinke man ½ Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je ¼ Glas

Santa Lucia Kraft-Rotwein.

Derselbe wirkt heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 11. Februar:
Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Sardanapal. (Anfang 8½ Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Mrs. Dot.
Deutsches. Revolution in Krähwinkel.
Kammerspiele. Elektra. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Hamlet.
Lessing. Der König.
Komische Oper. Pelleas und Melisande.
Berliner. Einer von unsere Leut.
Neues. Die fremde Frau.
Kleines. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Seine kleine Freundin.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein Volksfeind.
Schiller Charlottenburg. Das Erbe.
Friedrich-Wilhelmstädt. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Westen. Der tapfere Soldat.
Thalia. Geschlossen.
Luisen. Die Räuber.
Trianon. Der Satyr.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8½ Uhr.)
Bernhard Rose. Einjährig-Unfreiwillig.
Gastspiel-Theater. Ein toller Einfall. (Anf. 8½ Uhr.)
Bürgerl. Schauspielhaus. Deborah. (Anf. 8¼ Uhr.)
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands.
Apollo. Onkel Kasimir. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Servus Pischefina. Lustige Ehemann. (Anf. 8¼ Uhr.)
Kasino. Rußland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Tobias Brautfahrt. Spezialitäten. Anfang 8¼ Uhr.
Parodie. Der geschundene Raubritter. Anfang 8½ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu. Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Calcium. Glasfabrikation.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.
Donnerstag 8 Uhr: Der König.
Freitag 7½ Uhr: Rosmersholm.
Sonnabend 8 Uhr: Der König.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsere Leut'.
Morgen: Einer von unsere Leut'.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die fremde Frau.
(La femme X . . .)
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.

Theater des Westens.
Alabendlich 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 11. Februar, Anf. 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Freitag zum erstenmal: Lumpacivagabundus.
Sonnabend: Husarenfieber.

Hebbel-Theater
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Seine kleine Freundin.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie."
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. folgende Tage: Kümmere Dich um Amelie.
Sonntag, 14. Februar, nachm. 3 Uhr: Ferrsol. Schauspiel in 4 Akten von Sardou.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. Rathgen: Calcium. Glasfabrikation.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Freitag: Das Mädchen a. Irrwegen.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Rotkäppchen. Abends: Die Ehre.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die Kinder des Kapitän Grant. Abends: Das Mädchen auf Irrwegen.
Montag: Hypochonder.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Einjährig-Unfreiwillig.
Schwank in 3 Akt. v. Viktor Lauerenz.
Wochentagspreise.
Freitag: Das Warenhausfräulein.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 14. Februar 1909: Gastspiel des Berliner Operetten-Ens. unter Leitung von Curt Grubin.
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß.
Anfang 7½ Uhr.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Massary — Perry
Holden — Bender
Giampietro — Kettner
Pfann — Thielscher.

Apollo Theater
Alabendlich 10 Uhr:
Hedi Herdina
in ihrer Glanznummer
Hoch der Kaviar!!
Dazu das
glänzende Februar-Programm.
Abends 8½ Uhr:
Einz. König Eduards v. England
Abends 8¼ Uhr:
Onkel Casimir

Wintergarten
Saharet
Gertrude Barrison
Simon u. Gardner
in ihrer amerikanisch. Burleske:
Der neue Kutscher
und das drollige
Faschings-Programm!

Passage-Theater.
Heute Premiere!
Mdme.
Hanako
Japans größte Schauspielerin, mit ihrem Ensemble in
Otaka
Dramolet in 1 Akt
und das großartige
Februarprogramm.
Keine erhöhten Preise!
Vorverk. bei Wertheim u. a. d. Theaterkasse Unter d. Linden 22.

Walhalla Varieté-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr. Die neuen Februar-Spezialitäten.
Im Tunnel: Bockbierfest. Regimentskap. Theaterbes. freien Eintr.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Volksfeind.
Schauspiel in 5 Aufz. von H. Ibsen. Deutsch von W. Lange.
Freitag, abends 8 Uhr:
Komtesse Guckerl.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Felix Philippi.
Freitag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Die Jungfrau v. Orleans.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Volksfeind.

Brauerei Friedrichshain.

Heute sowie täglich (außer Sonnabends):
Gr. Münchener Bock-Feste
Berühmtester Festwirt
Schorsch Ehrengruber aus München
mit seiner Truppe (60 Personen).
Schönste Alpen-Dekoration. — **Tiroler Natur-Sänger.** — 30 bayerische Mad'ln in Kostüm.
Morgen Freitag:
Gratisverlosung von 400 Gegenständen.
Jedes vierte Los gewinnt.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Zirkus Schumann
Heute Donnerstag, 11. Februar, abends 7½ Uhr:
Zur Anwesenheit des englischen Königspaares in Berlin
Gala-Fest-Vorstellung.
Fräl. **Dora Schumann** mit ihren Schul- und Springpferden.
Paet, der Wunderschimpanse.
Tiberio
modern. Herkules, Münzenbrecher, Stierkämpfer.
Das einzig existierende **boxende Känguruh.**
Die 4 Waffenschmiede
Zahnkrafttäte.
Um 9½ Uhr:
Golo, der Seeräuber.
Pracht-Ausstattungs-Pantomime mit gr. Licht- und Wassereffekten.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 68. 8½ Uhr:
Ein toller Einfall.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Heute Donnerstag, 11. Febr., zum 124. Mal:
Die beiden Bindelbands
dazu neuer Varietéteil
5 Grebnieffs — Lyrico-Quartett — Diedrich Ulpts — Georg Schindler Les Astrées.

W. Noacks Theater
Direktion Rob. Gill. Brunnenstr. 16.
Auf allgemeinen Wunsch:
Klaue, die zweite Frau.
Schausp. n. d. bekannt. Marlitt-Roman
Anfang 8½ Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend Extravorst.: Premiere: Ministerkrisen.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Donnerstag, den 11. Februar 1909:
Mozart.
Drama in 4 Akten von Wohlgemut.
Anf. d. Vorst. 8, Kassenöffnung 7 Uhr.
Konzert 7½ Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Sonntag, 14. Februar: **Mozart.**
Montag, 15. Februar: Soiree der Lustigen Sänger.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Der Kompagnieball.
Militärische Humoreske von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonnt. 7 U.

Zirkus Busch.
XIV. Saison!
Heute Donnerstag, ab. 7½ Uhr:
Große Gala-Vorstellung
Um ca. 9 Uhr:
Auftreten des weltberühmten
Konsul Peter!
Die Vievilles!
Olympia Dervall!
Ferner: Herr Burkhardt-Footitt, Schulreiter. Herr C. Schumanns Meisterdress. Foureaux u. Manetti, Reitkünstler. Um ca. 9½ Uhr:
Auswanderer!
sowie das große Programm!

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7—9.
Neu einstudiert:
Deborah.
Schausp. in 4 Akten v. S. Rosenthal.
Anfang 8¼ Uhr.
Freitag zum erstenmal:
Narzis.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Singhalesen-Gaukler-Truppe
in ihr. wilden Heimatstreiben
Salome,
das blaue Weib.
D. Opfer unharmherz. Tätowation.
Alles ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

Palast-Theater
Burgstraße 28, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.
Das gänzlich neue
Februar-Programm.
12 Debüts 12
Neu! Neu!
Der arme Kasimir.
Schwank in 1 Akt v. Schmidt-Hawkins.
Familienkarten, auf allen Plätzen halbe Preise, nur an Wochentagen gültig, überall gratis zu haben.

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 97. Anf. ½9 Uhr.
Täglich:
Der geschundene Raubritter.

Sanssouci,
Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Donnerstag: Neues Programm.
Elite-Soiree Tanzkränzchen von Hoffmanns Nordd. Sängern

Auf allgem. Wunsche:
Am Brunnen v. d. Tore.
Stürmischer Beifall!
Großer Erfolg v.: Erinnerung an Theodor Körner (Günther). Verloren. Glück (Engelmann). Dienstbotenkantate (Schmidt).
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Jeden Dienstag: Theaterabend.

Folies Caprice.
Zum 63. Male:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8¼ Uhr.

Freie Volksbühne
31. Vortragsabend.
Montag, den 22. Februar 1909, in den Sophiensälen, Berlin C., Sophienstr. 17/18, abends 8½ Uhr:
Marcell Salzer
Moderne Satiren und Dichtungen.
Einlaßkarten à 40 Pfennig in allen Zahlstellen.
Nächste Aufführungen:
im
Neuen Schauspielhaus:
Maxim Gorki: **Nachtasyl**
Szenen aus der Tiefe.
Rabagas. Kleist: **Der zerbrochene Krug.**
Die Sünde. Hebbel: **Der Diamant.**
Im Thalia-Theater:
Ludwig Anzengruber: **Der Fleck auf der Ehr.**
Nächste Serie im Herrnfeld-Theater:

	Nr. der Mitgliedskarte
Sonntag, den 14. Februar	2401—3200
Sonntag, den 21. Februar	4001—4800
Sonntag, den 28. Februar	1601—2400

Der Probekandidat.
Drama in 4 Aufzügen von Max Dreyer.
Einige Mitglieder zu den Abendabteilungen können sich noch in den Zahlstellen melden.
Der Vorstand.
210/7 In Vertr.: G. Winkler.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Sensationell!
Rußland.
Aktuell!
Rußland.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Grödert.

Theater Variété Brillant
(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erstklassigen Spezialitäten bei gänzlich freiem Entree, auch Sonntags. Sonnabend und Sonntag nach der Vorst.: Gr. Freiluftkinematograph.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Konzert und **Kunstlaufen.**

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten erstklassiger Kräfte.
Frann Sobanski
Chiapi Cigetty. — Joe de Diaz. Lola Estrella. — Film und Jam.
Riesen-Erfolg!
Liebfrauenmilch.
Operette in 1 Akt.
Anf. d. Vorst. 8, Sonntags 6½ Uhr.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.

Das vorzügliche Februar-Programm.
Schlager auf Schlager.
U. a.: Neu!
Tobias Brautfahrt.
Komische Operette
und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8¼ Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Neue Welt
Hasenheide 108—114.
Original
bayer. Bock-Bier-Fest
Original-Alpendekoration.
Sensationelle
Original-Prämiierungen.
Orig.-Bauernkapelle
Baron Ruckl.
Orig.-Meistersänger
Max vom Heede.
Original bayerische Madl.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnt. 3 Uhr. Sonnt. 50 Pf.

Bei **Husten, Heiserkeit** wirken **Reichels Hustentropfen** überraschend schnell und sicher. Nur echt mit Marke „Redico" Fl. 50 Pf. u. 1 M.
Vor Nachahmungen jeder Art sei jedoch dringend gewarnt.
In den meisten Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Möbelfabrik Berolina
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Donnerstag, 25. Februar cr., abends 7 Uhr, im Geschäftslokale:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht des gerichtlichen Revisors. 2. Bilanz. 3. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 4. Statutenänderung. 5. Geschäftliches. — Die Bilanz liegt zur Einsicht in unserem Geschäftsraum aus.
Der Vorstand. H. Krebs. K. Müller.

Möbel Schulz.
Reichenberger Str. 5.
Gediegene Arbeit.
Äußerst billige Preise.
Auch **Ratenzahlung.**

Berliner Volk-Trio.
Felix Sobeuer Brahmsstr. 1.

17L*

Nur einmal jährlich!

Inventur-Extrapreise!

Eine Partie **große**

Diwandecken

auf beiden Seiten benutzbar

Mk. 4,35 (Wert 6,75)

Buntpersische doppelseit.

Diwandecken

Mk. 7,50—8,75 (Wert 12—15 M.)

Bunte Mocquett-**Plüsch-Diwandecken**

Größe 150/300 cm 23,50 (Wert 33 M.)

Eine Partie **Diwanrückwände**

reichgestickt **3,85 M.** (Wert 8,50 M.)

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882

nur **Oranienstr. 158.**

Habe nirgends Filialen.

Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur - Extraliste

billiger Sonderangebote

gratis u. franko.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog

Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.

H. Unger, Gummiwarenfabrik

Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.

Donnerstag, den 11. Februar 1909, abends 8 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Klempner Berlins u. Umg.

in Freyer's Festsälen, Koppenstraße 29 (früher Keller).

Tages-Ordnung: 111/10*

1. **Die Tarifvorlage der Arbeitgeber und unsere Stellung dazu.** 2. Diskussion.

N.B. Kollegen! Da in der Vorlage der Arbeitgeber sehr bedeutende Aenderungen des Tarifs und unterbreitet sind, welche eine Verschlechterung bedeuten, ist es notwendig, daß jeder einzelne Kollege für das Erscheinen aller Sorge trägt.

Die Ortsverwaltung.

Nachruf!

Am 7. Februar starb plötzlich und unerwartet unser Mitglied, der Sangesbruder und Lotteriebruder

Otto Linde.

Wir werden ihm in unseren Kreisen ein bleibendes Andenken bewahren!

Gesangverein „Lyra 1881" Charlottenburg. 1152
Lotterie-Verein „Gagovgia".

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Bezirk 82.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag früh nach schwerem Leiden unser Parteigenosse

Heinrich Tolle

Zimmerstr. 11

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

210/7 Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Montag, den 15. Februar, abends 8½ Uhr, in den Musikersälen, Kaiser Wilhelmstraße 18m:

Vortrag des Genossen **Emanuel Wurm**

über:

Naturerkenntnis und Darwinismus.

Darwin an seinem hundertsten Geburtstage zum Gedächtnis.

Eintritt 20 Pf. [6/7*] Eintritt 20 Pf.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Essen Sie Seefische!

Vier Pfund Fleisch für 1 Mark!

Donnerstag, Freitag u. Sonnabend, früh von 8 Uhr ab, verkaufen wir, infolge großer Fänge unserer Dampferflotte

prachtvollen fetten Kabeljau u. Seelachs

diese beliebten, fast grätenlosen Fische . **per Pfd. mit 25 Pf.**

Bratschellfische 3 Pfd. 65 Pf., Bratflundern p. Pfd. 35 Pf.

außerdem alle anderen Seefische zu billigstem Tagespreise.

Täglich: Eingang frischer Räucherwaren!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft **„Nordsee"**

Größte Hochseefischerei Deutschlands.

Hauptgeschäft: BERLIN C., Bahnhof Börse.

Verkaufsstellen:

Prinzenstraße 94. Schles. Bahnhof, Bog. 8/9. Invalidenstraße 131. Große Frankfurter Str. 85.

Potsdamer Str. 112a. Wilsnacker Str. 57. Spandau, Breitestr. 54.

Eigene Eisenbahn-Kühlwagen.

Typographia

Am Sonntag, 7. Februar, fand unser dem Verein seit 9 Jahren angehörender Sangesbruder

Paul Zenker

im 28. Lebensjahre seinen jähen Tod durch Ertrinken im Tegeler See. Er hatte sich am 6. Februar von einem längeren Augenleiden gesund gemeldet, um die Arbeit wieder aufzunehmen.

Ehre seinem Andenken!

Recht zahlreiche Beteiligung der Sänger bei der **heute Donnerstag, 11. Februar, nachmittags 4½ Uhr,** stattfindenden Beerdigung auf dem Elisabeth-Kirchhofe in der Prinzen-Allee erwartet

60/4 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 11. Februar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 9:

Versammlung der Hutformentischler.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.

78/20 Die Ortsverwaltung.

1908er Legehühner

anerkannte fleißigste Eierleger der Welt, ital. Rasse, belieb. Farben, garantiert lebende Ankunft, franko überall p. Nachnahme: 12 St. m. Hahn 22,50 M., 6 St. mit Hahn 13,50 M. **Kuhmilch-Naturbutter** per 10 Pfd.-Kiste franko 7,75 M. **B. Kaphan, Buczacz 6, via Myslowitz (Schlesien).** (253/5

Masken-Garderobe

Carl Ernst

(Inhaber **Willi Ernst**)

Köpenicker Str. 126, 1 Tr. Amt IV, 5062.

Gr. Auswahl! Bill. Preise!

Vorzeiger dieser Annonce erhält 10 % Preisermäßigung.

Herren-Stoff-Reste

zu Herrenanzügen spottbillig, feinste Fabrikate, Kammgarne, Cheviots, neueste Muster von 5 M. an per Meter, reine Wolle. 39/18

Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Alexanderplatz.)

Wer — Stoff — hat

fertige Herrenanzug, 20 M. 2 Anpr., feinste Zut. Für gut. Sitz bekam **ohne Konkurrenz gold. Medaille.**

Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Alexanderpl.) Gegr. 1892

Spezialität: **„Napoleon"** Gehrock-Anzug M. 48,— nach Maß, Tuchkammgarn, feidene Klappen, unerreicht.

Ein Versuch führt zur dauernden Kundschaft!

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und überaus großen Kranzspenden bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes und Vaters, des Monteurs

Reinhold Hilgert

sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Rauchklub „Weichselblatt", dem sozialdemokratischen Wahlverein Rummelsburg, den Beleuchtern und Ladewärtern der Berliner Theater unsern tiefgefühltesten Dank. 1162

Witwe **Ernestine Hilgert** und Sohn **Erich.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schöne Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden, wie auch Bekannten und den Mitgliedern der Deutschen Wagenbauerkasse unseren innigsten Dank.

Wwe. Luise Märtens geb. Arendt nebst Sohn. 9365

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Kleidungsstücke, Uhren, Schmucksachen spottbillig. Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7. 1577R*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Mit 109 Textabbildungen. Preis 2,50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Büsten 1,20, Arbeitsplatten, Rollständer. Weinbergsweg 7. 844b*

Hermannplatz 6. Großberlins Einkaufsvorteil! Staunendbilligst! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Sommerpaletots! Winterpaletots! Herrenhosen! Burschensachen! Brautgeschenke! Ringeauswahl! Uhrenauswahl! Kettenauswahl! Wanduhren! Extrabilliger Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Teppichauswahl! Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. †101*

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 1613R*

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern 6 Prozent Extrarabatt. 1611R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgesetzte, aus feinsten Maßstoffen 18 bis 38,00 täglich. Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Treppe. 1375R

Seifert-Kanarienvögel verkauft Prinzessinnenstraße 12, III links.

H. W., Hochstätterstraße. Die Verkaufsstelle der Firma Hermann Schlesinger, Herren- und Knaben-Konfektion, für den Weddingstadtteil befindet sich Reinickendorferstraße 48. Beste Waren. Feste Preise. 1556R*

Inventur-Räumungspreise nur kurze Zeit. Extraliste gratis und franko. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1671R*

Kartoffeln, Zentner 2,50. Schulstraße 29. 939b

Inventur-Ausverkauf. Gardinen, Stores, Restbestände. Fenster 1.45, 1.85, 2.85, 3.85, 4.65, 6.50 mit 10 Prozent Extrarabatt. 1647R*

Erbstüllstores, entzückend ausgeführt: 3.45, 4.45, 5.25 usw. 1648R*

Tüllbettdecken 1.85, 2.25, 2.75, 3.85, 4.50 usw. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Teppiche, Fabrikmuster, mit kleinen Farbfehlern, mit 10 Prozent Rabatt. 1650R*

Totalausverkauf einzelner Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Divandecken, Möbelstoff, Linoleum, Läuferreste. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1651R*

Klassiker-Ausgaben, Goethe, Heine, Reuter, Schiller, Shakespeare, je vier Bände 6,— Mark. Eichendorff, Hauff, je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger, Kleist, Lenau, Uhland, Wieland und andere, je ein Band 1,75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

5.00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, nur Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 1712R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00, Damaskbezüge. 1713R*

Bauernbettbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeiger vergütet Fahrgeld. 1714R*

Geschäftsverkäufe.

Schankgeschäft, Südosten, große Tischlereien, Billard, Pianino neu, vergrößerungswegen 1800,—. „Existenzsicher" Postamt 102. 285/2

Restaurant wegen Uebernahme eines Fuhrgeschäfts sofort oder zum 1. April zu verkaufen. Monatlich 19 Tonnen hell, 16 Halbe Weißbier. Offerten unter „E. 100" Postamt 20.

Zigarrengeschäft, altes, für Parteigenossen, wegen Partei-Anstellung sofort, jeden Preis. „O. W." Postamt 27. 993b

Papiergeschäft sofort verkäuflich (Familienverhältnisse). Krafft, Schöneberg, Beckerstraße 3. 941b

Restauration, 92,— Miete, große Räume, mit Wohnung verzugshalber. Offerten „Maze" Postamt 96. †62

Restauration, Dresdenerstraße gelegen, reichen Umsatz, für Genossen, 3—4000 Mark Jahresüberschuß, Preis 3000 Mark, die Hälfte gibt Brauerei. Zu erfragen durch Vertreter Knospe, Stalitzerstraße 2, Hof I. †11

Gornikiewicz Co., Oranienstraße 149, Telephon: 4, 11611, verkaufen Geschäfte aller Branchen schnell, diskret, Besuch kostenlos. 1578R*

Eckrestaurant, neben der Markthalle, wegen Todesfalls zu verkaufen Muskauerstraße 12. †114

Möbel.

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung Stube, Küche, auch verliehen gewesene, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark. „Berolina", Kastanienallee 49. 1659R*

Von den ganzen Möbelgeschäften und Speichereien verkauft wohl keiner annähernd so billig und gut, wie Hasemanns Gelegenheitskäufe, Lothringerstraße 26. Schönhauser Tor. Trotz der Billigkeit gebe reellen Leuten auch Zahlungserleichterung! Komplette Wohnungseinrichtung mit moderner Küche 250 Mark! Größere 325, 430, 500 bis 1500. Komplettes eichenes Speisezimmer mit sechs Lederstühlen 520, größere 650, 775 bis 1500. Billige moderne Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, farbige Küchen, Ledersofas, Klubsessel, Umbaue, Büfetts, Schreibtische, Säulentrumeaus, Ankleideschränke, Plüschsofas, Ausziehtische, Garnituren, Chaiselongues, Lederstühle, Teppiche, Steppdecken, Bettstellen! Besichtigung in sechs Etagen, überall Musterzimmer! Transport und Aufbewahrung frei! Lothringerstraße 26. Schönhauser Tor. 35/17*

Möbeltischlerei liefert reelle Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Küchen. Ratenzahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntags. Harnack, Tischlermeister, Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Großes Hutbodenspind, Muschelbetten, Englische bunte Küche 57, Plüschsofa, Küchenbüfett 32, Trumeau, Kleiderspind 25, Garderobenspind, Herrenschreibtisch. Frankfurter Allee 129, Lazarus. 1696R*

Kleiderspind 10,00, Bettstelle, Matratze 10,00, Kommode 6,00, Küchenspind 4,00. Palisadenstraße 23, Tapezierer. 39/17

Zwei fast neue Muschelbetten Plüschsofa verkauft billig Prinzenstraße 88, Gärtner. †113

Ausverkauf! Wegen Räumung verkaufe neue, gebrauchte Möbel billig. Sofa 20,00, Marmorwaschtisch 22,00, Matratzenbetten 18,00 Ausziehtische 8,00, Küchenspind 10,00, Kleiderspinde, Vertiko, komplette Küchen 40,00. Admiralstraße 25.

Vaneliosa, Kleiderspind, Ausziehtisch, Säulentrumeau, Küchenspind, Küchentisch, Bilder, Regulator billig. Grünthalerstraße 6 vorn III. †92,

Möbel! alt, neu, einfachste, eleganteste, verkauft spottbillig Möbelspeicher Neue Königstraße 5, Fabrikgebäude; auch Sonntag geöffnet. Teilzahlung gestattet. 268/14*

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen in größter Auswahl, Muschelschränke, Vertikos 26,—, Taschensofas 35,—, Herrenschreibtische 33,—, Muschelbetten mit Federmatratzen 28,—, Büfette, Garnituren 65,—, Ausziehtische 10,—, Küchenschränke 12,—, Bücherschränke, Sofas 20,—, Teppiche, Bilder, Kronen, hundert komplette Wirtschaften, neue und gebrauchte, garantiert bedeutend billiger wie überall, bunte Küchen 55,—. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Größtes Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe. 1675R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b 1683R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b.*

Achtung! Fahrräder, verfallene, nur Neue Schönhauserstraße 11. Bekanntlich billigste Lieferungsquelle für jedermann. Aeltestes Leihhaus. Achtung auf Hausnummer, Neue Schönhauserstraße 11. 268/13*

Musik.

Pianino, erste Hoflieferantenfirma, weit unter Wert, sofort verkäuflich Französischestraße 15, I rechts. 39/6

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion à 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Verschiedenes.

Techniker- und Werkmeister-Abendkurse, Maschinenbau, Elektrotechnik. Prospekte frei. Technische Akademie, Berlin 45, Markgrafenstraße 100. 1616R*

Patentanwalt Weisel. Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Humorist, Rezitator, Lamberti., Hohenstaufenstraße 65, noch einige Tage frei. 918b*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1008R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kotosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Die gegen Herrn Jankowski geäußerte Verleumdung, daß er mich außer Arbeit gebracht hatte, nehme ich hiermit zurück. F. Bartz, Beusselstraße 29. †146

Aktenmappe, braunlederne, mit 2 Aktenstücken, in Autodroschke vorgestern Nacht vergessen. Gegen Belohnung abzugeben Friedenau, Villa Niedstraße 13. 934b

Wäsche wird sauber gewaschen, großer Bezug 15, Laken 10. Abholung Sonnabends. Frau Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40.

Vermietungen.

Wohnungen.

Brautleute zweizimmerige Prachtwohnungen billigst Soldinerstr. 32/34.

Guincastraße 6 schöne Wohnungen, Stube und Küche, mit allen Bequemlichkeiten von 18 Mark an zu vermieten. †83*

Zimmer.

Freundliches, möbliertes Balkonzimmer, freie Aussicht, direkt Ringbahnhof Rixdorf, vermietet Saalestraße 16, II. geradezu. †104

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Abholung, Zurücksendung. Gläser, Mulackstraße 27. †126

Stellenangebote.

Marmorschleifer, tüchtigen, auf Möbelplatten, verlangt Sasse, Liesenstraße 12. 940b

Mehrere Maurer, Zimmerer, Bautischler, Bauarbeiter für Bauten in Teltow gesucht. Wohnen daselbst erwünscht. Näheres Teltow, Landstraße 5. 1710R

Schnurdreher für Konfektion verlangt Wietz, Sebastianstraße 72 [39/11

Koffermacher, tüchtige, auf große Fibre oder Rohrplattenkoffer, selbständig, sucht bei gutbezahlter Akkordarbeit Emil Stetter, Stuttgart. [253/6

Verkäuferinnen, tüchtige, für Blumen, Federn, Glas, Porzellan, Korsetts zum sofortigen Antritt gesucht. Meldungen 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf & Co., Belle-Alliancestraße 1/2. [1711R

Näherin, Damenhemden, Achselschluß, Vorlage, in außerm Hause verlangt Ritter, Britz, Bürgerstr. 42.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Mehrere tüchtige

Farbigmacher,

aber nur solche, werden gesucht.

Verheirateten werden nach achtwöchentlicher Tätigkeit Reise- und Umzugskosten ganz oder zum Teil vergütet. 1088R*

Offerten unter O. 2 an den „Vorwärts" erbeten.

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:

für **Korbmacher:**

Bergmann, Andreasstr. 53,
Bruder, Gossener Str. 4,
Grieschow, Fürstenstr. 22,
Grunow, Rodenberger Str. 22,
Grunow, Danckelstr. 16,
Kießner, Marianenstr. 21,
Huwe, Friedrich-Karlstr. 2,
Jäckel, Palisadenstraße,
Beckert, Gr. Frankfurter Str. 107,
Lange, Köpenicker Str. 141.

Deutscher Holzarbeiterverband Ortsverwaltung Berlin.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Arbeitslosenzählung in Gross-Berlin

wird am Sonnabend, den 13. Februar vorgenommen. Alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter müssen sich zur Hilfeleistung zur Verfügung stellen.

Partei-Angelegenheiten.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Sonnabend, den 13. Februar, findet im Lokale von Kollmann, Wilhelmsruh, Kronprinzenstraße 2, ein Lichtbildervortrag: „Die Freiheitskämpfe in Rußland“ statt. Der Vortrag beginnt Punkt 9 Uhr. Eintrittskarten a 30 Pf. sind bei sämtlichen Bezirksleitern zu haben. Arbeitslose Parteigenossen haben freien Zutritt.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Senzig und Umgegend hält am Sonntag, den 14. d. M., nachmittags 3 Uhr, seine Mitgliederversammlung im Lokale Hugo Kruschwitz ab. Sämtliche Mitglieder sowie auch Frauen sind eingeladen.

Bernau. Heute abend Zahlabend in den bekannten Lokalen.

Berliner Nachrichten.

Die Neueinteilung der Stadtverordnetenwahlbezirke.

Im Oktober 1905 wurde seitens der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung der Antrag gestellt, eine Neueinteilung der Stadtverordneten-Wahlbezirke für die III. Abteilung dergestalt vorzunehmen, daß so, wie für die I. und II. Abteilung, auch für die III. Abteilung 16 Wahlbezirke gebildet werden. Die Antragsteller gingen von dem Standpunkt aus, daß es dadurch möglich würde, einmal die Wähler alle zwei Jahre an die Wahlurne zu bringen und damit eine größere Anteilnahme der Wähler an dem Leben der Stadtgemeinde herbeizuführen und andererseits eine größere Stabilität bezüglich der Wählerzahl der Wahlbezirke zu ermöglichen. Der Antrag wurde von der freisinnigen Majorität auf Grund eines zum Zwecke der Vorberatung eingesetzten Ausschusses gestellten Antrages abgelehnt. Das gleiche Schicksal erlitt ein Antrag der „Gruppe Preuß“, der die Auflösung der für die I. und II. Abteilung bestehenden 16 Wahlbezirke forderte und auch hier die Bildung von je 48 Wahlbezirken zum Ziel hatte. Da aber der Ausschuß anerkennen mußte, daß durch die Entvölkerung der inneren Stadt und durch Entstehung großer neuer Stadtteile in den Außenbezirken eine wesentliche Verschiebung der Wählerzahl in den einzelnen Wahlbezirken der III. Abteilung stattgefunden habe, so wurde beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, eine Neueinteilung der Wahlbezirke der III. Abteilung spätestens bis zum Jahre 1909 durchzuführen. Diesem Antrage trat die Versammlung am 31. Mai 1906 bei. Da bis dato seitens des Magistrats eine Mitteilung über die in Verfolg dieses Beschlusses getroffenen Maßnahmen nicht eingegangen ist, so beantragt die sozialdemokratische Fraktion, den Magistrat zu ersuchen, ihr in dieser Angelegenheit geeignete Mitteilungen zugehen zu lassen. Obwohl diesem Antrage in der letzten Stadtverordnetensitzung die Dringlichkeit zuerkannt wurde, wurde der Antrag schließlich doch wieder abgesetzt, da angeblich die Zeit schon zu weit vorgeschritten sei. Heute steht nun dieser Antrag auf der Tagesordnung der Versammlung, und man kann um so mehr gespannt auf die Mitteilungen des Magistrats sein, als für den kommenden Herbst Neuwahlen vor der Türe stehen.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse in den Wahlbezirken der III. Abteilung weiter verschoben, so daß das an sich schon miserable Dreiklassenwahlrecht sich durch die großen Differenzen in der Wählerzahl der einzelnen Wahlbezirke erheblich verschlechtert hat.

Wie verschieden die Wählerzahl in den einzelnen Wahlbezirken ist, geht aus nachstehender Zusammenstellung hervor. Es haben Wähler:

Bezirk Nr.	Zahl der Wähler	Bezirk Nr.	Zahl der Wähler	Bezirk Nr.	Zahl der Wähler
1	3412	17	4349	33	5891
2	3009	18	4088	34	**10168**
3	4789	19	4773	35	**17374**
4	4147	20	4797	36	7848
5	6241	21	5676	37	5943
6	5571	22	4957	38	7143
7	6650	23	4826	39	6417
8	5879	24	**15974**	40	5910
9	7280	25	**14393**	41	5351
10	7859	26	**23186**	42	6514
11	4481	27	6619	43	8638
12	5965	28	5081	44	**10666**
13	6928	29	4374	45	6143
14	7357	30	5139	46	9499
15	7059	31	5488	47	**14908**
16	4941	32	5930	48	8498

Die gesamte Wählerzahl in der III. Abteilung beträgt demnach 348 143; im Durchschnitt auf die einzelnen Bezirke verteilt 7253. Der vierte Teil aller Bezirke überragt zum Teil den Durchschnitt ganz erheblich, während der dritte Teil ganz wesentlich darunter bleibt. Gegenüber den stärksten Kreisen haben die Wähler des schwächsten ein achtfach größeres Wahlrecht. Das sind die Wähler im Zentrum der Stadt, wo die Bevölkerung unausgesetzt im Sinken begriffen ist.

Daß ein solcher Zustand nicht aufrecht erhalten werden kann, ist selbstverständlich. Das kann um so weniger der Fall sein, wenn man erwägt, daß die im Berliner Rathause maßgebenden Leute im Abgeordnetenhause bei der Wahlrechtsdebatte eine Neueinteilung der Wahlkreise gefordert haben. Im übrigen ist der Beschluß ja schon 1906 am 31. Mai gefaßt. Inzwischen haben sich die Verhältnisse noch sehr verschlechtert, so daß eine Verzögerung seitens des Magistrats sich durch nichts rechtfertigen läßt. Wie ungerecht das Dreiklassenwahlrecht wirkt, erhellt daraus, daß für die I. Klasse 1259 Wähler und für die II. Klasse 32 211 Wähler eingeschrieben sind, welchen 348 143 Wähler der III. Klasse gegenüberstehen.

Ueber schlechte Behandlung der Presse durch den Berliner Magistrat

am Tage des Einzugs des englischen Königspaares weinert der „Berliner Börsencourier“. Er klagt:

„Es ist höchst bedauerlich, daß man jedesmal, wo es sich um Einzüge und dergleichen handelt, genötigt ist, die Verwaltung der größten deutschen Stadt darauf aufmerksam zu machen, daß die Presse doch auch eine gewisse Bedeutung und ein Anrecht darauf hat, dieser Bedeutung gemäß behandelt zu werden. Der gestrige Empfang König Eduards bietet leider von neuem Anlaß, den Herren im Roten Hause die Leviten zu lesen. Dort scheint man der einigermaßen merkwürdigen und den Tatsachen nicht ganz entsprechenden Ansicht zu huldigen, daß die Vertreter der Zeitungen nur aus müßiger Neugier an Haupt- und Staatsaktionen, wie der Begrüßung des Königs von England, teilnehmen. Nur so wenigstens ist es zu erklären, daß man ihnen auf der dem Empfangszelt gegenüber belegenen Tribüne freundlichst Plätze an der letzten, alles Sehen so gut wie ganz, das Hören aber völlig ausschließenden Reihe anwies. Einigermaßen überraschend wirkte es dagegen, daß die Tribüne, in deren Mitte sich das Empfangszelt erhob, von sicherlich nur aus Schaulust herbeigeführten Damen und Herren besetzt war. Die Plätze in der ersten Reihe dieser Tribüne, rechts und links von dem Zelt, vor dem der Oberbürgermeister dem König den Willkommen brachte, mußten für die Abgesandten der Zeitungen reserviert werden. Mußten — allein das hätte vorausgesetzt, daß man im Magistrat sich der Stellung bewußt wäre, die die Presse als Großmacht einnimmt. Das ist man dort jedoch nur in besonderen Fällen — nur, wenn man der Mitwirkung der Presse unbedingt bedarf. Dann weiß man sie mit der nötigen Höflichkeit und dem erforderlichen Entgegenkommen zu finden — sonst behandelt man sie als quantité négligeable. Aber wir können den Herren im Roten Hause die Versicherung geben, daß auch die Geduld der — ach, so geduldigen! — Berliner Presse eines Tages erschöpft sein wird, und daß die Zeitungen der Reichshauptstadt sich dann nicht immer finden lassen werden, wenn der Magistrat sie sucht. Die Herren sollten sich daran erinnern, daß die Berliner Blätter tagelang von den Verhandlungen des deutschen Reichstages keine Notiz nahmen, und sie sollten sich vergegenwärtigen, daß auch Magistrat und Stadtverordneten geschehen könnte, was dem Reichstage geschah. Das jedenfalls werden sie wohl einsehen, daß öffentliche Akte ohne die Mitwirkung der Presse wirkungslos, gegenstandslos werden. Besonders aber möchten wir wieder und noch einmal betonen, daß Herr Stadtrat Ramslau der denkbar ungeeignetste Herr ist, um bei Empfängen eine — berechtigte oder angemaßte — Polizei auszuüben. Der Herr ließ es auch gestern an der nötigen Urbanität fehlen und handhabte sein Amt in einer wenig erfreulichen Weise. Es gibt, wie wir wissen, im Magistrat Herren, die im Verkehr mit der Presse Bescheid wissen. Warum schafft man nicht schleunigst Wandel und überträgt ihnen die Funktionen, deren Ausübung andere sich nicht gewachsen zeigen?“

Unseres Erachtens ist auch die Berliner bürgerliche Presse nicht ganz unschuldig daran, daß man ihr die oben gekennzeichnete Behandlung zuteil werden lassen kann. Sie sollte es nur versuchen, über Veranstaltungen nicht zu berichten, bei denen man ihr eine unwürdige Rolle zumutet und es würde bald anders werden. Aber das tut sie nicht, weil die kapitalistischen Verleger weniger nach der Würde der Presse fragen, sondern in erster Linie um sensationellen Stoff für die Leser und damit um ihr Portemonnaie besorgt sind.

Was das Brot im Hungerjahre 1908 kostete!

Ueber die Brotpreise in Berlin liegen Ermittelungen des Statistischen Amts der Stadt jetzt bis zum Schluß des Jahres 1908 vor. Soeben hat das Amt die Zahlen auch für Dezember 1908 veröffentlicht: im Durchschnitt der 40 Bäckereien Berlins, aus denen es regelmäßig Backwaren ankauft, um deren Gewicht zu ermitteln und hieraus den Preis pro Kilogramm zu berechnen, kostete im Dezember das Kilogramm Roggenbrot rund $29\frac{1}{2}$ Pf. (genauer 29,55 Pf.) und das Kilogramm Schrippen rund $51\frac{1}{4}$ Pf. (genauer 51,23 Pf.).

Im Jahre 1908 ist die Aufwärtsbewegung der Brotpreise zum Stillstand gekommen und die langersehnte Abwärtsbewegung hat endlich wieder eingesetzt, aber der Rückgang vollzieht sich so langsam, daß die Preisermäßigung, die wir bisher gehabt haben, noch nicht beträchtlich genannt werden kann. Der Durchschnittspreis hatte im Dezember 1907 für Roggenbrot fast 34 Pf. (genauer 33,98 Pf.) und für Schrippen über $54\frac{1}{2}$ Pf. (genauer 54,60 Pf.) betragen, es ist mithin im Laufe des Jahres 1908 eine Ermäßigung des Preises für Roggenbrot um rund $4\frac{1}{2}$ Pf. pro Kilogramm und für Schrippen um etwas mehr als $3\frac{1}{4}$ Pf. pro Kilogramm eingetreten. Im Laufe des Jahres 1907 war aber das Kilogramm Roggenbrot um reichlich $6\frac{1}{2}$ Pf. und das Kilogramm Schrippen um $9\frac{1}{2}$ Pf. teurer geworden, da sind wir also mit den Preisen vom Dezember 1908 noch nicht mal wieder auf den Stand vom Dezember 1906 angelangt, der wahrlich auch schon hoch genug war. Das durchschnittliche Gewicht des Fünfgroschen-Brotes hatte bis Dezember 1907 sich auf weniger als 3 Pfund verringert und ist seitdem bis Dezember 1908 erst wieder auf knapp $3\frac{2}{5}$ Pfund gestiegen. Wie lange reicht ein Brot von so geringem Gewicht, wenn eine vielköpfige Familie sich sattessen will?

Auch die Durchschnittspreise für das ganze Jahr 1908 können wir jetzt berechnen. Da die Preise dieses Jahr hindurch im Fallen waren, so müssen natürlich die Durchschnitte niedriger sein als die Preise vom Jahresanfang, aber höher als die Preise vom Jahresende. Im Durchschnitt von 1908 kostete das Kilogramm Roggenbrot rund $31\frac{3}{4}$ Pf. (genauer 31,78 Pf.) und das Kilogramm Schrippen ziemlich $53\frac{1}{4}$ Pf. (genauer 53,22 Pf.). Dagegen hatte ein Durchschnitt von 1907 das Kilogramm Roggenbrot erst etwas über $30\frac{3}{4}$ Pf. (genauer 30,82 Pf.) und das Kilogramm Schrippen rund $49\frac{1}{2}$ Pf. (genauer 49,36 Pf.) gekostet. Auf den raschen Preisanstieg von 1907 folgte, wie schon oben erwähnt, in 1908 ein nur langsamer Rückgang. Hieraus erklärt es sich, daß in 1908 die jahresdurchschnittlichen Preise sogar noch höher als in 1907 waren. Für den Preis des Roggenbrotes hat das Jahr 1908 einen Rekord geschaffen, wie er den Brotverteuerern längst als Ideal vorgeschwebt hatte. Im Durchschnitt von 1908 war in Berlin das Roggenbrot mit $31\frac{3}{4}$ Pf. pro Kilogramm sogar noch teurer als in dem Hungerjahr 1891, das uns für Roggenbrot einen Durchschnittspreis von $31\frac{2}{3}$ Pf. pro Kilogramm brachte. Ein ähnlich hoher Preis war anderthalb Jahrzehnte hindurch noch nicht wieder zu verzeichnen gewesen.

Zu dieser unerhörten Höhe hat schließlich aufs neue der Brotpreis hinaufsteigen können, weil die Politik der Lebensmittelverteuerung freie Bahn gefunden hatte. Noch im Jahre 1905 hatte in Berlin der Durchschnitt des Roggenbrotpreises nur $24\frac{9}{10}$ Pf. pro Kilogramm betragen, in 1908 aber stellte er sich auf mehr als $31\frac{3}{4}$ Pf., das ergibt eine Zunahme um ziemlich $7\frac{1}{2}$ Pf., annähernd ein Drittel des Preises von 1905. Den Junkern haben in diesen Hungerjahren die Taschen sich gefüllt, dem arbeitenden Volk sind sie geleert worden.

Wo die Polizei am Dienstag fehlte. Wir haben gestern über einen Unglücksfall am Schlesischen Tor berichtet, wo Straßenpassanten sich eines schwer Verletzten annehmen mußten, weil weit und breit kein Schutzmann aufzutreiben war, der sich um den Verunglückten bekümmert hätte. Dieser Vorgang steht nicht allein da; es wird uns heute folgende Mitteilung gemacht: Gegen $\frac{3}{4}$6 Uhr wurde in der Gollnowstraße dicht an der Landsbergerstraße eine ältere Frau von einem Wäschewagen überfahren und am Kopfe verletzt. Ein Schutzmann war nicht zur Stelle und Privatleute übernahmen es, die Firma des Wagens, dessen Führer übrigens an dem Unfall kein Verschulden treffen soll, festzustellen. Die Verunglückte wurde dann aus der verkehrsreichen Gollnowstraße nach der Weinstraße gebracht und blieb dort liegen, weil man auf das Eintreffen eines Schutzmanns wartete. Aber vergeblich! Wie eine Frau erzählte, wäre sie nach der Polizeiwache am Büschingplatz gegangen, doch habe man ihr dort erklärt, daß kein Beamter mitgehen könne, weil niemand auf der Wache sei. So kam es, daß die Ueberfahrene eine halbe Stunde lang ohne jede ärztliche Hilfe an der Unfallstelle blieb. Erst dann wurde unter den Zuschauern der peinlichen Szene eine Sammlung veranstaltet, um die Kosten für eine Droschke zur Fortschaffung der Verletzten aufzubringen. Die Frau wurde — auf ihren eigenen Wunsch — nach ihrer Wohnung übergeführt.“

Die Beamten waren am Dienstag zum Absperrungsdienst Unter den Linden zusammengezogen worden, wodurch natürlich der wirkliche Sicherheitsdienst entschieden zu kurz kam.

Ein Diebstahl mittels Telephons ist gestern in der Hochstraße verübt worden. Nachmittags gegen 4 Uhr wurde bei einem Fahrradhändler in der Neuen Schönhauser Straße antelephoniert, daß ein Herr Lippert, Hochstr. 13, ein Fahrrad zu reparieren habe und der Auftraggeber ersuchte darum, daß sofort ein Hausdiener hinunterkomme, um die Maschine abzuholen. Der Fahrradhändler entsprach diesem Wunsche und schickte einen Angestellten nach der Hochstraße. Dieser schloß das von ihm benutzte Rad auf dem Hausflur an und wollte sich dann nach der Wohnung des angeblichen Lippert begeben. Er suchte aber vergeblich nach dem Auftraggeber. Als nun der junge Mann wieder nach dem Hausflur hinunterkam, war seine Maschine verschwunden. Die Kette war jedenfalls mit einer eigens hierzu konstruierten Zange zersprengt worden und der Spitzbube, der zweifellos mit dem telephonischen Besteller identisch ist, hatte Zeit genug gehabt, seine Beute in Sicherheit zu bringen.

Hoher Besuch hatte sich gestern im Rathause eingefunden, das aus diesem Anlaß festlich geschmückt war. König Edward hatte versprochen, einen Besuch im Roten Hause zu machen, und hat auch gestern sein Versprechen eingelöst. Die städtischen Behörden waren im vollen Ornat erschienen. Nach einigen Begrüßungsworten durch den Oberbürgermeister Kirschner und Dankesworten des englischen Königs wurde dem Besucher in einem goldenen Becher ein Ehrentrunk gereicht.

Falsche Samariter. Auf dem Wege zur Krankenkasse, von der sie das Krankengeld für ihren an Atemnot leidenden Mann holen wollte, brach vorgestern vom Schlage gerührt die 47 Jahre alte Schlosserfrau Dora Mewes aus der Wollner Straße 11 an der Ecke der Kastanienallee und der Schwedter Straße bewußtlos zusammen. Vier junge Burschen von 20 bis 22 Jahren brachten sie nach der Rettungswache in der Kastanienallee und entfernten sich von dort so rasch wieder, daß man ihre Namen nicht feststellen konnte. Später ergab sich, daß die Samariter der Frau, die nach dem Virchowkrankenhause gebracht wurde, zwei goldene Ringe von den Fingern gestreift und mitgenommen hatten.

Den Tod im Wasser suchten vorgestern eine unbekannte Frau von etwa 50 Jahren und der Brauereiarbeiter Richard Weber aus der Marienburger Straße 16. Die Frau, die in den Urbanhafen sprang, erreichte ihr Ziel, Weber dagegen, der an der Kronprinzenbrücke in die Spree ging, wurde gerettet und nach der Charité gebracht. Er erklärte, daß das Leben für ihn keinen Wert mehr habe. Die ertrunkene Frau trug ein Kopftuch und einen Krimmerumhang.

Auf der Sanitätswache vom Tode überrascht wurde vorgestern abend eine unbekannte Frau von etwa 45 Jahren. Sie brach vor dem Hause Admiralstraße 78 zusammen und wurde von einem Fräulein Schmidt aus der Nachbarschaft, die sie um Hilfe bat, nach der Sanitätswache in der Adalbertstraße gebracht. Dort starb sie unter den Händen des Arztes. Die Unbekannte scheint den besser gestellten Kreisen angehört zu haben und kam wahrscheinlich von einer Feier, von der sie Kuchen mitgebracht hatte. Sie trug u. a. eine Skunksboa und ein schwarzes Tuchjackett und besaß eine goldene Zylinderuhr. Ihre Wäsche ist M. R. gezeichnet.

Ein internationaler Taschendieb wurde vorgestern vormittag während des Einzuges des englischen Königspaares an der Ecke der „Linden“ und der Charlottenstraße festgenommen, als er mit Hilfe von entkommenen Komplizen einen Herrn und eine Dame bestahl. Es ist ein 32 Jahre alter Möbelpolierer Jon Monthey aus London. Der Dieb bestreitet die Taten und behauptet, daß er vier Tage Urlaub benutzt habe, um nach Berlin zu fahren und sich den Einzug anzusehen. Seine Londoner Wohnung will er nicht angeben. Mit den hiesigen Gesetzen scheint er vertraut zu sein. Er verlangte, unverzüglich dem Richter vorgeführt zu werden.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand brach gestern abend gegen 9 Uhr im Hause Schiffbauerdamm 35 aus. Als die Feuerwehr anrückte, war das Feuer schon so weit vorgeschritten, daß es auch auf den Dachstuhl des Nebenhauses überzuspringen drohte. Der Feuerwehr gelang es jedoch, den Brand auf den Entstehungsherd zu beschränken.

In Hannover verhaftet wurde der Steinbildhauer Hoffmann, der in einem Wahnsinnsanfall auf seinen in Charlottenburg wohnenden Bruder Max schoß und ihn tötete und seine Schwägerin durch einen zweiten Schuß schwer verletzte.

Straßenunfall. Der freisinnige Abg. Geheimrat Träger hat gestern vormittag zwischen 11 und 12 Uhr einen Automobil-

Unfall erlitten, der leicht schlimme Folgen hätte haben können, glücklicherweise aber ohne Schaden für seine Person verlaufen ist. In seiner Eigenschaft als Rotar hatte er in der Parlierstraße einen Wechsel zu protestieren. Bei der Rückfahrt stieß das Automobil, in dem er fuhr, in der Regensburgerstraße mit einem Kohlenwagen zusammen. Herr Träger wurde vom Sitz auf den Boden des Wagens geschleudert. Der Chauffeur befreite ihn sofort aus seiner unangenehmen Situation und es stellte sich heraus, daß er mit dem bloßen Schrecken ohne Verletzung davongekommen war.

Einem unheimlichen Messerstecher ist am Dienstagabend eine Frau in der Warschauer Straße zum Opfer gefallen, während zwei junge Mädchen von ihm erheblich, aber nicht lebensgefährlich verwundet wurden. Die Kriminalpolizei setzt alle Hebel in Bewegung, um den Täter, wahrscheinlich einen geisteskranken Mann oder Epileptiker, sobald als möglich unschädlich zu machen. Die Ermittelungen sind allerdings dadurch erschwert, daß die Behörde erst gestern von dem Treiben des gefährlichen Menschen Kenntnis erhalten hat. Sobald als möglich erschien gestern abend im Südosten und Osten der Stadt folgende amtliche Bekanntmachung:

1000 Mark Belohnung.

Am 9. d. M., zwischen 10 und 11 Uhr abends, hat ein unbekannter Mann in der Gegend der Schlesischen Brücke zwei weibliche Personen durch Stiche in den Unterleib verletzt. Eine 21 Jahre alte Telephonistin wurde um 10 Uhr abends auf der Köpenicker Landstraße, kurz vor der Schlesischen Brücke, Freiarchen-Brücke, von dem rückwärts an ihr vorübergehenden Täter an der linken Seite des Unterkörpers leicht verletzt. Der Täter ist dann die Schlesische Straße hinuntergegangen und begegnete an der Ecke des Görlitzer Ufers einer zirka 30jährigen Arbeiterin, der er einen Stich in die Mitte des Unterleibes beibrachte. Von dort ist der Täter über die Oberbaum-Brücke in die Warschauer Straße eingebogen. An der Ecke der Stralauer Allee traf er die am 24. April 1880 zu Lissa in Posen geborene Frau Marie Schaefer, die in der Ratiborstraße wohnhaft ist, und versetzte dieser einen Stich über der Lendengegend. Frau Schaefer wurde einige Zeit darauf bewußtlos und stark blutend aufgefunden, erst nach der Unfallstation und dann nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. Hier ergab sich bei eingehender Untersuchung die Verletzung als Ursache der Blutung. Die Verletzte erlangte nur auf kurze Zeit das Bewußtsein und starb im Laufe der Nacht. Das Befinden der verletzten Mädchen, welche am 10. d. M. von dem auf sie verübten Anfall Anzeige erstatteten, gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß. Der Täter wird beschrieben als ein Mann in der Mitte der zwanziger Jahre, von mittlerer Größe mit kleinem Schnurrbart. Er war bekleidet mit dunklem Ueberzieher und schwarzem steifen Hut und sprach mit tiefer Stimme ausgeprägten Berliner Dialekt. Die oben genannte Belohnung ist für die Personen aus dem Publikum bestimmt, welche zweckdienliche Angaben zur Ermittelung des Täters erstatten. Wertvoll sind nicht nur alle Beobachtungen in der Nähe der Tatorte, sondern auch Mitteilungen über auffallendes und verstörtes Benehmen männlicher Geisteskranker oder epileptisch veranlagter Personen, welche am Abend des 9. nach ihrer Wohnung zurückgekehrt sind. Meldungen nimmt die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier entgegen.

Berlin, den 10. Februar 1909. Der Polizeipräsident. J. V. (gez.) Friedheim.

Ueber die Verbrechen, die an die Kinderverletzungen im Sommer des Jahres 1907 in der Ryksestraße und der Prenzlauer Allee erinnern, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die verletzten Mädchen sind die am 25. April 1888 geborene Telephonistin Martha Kahlert, Tochter eines Straßenbahnschaffners, die bei ihren Eltern am Heckmannufer 7 wohnt, und die am 11. Januar 1879 geborene Arbeiterin Martha Zillinger, die bei ihrer Mutter, einer Witwe, am Görlitzer Ufer 5 wohnt. Frau Schaefer hatte Verwandte in der Warschauer Straße besucht und befand sich auf dem Heimweg nach der Ratiborstraße, als sie den tödlichen Stich erhielt.

Bis in die Abendstunden hinein war gestern die Spur des Unholdes noch nicht gefunden. Wenn jemals, so ist in diesem Falle die Mitwirkung des Publikums erforderlich. Auch eine anscheinend geringfügige Mitteilung über irgend ein aufgeregtes Wesen oder sonst auffallendes Gebaren eines Mannes kann bedeutsam werden, besonders wenn sie schleunigst gemacht wird. Leider können die verletzten Mädchen eine genauere Beschreibung des Täters nicht geben. Das erklärt sich leicht aus der Aufregung, in die der Anfall sie versetzte. Ob das spitze Messer ein Dolch war, läßt sich auch nicht sagen, es kann auch ein Taschenmesser sein.

Die Nachforschungen der Kriminalpolizei werden die ganze Nacht hindurch fortgesetzt. Der Gerichtsarzt besuchte gestern abend auch die beiden Mädchen zur Besichtigung der Wunden. Wahrscheinlich ist der Täter ein pervers veranlagter Mensch.

•

Daß von der schweren Bluttat die Kriminalpolizei erst gestern Kenntnis erhielt, ist recht sonderbar, wenn man bedenkt, daß dieselbe auf offener Straße verübt wurde. Durch die Verwendung der Polizei zur Absperrung Unter den Linden und der dadurch herbeigeführten Entblößung der Außenbezirke durch Beamte hatte am Dienstag das Louistum freies Spiel.

Vorort-Nachrichten.

In einer Anzahl Agitationsversammlungen

sprach in den letzten Wochen Genosse Stadthagen im Kreise Niederbarnim. Ueber verschiedene derselben haben wir bereits berichtet. Vorige Woche referierte Stadthagen vor gut besuchter Versammlung im Schloßsaal Weißensee. Hier übte er schneidende Kritik an der gesamten inneren wie äußeren Politik Deutschlands, dabei das jämmerliche Verhalten Bülows ins rechte Licht rückend. Vor gleichfalls gut besuchter Versammlung sprach Stadthagen am letzten Sonntag in Mahlsdorf a. d. Ostbahn. Auch hier zeigte der Redner an mannigfachen Beispielen, wie oft die deutsche Regierung und die bürgerlichen Parteien durch ihre Haltung Deutschland in eine gefahrvolle Lage gebracht haben. Nicht unerwähnt ließ er den abermaligen Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung, die abermalige Besteuerung der Genußmittel des armen Mannes. In schneidendem Gegensatz zu dieser Massenauspowerung stehe die Rechtlosigkeit, die politische und soziale Unterdrückung der arbeitenden Klassen. Diesem unerträglichen Zustande könne nur ein Ende bereitet werden, wenn sich das Proletariat seiner Machtmittel bewußt werde und in gemeinschaftlichen Organisationen für seine Befreiung kämpfe.

Schöneberg.

Erfahrungen der Schöneberger Wehr auf dem Gebiete des Samariterwesens. Seit 7 Jahren ist die Schöneberger Feuerwehr mit Sauerstoffapparaten ausgerüstet, die den Aerzten jederzeit in Gefahrfällen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Jede der beiden Feuerwachen besitzt mehrere Sauerstoffflaschen und die nötigen Atmungsmasken, die auf Erfordern sofort durch zwei Samariter der Feuerwehr entweder mit einem Mannschaftswagen (von der Hauptfeuerwache) oder mit einem Dreirade (von der Nordfeuerwache) an Ort und Stelle gebracht werden. Ueber die seit jener Zeit mit dieser Einrichtung gemachten Erfahrungen gibt die nachstehende Zusammenstellung Aufschluß. Im ganzen wurden die Sauerstoffapparate 118 mal erbeten. Dabei wurde Sauerstoff 115 erkrankten oder verunglückten Personen und 2 erkrankten Pferden gereicht. Die Fälle betrafen: 75 allgemeine Erkrankungen, 22 Unglücksfälle und 20 Selbstmordversuche. Von den allgemeinen Erkrankungen betrafen: 29 mal Lungenleiden, 19 mal Herzschwäche und Herzleiden, 10 mal Atembeschwerden, 3 mal Arterienverkalkungen, 2 mal Luftröhrenkatarrh, je 1 mal Bleivergiftung, Blinddarmentzündung, Bronchialkatarrh, Herzbeutelentzündung, Hitzschlag, Nervenentzündung, Ohnmacht, Kehlkopfschwindsucht, Rippenfellentzündung, Schlaganfall, Unterleibsentzündung und Wassersucht. — In diesen Fällen wurde der Sauerstoff 37 mal erfolgreich und 38 mal ohne Erfolg angewandt. Von den Unfällen und Selbstmordversuchen betrafen die meisten Fälle Leuchtgasvergiftungen. In einzelnen Fällen kamen Benzingas-, Kohlenoxydgas-, Lysol-, Schwefeläther- und Rauchvergiftungen vor. In 34 Fällen konnten die an diesen Erscheinungen erkrankten Personen mit Hilfe des Sauerstoffs ins Leben zurückgerufen werden. In 8 Fällen war es erfolglos. 11 Samaritern, die bei den erfolgreichen Wiederbelebungsversuchen wiederholt tätig waren, wurden von dem Herrn Polizeipräsidenten zu Berlin Geldprämien in der Gesamthöhe von 269 M. gewährt.

Lichtenberg.

Die Stadtverordnetenversammlung am Dienstag nahm zunächst von dem Eingang der Resolution einer Versammlung Arbeitsloser und städtischer Arbeiter Kenntnis, die dem Magistrat überwiesen wurde. Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt dann vor, der Einladung des Brandenburgischen Städtetages, der am 13. Februar zu einer außerordentlichen Tagung im Berliner Rathause zusammentritt, Folge zu leisten. Die Versammlung erhebt den Vorschlag zum Beschluß und entsendet sechs Stadtverordnete als Delegierte. Die sozialdemokratische Fraktion wird vertreten durch die Genossen Düwell und Heckert. Die Interpellation betreffend die Diphtheritisepidemie in der Zweiten Gemeindeschule in der Dorfstraße begründet namens unserer Genossen Stadtverordneter Grauer. Der Magistrat läßt durch den ersten Bürgermeister der Versammlung mitteilen, daß die angeordnete Schließung der Klasse inzwischen wieder aufgehoben und die Epidemie als erloschen zu betrachten ist. In der nun folgenden Besprechung wird der Magistrat von unseren Genossen um Auskunft ersucht über die Einrichtungen, die zur ersten Hilfeleistung bei plötzlichen Unglücksfällen getroffen sind. Hierbei brachte der Redner der Fraktion den Notschrei des Vaters des bei dem Stubenbrand in der Wartenbergstraße erstickten Kindes zur Sprache und schilderte die von uns bereits an dieser Stelle gebrachten Vorgänge. Der Magistrat verwies auf die in der Rathausstraße errichtete Rettungswache, mit deren Einrichtung ein ständiger Sanitätsdienst organisiert sei, auch befinde sich in dieser Wache wie im Feuerwehrdepot und in der Gasanstalt ein Sauerstoffapparat. Der Stadtverordnete Dr. Wolff appellierte an die Redner unserer Fraktion, diese möchten als bestem Vorbeugungsmittel an der Aufklärung der Massen mitarbeiten! Grauer verwies auf die planmäßige Aufklärungsarbeit unserer Genossen im allgemeinen und auf die hygienischen Vorträge im besonderen, betonte aber auch die Schwierigkeiten, die die Klassengenossen des Dr. Wolff systematisch unserer Aufklärungsarbeit machen. Müsse doch selbst die Arbeiter-Samariterkolonne in einem Wirtshause ihre Uebungen abhalten, städtische Räume seien ihr wie den Arbeiterturnern gesperrt!! Leider konnte der Magistrat es nicht über sich gewinnen, mit der Beantwortung der Anfrage über die Hilfsbereitschaft der Feuerwehr ein anderes Mitglied zu betrauen und so brachte die Beantwortung durch den Stadtrat Koch auch den Schluß der sachlichen Behandlung dieser so überaus wichtigen Frage. Der Stadtrat stellte sich auf den Standpunkt: ich bestreite alles und erwarte den Gegenbeweis! Es ist nicht wahr, daß die Feuerwehr den Sauerstoffapparat nicht bei der Hand gehabt hat, es ist nicht wahr, daß der in der Gasanstalt untergebrachte Apparat von der Feuerwehr reklamiert worden, aber nicht gebrauchsfähig gewesen sei usw. Wahr sei, daß die Wehr wie immer den Sauerstoffapparat auf ihrem Mannschaftswagen mitgeführt und sofort in Anwendung gebracht habe!! Unsere Genossen haben versprochen, den Widersprüchen auf den Grund zu gehen.

Die Besprechung der Interpellation über die Vergebung der Bauarbeiten beim Elektrizitätswerk ist zum drittenmal Gegenstand der Tagesordnung und wird unter Zustimmung unserer Genossen zum drittenmal vertagt! Die Versammlung will nicht verhandeln, ohne das ganze Material zu kennen. Die Kommission zur Prüfung der Vorlage für die Errichtung neuer Lehrerstellen erstattet Bericht und beantragt die Errichtung einer neuen Lehrerstelle an der Schule für schwachbegabte Kinder und die Errichtung von vier Lehrerstellen sowie einer für eine Lehrerin. Die Versammlung stimmt dem zu.

Die Arbeiten einer gemischten Kommission zur Errichtung eines zweiten Wochenmarktes auf einem städtischen Gelände in Lichtenberg-Ost fanden keine Anerkennung. Die Vertreter des Grundbesitzer-Vereins Lichtenberg-Ost beantragten Ablehnung des Kommissionsantrages. Mit 23 gegen 21 Stimmen wurde in diesem Sinne beschlossen. Das Projekt einer höheren Mädchenschule fand die Zustimmung der Versammlung und ohne jede Debatte wurde der Kostenpunkt dieser Standesschule mit 627 000 M. festgesetzt und bewilligt.

Die Abänderung des Eingemeindungsvertrages der Gemeinde mit dem Rittergutsbesitzer Röder wurde nach einem Referate des Genossen Düwell einstimmig angenommen.

Die Einteilung der Stadt in vier Bezirke und die Anstellung von Bezirksvorstehern und Stellvertretern fand im Prinzip Zustimmung, wurde aber einer gemischten Kommission überwiesen. Beschlossen wurde vom 1. April 1909 ab das Steuerbringsystem einzuführen.

Ein Teil der Bürgerlichen unter Führung des Stadtverordneten Dr. Bokofzer interpellierte den Magistrat über den Stand des Krankenhausbaues! Ein Versuch, auch jetzt wieder die Angelegenheit hinter verschlossenen Türen zu verhandeln, konnte glücklich verhindert werden. Der erste Bürgermeister gab folgenden Bericht: Aus den neuerlichen Terrainangeboten habe die Kommission nunmehr eine Auswahl von 7 Plätzen getroffen, die einem Hygieniker namhaft gemacht werden sollen mit dem Ersuchen, baldmöglichst ein fachmännisches Gutachten zu erstatten. Die nun folgende Besprechung, an der sich die Stadtverordneten Dr. Wolff und die Genossen Grauer, Düwell und Spieckermann beteiligten, ließ keinen Zweifel darüber erkennen, daß ein leider recht einflußreicher Teil der Versammlung ganz richtig taxiert wurde, als der Genosse Grauer im Verlaufe seiner Ausführungen die Situation so zeichnete: Gewiß, davon sind die Herren nun nachgerade überzeugt, daß sie um den Bau selbst nicht mehr herumkommen, nur darf die Sache nicht zu teuer werden. Die Genossen Spickermann und Grauer wiesen an der Hand einwandsfreien Materials nach, daß es nicht den Tatsachen entspricht, wenn behauptet wird, daß in Berlin die Bettennot beseitigt wäre, und daß die angebliche Einladung um Ueberweisung hiesiger Kranker an Berliner Krankenhäuser irreführend sei. Die Verhandlungen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 26. November, die Grauer im Stenogramm vortrug und die tägliche Abweisung Kranker wegen Platzmangels, deren Abweisungsscheine mit Originalstempel „wegen Platzmangels" aus den letzten Tagen Spieckermann vorwies, beweisen die Krankenhausnot in Berlin und damit die Haltlosigkeit der Redensart, es sei noch immer möglich die Kranken unterzubringen. In ihrer ganzen Glorie aber zeigte sich die Majorität als der Genosse Düwell mit unwiderleglichem Material nachwies, daß die Behauptung, die sozialdemokratischen Stadtverordneten seien die Verzögerer des Krankenhausbaues, eitel Humbug ist. Die Herren von „Besitz und Bildung" machten ihre Mappen zu und etwa sechs bis sieben Herren hielten Wacht auf den Plätzen der aus 34 Mann bestehenden bürgerlichen Majorität. Diese tapfere Betätigung der Stadtverordnetenpflicht in Sachen des Krankenhausbaues wird gewiß auch in der Bürgerschaft die gebührende Anerkennung finden.

Die Gewerkschaftsunterkommission Lichtenberg-Rummelsburg nahm in ihrer letzten Sitzung den Jahresbericht entgegen. Aus demselben ist zu ersehen, daß die Geschäfte derselben in 16 Sitzungen, darunter 4 des Ausschusses, erledigt wurden. Außerdem fanden 3 öffentliche Versammlungen statt; davon eine in Hohen-Schönhausen, weil dieser Ort in gewerkschaftlicher Beziehung der Unterkommission angegliedert ist. Durch die Verschmelzung mit Rummelsburg wurde es notwendig, daß sich der Ausschuß verstärkte. Es sind gewählt: zum Obmann Genosse F. Kupfer (Metallarbeiter), O. 112, Kronprinzenstraße 16; zum zweiten Obmann Genosse F. Ibscher (Handels- und Transportarbeiter); zum Schriftführer Genosse H. Schulze (Maler); als Revisoren die Genossen O. Liebermann (Holzarbeiter), W. Großkopf und P. Radke (Metallarbeiter). Nach Erledigung interner Kartellangelegenheiten wurde noch auf die wichtige Arbeit betreffs der bevorstehenden Arbeitslosenzählung, welche gemeinsam von Partei und Gewerkschaften ausgeführt wird, hingewiesen. Nicht vertreten war der Ort Wilhelmsberg.

Friedrichshagen.

Der dritte Lichtbildervortrag des Zyklus „Vom Urtier zum Menschen", den der hiesige Arbeiterbildungsausschuß veranstaltete, findet Freitag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, in Lerches Bürgersälen, Friedrichstr. 112, statt. Vortragender ist Herr M. H. Baege, Dozent an der Freien Hochschule in Berlin. Der Vortrag wird das Thema: „Welches sind die Ursachen und treibenden Kräfte der Entwickelung? (Die Selektionstheorie und ihre modernen Ergänzungen)" behandeln und zu einer Darwinfeier ausgestaltet werden. (Er fällt auf den 100. Geburtstag des Begründers der Entwickelungslehre Charles Darwin.) Eintritt 80 Pf.; Doppelkarten, gültig zu dem dritten und dem am 19. Februar stattfindenden vierten (Schluß)-Vortrag 50 Pf. Karten sind in den bekannten Bezirkslokalen und am Saaleingang zu haben.

Friedrichsfelde-Karlshorst.

Mit dem Erlaß einer Steuerordnung für die Einführung einer Lustbarkeits- und Billettsteuer beschäftigte sich die letzte Sitzung der Gemeindevertretung. Hierzu hatte der Gemeindevorstand eine Vorlage eingebracht, in welcher er analog der Gemeinde Weißensee sowie verschiedener Städte die Einführung genannter Steuer als eine für die Gemeinde wesentliche Einnahmequelle empfiehlt. Es wird angenommen, daß bei Annahme genannter Steuer eine Mindesteinnahme von 30—40 000 M. jährlich zu verzeichnen ist. Die Annahme, daß der Landrat des Kreises der Besteuerung der Pferderennen ablehnend gegenüberstehe, träfe nicht mehr zu, nachdem der Landgemeinde Weißensee die Zustimmung für die Einführung der Billettsteuer erteilt worden sei. Im übrigen habe der Landrat des Kreises Niederbarnim auf Anfrage des Gemeindevorstandes einen Kreisausschußbeschluß herbeigeführt, in welchem sich derselbe mit der Einführung einer Billettsteuer in Friedrichsfelde unter Zugrundelegung der für die Gemeinde Weißensee genehmigten Lustbarkeits- und Billettsteuerordnung grundsätzlich einverstanden erklärt habe. Der Gemeindevorstand, die Steuer- und Rechnungskommission haben bei der Gemeindevertretung zu beantragen beschlossen, die Lustbarkeits- und Billettsteuer am 1. April 1909 einzuführen. Es sei bereits bei der Aufstellung der Rechnungsergebnisse für den Haushaltsplan 1909 mit einer Einnahme genannter Steuer gerechnet worden. In der Debatte hierüber betonte der Gemeindevertreter Bube sein Einverständnis mit der steuerlichen Heranziehung der Rennbahn Karlshorst, nicht aber mit der Erhebung der Lustbarkeitssteuer. Die Vorlage sei auf die Verhältnisse Weißensees zugeschnitten, wo größere Vergnügungslokale vorhanden wären. Nachdem man die früheren Aufsichtsgebühren fallen gelassen, könne man die dreimal so hohe Lustbarkeitssteuer nicht einführen. Bei der Billettsteuer müsse eine andere Staffelung stattfinden. Es sollte anstatt bei einem Eintrittsgeld von 25 Pf., wie es die Vorlage fordert, die Steuer erst bei einem Eintrittsgeld von 50 Pf. zur Erhebung kommen. Auch wandte sich Redner gegen die vorgesehene Pauschsteuer und verwies auf die schwierige Lage des Gastwirtsgewerbes. Bürgermeister Ungewitter erklärte, daß eine Billettsteuer, welche nur die Rennbahn betreffe, die Zustimmung der Aufsichtsbehörde nicht finden dürfte. Auf die Pauschsteuer könne der Gemeindevorstand nicht verzichten. Genosse Pinseler erklärte sich gleichfalls damit einverstanden, daß die Billettsteuer erst von 50 Pf. Eintrittsgeld zur Erhebung gelangt. Bei der Abstimmung gelangte der Antrag Bube zur Annahme. Danach beträgt die Billettsteuer bei einem Eintrittsgeld von 50 Pf. 5 Pf., bei höherem Eintrittsgeld für jede weitere angefangene halbe Mark 5 Pf. Eintrittskarten unter 50 Pf. sind steuerfrei. Im übrigen gelangte die Vorlage unverändert zur Annahme.

Friseurgehilfen Berlins. Donnerstag, den 11. Februar, abends 9½ Uhr, in den „Industrie-Festsälen", Beuthstraße 19/20: Oeffentliche Versammlung sämtlicher Barbier-, Herren-, Damen-Friseur- und Perückenmacher-Gehilfen Berlins und Umgegend. Tagesordnung: 1. Gesetzliche Regelung unserer Arbeitszeit, insbesondere durch den Achtuhr-Ladenschluß. 2. Diskussion und Beschlußfassung.

Verband der Bureauangestellten. Donnerstag, den 11. Februar, abends 8½ Uhr, in den Prachtsälen „Alt-Berlin", Blumenstraße 10: Oeffentliche Versammlung. Vortrag des Redakteurs Hellmuth Lehmann: Die Einführung der englischen Arbeitszeit in den Berliner Amtsbureaus.

Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht". Heute Donnerstag, abends 9 Uhr: Sitzung bei K. Eichhorn, Danziger Straße 93: Einführung in das Erfurter Programm. Gäste willkommen.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr mäßig, Geschäft still, Preise wenig verändert. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft ganz still, Preise behauptet. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft etwas belebt, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise höher. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 10. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer auf 0 reduziert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°=4°R.	Stationen	Barometer auf 0 reduziert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°=4°R.
Swinemünde	759	DSD	5	halb bd.	—6	Haparanda	766	S	2	bedeckt	—16
Hamburg	754	DSD	5	heiter	—5	Petersburg	769	NW	1	bedeckt	—16
Berlin	757	SD	3	halb bd.	—6	Scilly	758	SSW	5	bedeckt	7
Frankf. a. M.	754	N	1	bedeckt	—1	Aberdeen	747	NW	2	bedeckt	2
München	759	SSD	2	wolkig	—5	Paris	751	SW	3	bedeckt	8
Wien	762	Still		bedeckt	—10						

Wetterprognose für Donnerstag, den 11. Februar 1909.

Etwas milder, vorwiegend nebelig oder wolkig mit geringen Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 9. 2. cm	seit 8. 2. cm [1]	Wasserstand	am 9. 2. cm	seit 8. 2. cm [1]
Memel, Tilsit	199 [2]	—2	Saale, Grochlitz	382	—24
Pregel, Insterburg	—3 [3]	+4	Havel, Spandau [7]	86	+2
Weichsel, Thorn	84 [4]	—2	„ Rathenow [7]	96	—3
Oder, Ratibor	114 [4]	—28	Spree, Spremberg [7]	178	—22
„ Krossen	185 [3]	—3	„ Beeskow	85	0
„ Frankfurt	323 [4]	+37	Weser, Münden	158 [7]	—117
Warthe, Schrimm	112	+16	„ Minden	431 [4]	—83
„ Landsberg	76 [3]	—1	Rhein, Maximiliansau	342	—19
Netze, Vordamm	70 [4]	+6	„ Kaub	448	+39
Elbe, Leitmeritz	167 [3]	—141	„ Köln	503	—34
„ Dresden	150	—210	Neckar, Heilbronn	124	—16
„ Barby	445 [3]	+12	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	362	+2	Mosel, Trier	—	—

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Grundeis. — [5]) Treibeis. — [6]) Starker Eisgang. — [7]) Starkes Grundeis. — [8]) Schwaches Eistreiben.

Nach telegraphischen Meldungen war die Elbe bei Barby bis heute um 8 Uhr morgens auf 486 cm gestiegen und steigt bei mäßigem Eistreiben langsam weiter. — Die Weser war bei Minden um 7,55 Uhr morgens schon auf 272 cm gefallen und fällt weiter. Im Weser- und Allergebiete herrscht Eistreiben.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.